E&W
Erziehung & Wissenschaft 09/2019
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

GEW

# VORSICHT! BAUSTELLE

## Sanierungsstau in Bildungseinrichtungen

Foto: SRH Hochschule Heidelberg

MARC
KIRSCHBAUM

# Pädagogik braucht Raum

Die gesellschaftspolitische Debatte über Bildung im Allgemeinen und den „richtigen“ pädagogischen Weg hat Tradition. Sie wird ebenso intensiv wie kontrovers und ebenso qualifiziert wie tendenziös geführt. Viel zu wenig sprechen wir hingegen über die Gebäude unserer Bildungslandschaft und aktuell über den enormen Sanierungsstau. Ob Kindergärten, Schulen oder Hochschulen – vielerorts zeigen sich triste Gebäude mit völlig überholten Lernräumen, verwahrlosten Toiletten und lieblosen Außenanlagen.

Dabei ist auch die bauliche Qualität unserer Bildungslandschaften so enorm wichtig: Die Schulzeit ist die Zeit, in der junge Menschen auf das Leben vorbereitet werden und in der wir ihnen eine Vorstellung von demokratischem und nachhaltigem Handeln vermitteln. Und Architektur ist immer auch Ausdruck einer gesellschaftlichen Haltung. Es ist ebenso zu konstatieren, dass sich die Pädagogik historisch nie angemessen für die Räume interessiert hat, in denen sie stattfindet. Eine solche „Raumvergessenheit“ ist ein großer Fehler. Der Mensch ist per se ein räumliches, körperliches Wesen (Tilmann Habermas), der Raum bestimmt unser Dasein und unsere Interaktion in Räumen (Erving Goffman) ganz maßgeblich mit. Die wenigen Pädagogen, die die Relevanz des Raumes für die Pädagogik erkannten, taten dies umso nachdrücklicher: Maria Montessori legte Wert auf die „vorbereitete Umgebung“, Loris Malaguzzi betonte den „Raum als dritten Pädagogen“ und Otto Friedrich Bollnow hat mit „Mensch und Raum“ ein Grundlagenwerk zur Beziehung beider zueinander vorgelegt.

Dass Räume uns beeinflussen, erscheint aus architektonischer, umweltpsychologischer und pädagogischer Sicht unstrittig. Und was historisch bislang unterrepräsentiert war, wird nun vermehrt wahrgenommen. Aktuell gibt es zahlreiche Anlässe, uns mit unseren Lernräumen zu befassen. Erstens sind einige der heutigen pädagogischen Herausforderungen äußerst raumrelevant. Individualisierung und Differenzierung benötigen im Gegensatz zum Ex-cathedra-Lehren vielfältigere Räume; Inklusion erfordert häufig andere Raumarrangements. Durch die Ganztagsschule halten sich Schülerinnen und Schüler zum Beispiel viel länger in unseren Bildungslandschaften auf, sie benötigen dadurch Räume für Kooperation, Kreativität oder Rückzug. Selbst die Digitalisierung ist raumrelevant (siehe Interview S. 9 f.). Zweitens handelt es sich beim Großteil des Schulbaus um Umbau. Der Bestand an guten Schulgebäuden aus der Gründerzeit oder den 1950er-Jahren ist groß.

Um einen gängigen Gedanken wider den Strich zu bürsten: Aus den vielfach geäußerten Bedenken baulicher Restriktionen im Bestand lassen sich tatsächlich ungeahnte Potenziale bergen. Hinzu kommt, dass die architektonische Qualität – insbesondere bei historischen Schulgebäuden – der heutigen vielfach überlegen ist. Ein nicht geringer Teil heutiger Neubauten wird aufgrund mediokrer Bauqualität keine lange Zukunft haben.

Die Kommunalpanels der Kreditanstalt für Wiederaufbau der vergangenen Jahre zeigen den enormen Sanierungsstau an deutschen Schulen. So beträgt er aktuell 42,8 Milliarden Euro. Diese Investitionsbedarfe zeigen uns aber nicht, wie viel davon tatsächlich in bessere Lernräume investiert wird. Aktuell haben wir eine lange nicht wiederkehrende Möglichkeit, mit besseren Räumen die pädagogischen Handlungsoptionen zu unterstützen. Wenn wir „nur“ energetisch und brandschutztechnisch sanieren, verspielen wir eine große Chance: die Weichen für das Lernen der Zukunft zu stellen.

Prof. Marc Kirschbaum,
Architekt und Professor für Architekturtheorie und Entwerfen
an der SRH Hochschule Heidelberg, Leiter des Forschungsprojekts
Reallabor STADT-RAUM-BILDUNG

**Zukunftsfähige Lernraumgestaltung im digitalen Zeitalter (2019). Arbeitspapier Nr. 45. Hochschulforum Digitalisierung (erscheint voraussichtlich im Herbst 2019)**

# Inhalt

Prämie des Monats
Seite 5


**Gastkommentar**
Pädagogik braucht Raum — Seite 2

**Impressum** — Seite 3

**Auf einen Blick** — Seite 4

**Prämie des Monats** — Seite 5

**Schwerpunkt: Sanierungsstau in Bildungseinrichtungen**
1. Sonderprogramme für marode Schulen: Investitionen, die sich lohnen — Seite 6
2. Interview mit Schulberater Rainer Schweppe: Abschied von der Lernfabrik — Seite 9
3. Gegensätze in Leipziger Schulgebäuden: Alt und doch neu, neu und doch alt — Seite 12
4. Schleppender Kita-Ausbau in Berlin: Ohne Mitbestimmung geht es nicht — Seite 14
5. Baufällige Hochschulgebäude: Ruinen, die sich Universität nennen — Seite 16
6. Die Hürden bei Kita und Schule: Zuständigkeitswirrwarr — Seite 18

**Hintergrund Inklusion am Gymnasium**
1. Unterricht mit blinder Schülerin in der Klasse: Eine Grenzerfahrung — Seite 20
2. Organisation von Schule: Träge wie ein großer Tanker — Seite 22

**Schule**
1. GEW-Kommentar: Werben für den Lehrberuf — Seite 24
2. Interview mit Uschi Kruse: Die Unzufriedenheit wächst — Seite 30

**Bildungspolitik**
1. Digitalisierung in der Weiterbildung: Mehr bilden, besser qualifizieren — Seite 25
2. Bund-Länder-Verhandlungen: Nationaler Bildungsrat ohne Gewerkschaften? — Seite 26
3. Interview mit Oskar Negt: „Humanität benötigt Bindungen ...“ — Seite 28

**Gesellschaftspolitik**
1. Forschungsstand Projekt „GEW-Geschichte“: Pragmatismus statt Reflexion — Seite 32
2. Präventionsprojekt in Hessen: Ist das schon antisemitisch? — Seite 40

**Jugendhilfe**
„Kita des Jahres 2019“ in Südhessen: Ihr Wort zählt – egal, wie klein sie sind — Seite 36

**Berufliche Bildung**
Funktionaler Analphabetismus: Der Albtraum mit den Buchstaben — Seite 38

**Initiative „Bildung. Weiter denken!“**
„GEW in Bildung unterwegs“ in Hessen: „Gute Bildung braucht gute Gebäude“ — Seite 42

**Nachruf**
Nachruf auf Jesper Juul: „Kinder brauchen keine Grenzen“ — Seite 43

**Leserforum** — Seite 44

**Diesmal** — Seite 48

**Titel: Werbeagentur Zimmermann**


## IMPRESSUM


**Erziehung und Wissenschaft**
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 71. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redaktion: Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.


Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.



Die E&W finden Sie als PDF auf der GEW-Website unter:
www.gew.de/eundw.
Hier wird die E&W auch archiviert.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 01.01.2019,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

**Der von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), UNESCO und der Bildungsinternationale (BI) ins Leben gerufene und jährlich am 5. Oktober begangene World Teachers' Day widmet sich in diesem Jahr dem pädagogischen Nachwuchs.**

## Streiken fürs Klima

Seit dem Ende der Sommerferien demonstrieren wieder viele Tausend Schülerinnen und Schüler sowie Studierende des Bündnisses „Fridays for Future" für schnell wirksame Maßnahmen gegen die Klimaerwärmung. Höhepunkt der Protestaktionen soll am 20. September ein bundesweiter Klimastreik sein.

Die GEW begrüßt die Demonstrationen von „Fridays for Future" und fordert die Gliederungen der GEW zur Unterstützung vor Ort auf. Die soziale Bewegung „Fridays for Future" trage die Bedrohung der Welt durch den Klimawandel in das öffentliche Bewusstsein, erklärte der Geschäftsführende Vorstand der GEW Mitte August. Die GEW engagiere sich in vielfältiger Weise für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und bekenne sich dabei zu den umfassenden UN-Entwicklungszielen, die soziale und ökologische Ziele systemisch miteinander verbinden.

## Haltung zeigen

Ob in Wahlergebnissen, der Zunahme von Hate Speech oder rechtsextremer Gewalt – Rechtsradikalismus zeigt sich in verschiedenen Facetten. Unter dem Motto „Haltung zeigen – Demokratie und Zivilcourage stärken" sollen auf einer Fach- und Vernetzungstagung am 1. und 2. November in Leipzig pädagogische und gewerkschaftliche Handlungsperspektiven im Umgang mit Rechtspopulismus und -extremismus erarbeitet werden. Die Tagung richtet sich an Kolleginnen und Kollegen in der schulischen und außerschulischen Bildung, in der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie an alle anderen interessierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter (Anmeldung bis zum 15. September unter: www.gew.de/veranstaltungen/detailseite/haltung-zeigen-demokratie-und-zivilcourage-staerken).

## Tepe bleibt BI-Vizepräsidentin

Die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe ist Ende Juli von den Delegierten des 8. Weltkongress der Bildungsinternationale (BI) in Bangkok erneut zur Vizepräsidentin gewählt worden. In ihrer zweiten Amtszeit werde sie sich weiter für das Recht auf freie Bildung für alle Menschen engagieren, erklärte Tepe. Für einen fairen Zugang zu guter Bildung müssten die weltweiten Ausgaben für Bildung dringend erhöht werden (E&W berichtet in der Oktober-Ausgabe über den BI-Kongress).

## Buchmesse: EDU-Konferenz zu Diversität

Diversität ist ein Thema, das auch in Schule und Kita immer größere Bedeutung bekommt. Welche Projekte aber sind sinnvoll, und wie setzt man sie in den vorhandenen Strukturen um? Diesen Fragen gehen Expertinnen und Experten in Vorträgen und Gesprächsrunden auf der EDU-Konferenz am 16. Oktober im Rahmen der Frankfurter Buchmesse (16. bis 20. Oktober) auf den Grund. GEW-Mitglieder zahlen 35 Euro (statt 45 Euro) inkl. Messeeintritt und Mittagsimbiss. Beim Ticketkauf den Rabattcode eingeben: FEK19PartnerGEW www.buchmesse.de/edukonferenz

## Integration statt Ausgrenzung

Carsten Linnemann, stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag, sprach sich Anfang August in einem Interview mit der „Rheinischen Post" dafür aus, Kinder, die schlecht Deutsch sprechen, vom Schulbesuch zunächst zurückzustellen und in Vorschulklassen zu unterrichten. Die Forderung stieß auf vielfache öffentliche Kritik. Für die GEW erklärte Ilka Hoffmann, im Vorstand für den Bereich Schule zuständig, nicht ein Mangel an Deutschkenntnissen sei das Problem im Alltag der Schulen, sondern ein Mangel an ordentlich ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern. Kritik gab es auch aus der Schulpraxis. So meinte der Berliner Lehrer Olaf Schäfer, der seit 24 Jahren an Brennpunktschulen unterrichtet, gegenüber dem Nachrichtenportal watson.de: „Kinder lernen am meisten von anderen Kindern. Nimmt man ihnen die gleichaltrige Peer-Group weg (…), kann das gar nicht funktionieren."

Wie wichtig für Schülerinnen und Schüler ohne ausreichende Deutschkenntnisse der gemeinsame Unterricht ist, darauf wies die Publizistin Lena Gorelik wenige Tage nach Linnemanns Äußerungen in einem Beitrag für die Süddeutsche Zeitung hin („Vierte Klasse. Keine Deutschkenntnisse"). Die heute in München lebende Journalistin und Schriftstellerin wurde 1981 in Leningrad geboren und emigrierte 1992 zusammen mit ihren Eltern nach Deutschland. Hier besuchte sie eine schwäbische Grundschule und lernte dort unter anderem mit der verständigen Hilfe eines Lehrers und ihrer Mitschüler Deutsch sprechen, lesen und schreiben. Den Beitrag hat die GEW auf der Website veröffentlicht: www.gew.de/sz-gorelik-deutschlernen

## Alle Jahre wieder

Zu Beginn des neuen Schuljahres zeichnet sich ab, dass bundesweit erneut viele Lehrerinnen und Lehrer fehlen. Dies geht aus einer Datenabfrage des GEW-Hauptvorstandes bei den Landesverbänden hervor. Vor allem im Osten ist es in keiner Schulart gelungen, alle ausgeschriebenen Stellen mit voll ausgebildeten Lehrkräften zu besetzen. Besonders dramatisch ist die Lage in Sachsen (s. Interview Seite 30 f.). Bremen, Schleswig-Holstein und Hamburg greifen ebenfalls immer häufiger auf Quereinsteigerinnen und -einsteiger zurück.

In Baden-Württemberg und Bayern, aber auch in Rheinland-Pfalz zeigt sich ein etwas anderes Bild: Dort gibt es zudem Engpässe an Förderschulen, Berufsschulen und in einigen Regionen auch an Grundschulen. Gleichzeitig bleiben Absolventen des Referendariats für das Gymnasium zu Tausenden ohne Stellenangebot.

## Beitrag wird angepasst

Für GEW-Mitglieder, die im Geltungsbereich des Tarifvertrages der Länder (TV-L) angestellt sind, wird der Gewerkschaftsbeitrag rückwirkend zum 1. Januar 2019 angepasst – bezugnehmend auf die Tariferhöhung um 3,01 Prozent bzw. mindestens 100 Euro.

Petra Grundmann, Schatzmeisterin der GEW

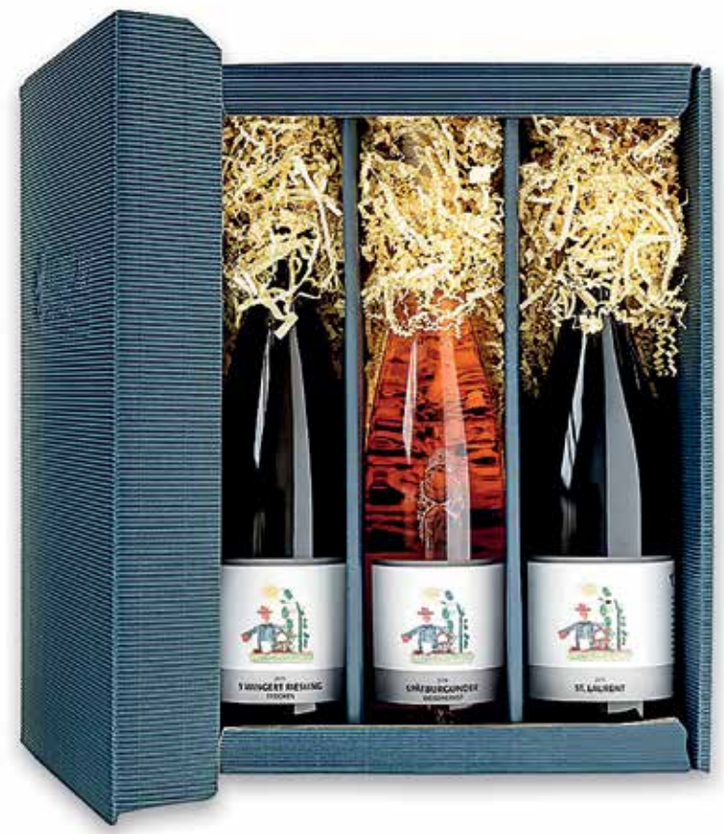
# Mitmachen lohnt sich ...

**... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie ein Weinset der Lebenshilfe.***

## Prämie des Monats September:

### Weinset der Lebenshilfe

Drei Bio-Weine aus dem Weinbau der Lebenshilfe. Sozial, ökologisch und qualitätsbewusst. Eine gute Wahl.



## Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
## www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

**Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!**

**Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211**

**oder per Coupon:**

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

**Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:**
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats September 2019/Weinset der Lebenshilfe

Aus Alt mach Neu: Die Umbauarbeiten an der Averbruchschule in Dinslaken bei Duisburg sind so gut wie abgeschlossen. Künftig wird die einst zweizügige Schule drei Klassen pro Jahrgangsstufe beherbergen. Neue, lichtdurchflutete Räume ersetzen die alten Klassenzimmer. Ein Beispiel, von dem es leider noch zu wenige gibt. Bundesweit wird der Investitionsbedarf in die Schulinfrastruktur auf 42,8 Milliarden Euro geschätzt. Bei einer repräsentativen Umfrage stuften im vergangenen Jahr 59 Prozent der GEW-Mitglieder „größere Sanierungs- und Umbauarbeiten“ als „wichtig“ oder „sehr wichtig“ ein.

# Investitionen, die sich lohnen

**// Sanierungsstau an Schulen, veraltete Lernumgebungen, fehlende IT-Ausstattung: Bund und Länder reagieren mit Sonderprogrammen. Reichen die aus? Und welche Schritte geht die Stadt Dinslaken am Niederrhein? Ein Report. //**

Im Treppenhaus liegt feiner weißer Staub. Irgendwo dröhnt eine Bohrmaschine, Kabeltrommeln liegen herum, Glasscheiben stapeln sich an der Wand. Wir sind in Dinslaken bei Duisburg, es ist Mitte Juni. Umbau und Erweiterung der Averbruchschule, einer Grundschule, sind in vollem Gang. Die energetische Sanierung sei bereits erledigt, erläutert Architektin Eva Henjes, 34 Jahre. „Das Dach ist neu, die Fassade gedämmt“, sagt sie. Die einst zweizügige Schule wird künftig drei Klassen pro Jahrgangsstufe beherbergen. Im dritten Stock des Hauptgebäudes sehen wir neue Unterrichts- und Differenzierungsräume, hell und großzügig, mit eigener WC-Anlage. Blick durchs Fenster, hinunter auf den Schulhof: Ein Schaufelbagger wühlt sich durch das Erdreich. „Der hat gerade die Asphaltdecke abgetragen“, erklärt Henjes. Jetzt folgen Erdarbeiten. Dann kommen die Spielgeräte. Bepflanzt und begrünt wird im Laufe des neuen Schuljahres.

Dinslaken, 71.000 Einwohner. Die Stadt am Niederrhein beschloss 2013, ihre Schulen umfassend zu sanieren und zu erweitern. Kosten für 16 Schulen: 63 Millionen Euro*. „Wie wir heute mit der jungen Generation umgehen, welche Bildung wir anbieten, entscheidet darüber, wie unsere Gesellschaft morgen aussehen wird.“ Diese Richtschnur formulierte Dinslakens Bürgermeister Michael Heidinger (SPD). Doch nicht das städtische Bauamt kümmert sich um die Sanierungen. Dies ist Aufgabe der ProZent GmbH, einer 100-prozentigen Tochter der Stadt Dinslaken, gegründet 2014. Vorteil sei, „dass deutlich zügiger gebaut wird“, erklärt Walburga Wüster, 63 Jahre, Geschäftsführerin der ProZent GmbH. Sie verweist auf die Ausschreibungen. Wenn die über die Kommune laufen, gebe es viele Beteiligte. Es gelte, eine Vorlage zu erarbeiten, Angebote müssten extern geprüft werden und vieles mehr. „Das dauert bis zu drei Monate“, betont Wüster. Bei der ProZent liege alles in einer Hand. „Die Ausschreibung kann in vier oder fünf Wochen erledigt sein.“ 19 Beschäftigte arbeiten derzeit in der GmbH, darunter Architektinnen, Bauleiter und Fachleute für Heizungs- oder Sanitärplanung. „Unterm Strich“, so Wüster, „erreichen wir eine Kostenersparnis zwischen 10 und 14 Prozent.“

## Gewaltiger Finanzbedarf

Kaputte Schulgebäude. Stinkende Schultoiletten. Lernumgebungen, die den Ansprüchen von Ganztag, Digitalisierung, Inklusion und Integration keinesfalls genügen. Dies treibt den Schulverantwortlichen in Städten und Kreisen den Schweiß auf die Stirn. „Erheblichen Investitionsrückstau“ meldet das Deutsche Institut für Urbanistik (difu). Kämmerer der deutschen Kommunen schätzten den „Investitionsbedarf in die Schulinfrastruktur für 2018 auf ca. 47,7 Milliarden Euro“, so das difu. Aktuell liege der Investitionsrückstand bei Schulen immer noch bei 42,8 Milliarden Euro, berichtete das difu im Juni 2019. Die GEW wollte 2018 im Rahmen einer bundesweiten Umfrage wissen, welche Verbesserungen in Bildungseinrichtungen als „wichtig“ oder „sehr wichtig“

einzustufen sind**. 59 Prozent der repräsentativ befragten GEW-Mitglieder nannten „größere Sanierungs- und Umbauarbeiten“. 66 Prozent verwiesen auf „Sanierung der Sanitäreinrichtungen“. 79 Prozent wünschten sich „Maßnahmen gegen Lärm“. 80 Prozent forderten „Verbesserung der digitalen Ausstattung“. Eine Studie der GEW Hessen*** zeigt zudem auf, dass Städte und Kreise höchst unterschiedlich viel Geld in ihre Schulgebäude investieren: Das Schlusslicht bildet die Stadt Kassel mit durchschnittlich 246 Euro im Jahr pro Schülerin und Schüler. Die Stadt Darmstadt nimmt 460 Euro pro Jahr und Kopf in die Hand. Spitzenreiter Hochtaunuskreis, gelegen im Speckgürtel von Frankfurt am Main, stellt 1.299 Euro bereit (s. auch S. 44).

Bund und Länder reagieren. Doch im Vergleich zum gewaltigen Finanzbedarf fallen die staatlichen Förderprogramme bescheiden aus. So beschloss die Bundesregierung 2015 den „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“. Daraus fließen 3,5 Milliarden Euro an Kommunen, die damit unter anderem die Bildungsinfrastruktur verbessern dürfen (Laufzeit bis 2020). Weitere 3,5 Milliarden Euro gehen an finanzschwache Kommunen, um Schulen zu sanieren (Laufzeit bis 2022). Im Jahr 2019 fiel der Startschuss für den „DigitalPakt Schule“, der in den nächsten Jahren 5,5 Milliarden Euro für IT-Technik verteilen wird (s. E&W 1/2019 und 10/2018). Hinzu kommt, was einzelne Bundesländer anbieten. So verabschiedete Nordrhein-Westfalen 2016 das Programm „Gute Schule 2020“. Zwei Milliarden Euro, verteilt auf vier Jahre, stehen bereit. Aus diesem Programm erhält Dinslaken 6,5 Millionen Euro.

Fotos: Bert Butzke

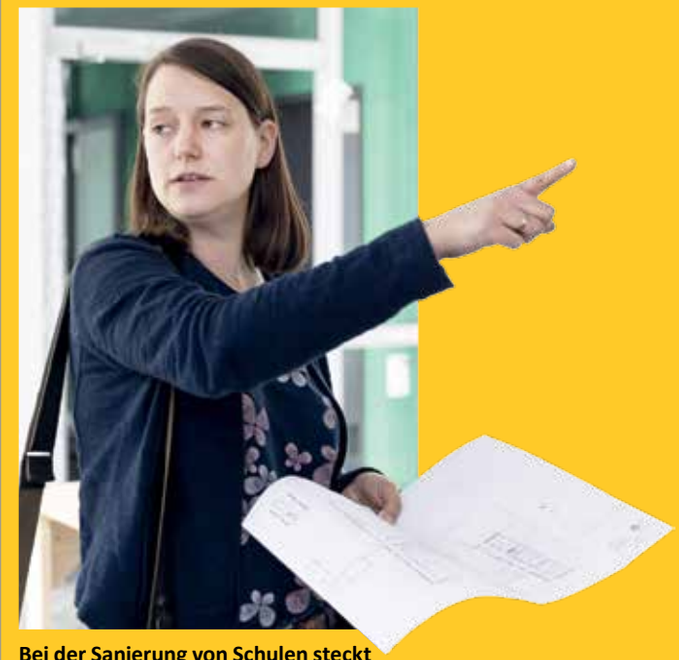
**Walburga Wüster leitet die ProZent GmbH. Der 100-prozentigen Tochter der Stadt Dinslaken obliegen Planung und Durchführung der Sanierung von öffentlichen Gebäuden. Die 63-Jährige verweist auf den Vorteil eines solchen Systems: Bei der Sanierungsgesellschaft liege alles in einer Hand. „Die Ausschreibung kann in vier oder fünf Wochen erledigt sein. Unterm Strich erreichen wir eine Kostenersparnis zwischen 10 und 14 Prozent.“**

## Schwierige Personalsuche

Viele Kommunen haben jedoch Probleme, das Geld sinnvoll in Schulgebäude zu investieren – es fehlt qualifiziertes Personal. Beispiel Köln. In der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln (GW) seien von 500 Stellen seit Jahren 80 bis 100 Stellen nicht besetzt. Das berichtet Heiner Kockerbeck, Kölner Stadtrat der Linken. „Insbesondere Bauingenieure und Architekten sind für die Gehälter, die die Stadt Köln bezahlt, schwer zu bekommen“, erklärt Kockerbeck. Es fehlten „insbesondere solche, die genügend qualifiziert sind, um größere Bauprojekte zu leiten“. Die Stadt erklärt auf Anfrage, seit 2017 habe die GW ihr Personal aufgestockt und 144 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewonnen. Aktuell liege die Zahl der offenen Stellen bei „ca. 85“. Derweil steigen in Köln die Schülerzahlen. Die Domstadt müsse „in den nächsten Jahren“ mehr als 40 neue Schulen bauen, berichtete der Kölner Stadt-Anzeiger im Mai 2019. Zusätzliche Lasten verursacht laut Stadt-Anzeiger, dass die schwarz-gelbe Landesregierung die verbindliche Verkürzung der Schulzeit zurückgenommen hat. „Fünf bis acht Gymnasien werden allein wegen der Umstellung von G8 auf G9 benötigt.“

Dramatisch auch die Lage in Berlin. Die Hauptstadt habe mit einer Verwaltung zu tun, „die es schon lange nicht mehr gewohnt ist, zu investieren“, so die Berliner Zeitung im Juni 2018. Kompetente Leute wurden laut Berliner Zeitung „weggespart unter Sarrazin und Wowereit“. Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) war von 2002 bis 2009 im Amt, der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) von 2002 bis 2014. Auch in Berlin steigen die Schülerzahlen. Der rot-rot-grüne Senat plant deshalb, bis 2026 insgesamt 60 neue Schulen zu bauen. Mit den veranschlagten 5,5 Milliarden Euro werde Berlin jedoch „nicht so weit kommen wie erhofft“, schreibt der Tagesspiegel. Ein Grund seien „unrealistisch niedrige Schätzungen“, mit denen der Senat anfangs geplant habe, sowie „exorbitante Preissteigerungen in der Bauwirtschaft“.

Zurück an der Averbruchschule in Dinslaken. Architektin Henjes zeigt uns den künftigen Mehrzweckraum, mit Bühnenpodest und Ausgabestelle für warme Mahlzeiten. „Fast 225 Quadratmeter groß“, erläutert sie. Noch liegt dort nackter Estrich, ein Handwerker schnei- >>>



**Bei der Sanierung von Schulen steckt der Teufel oft im Detail. Häufig machen die Räumlichkeiten zwar etwas her, doch im Sommer ist bei großer Hitze an Unterricht nicht zu denken. An der Averbruchschule in Dinslaken hat Architektin Eva Henjes auch an solche Situationen gedacht. „Es gibt eine Lüftungsanlage“, versichert sie. Hinzu kommen Markisen vor den Fenstern – „die werden das Ganze verschatten“.**

## Hoch umstritten: Public Private Partnership im Schulbau

Ein öffentliches Gebäude, um dessen Finanzierung, Bau und Betrieb sich ein privates Unternehmen kümmert. Und eine Kommune, die im Gegenzug dem Unternehmen 20 oder 25 Jahre lang eine Art Pachtrate zahlt. Dieses Konstrukt heißt Public Private Partnership (PPP), auch Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) genannt. Seit 2003 starteten bundesweit 111 PPP-Projekte im Schulbau, meldet der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie. Kommunen und Eltern seien mit den ÖPP-Schulprojekten zufrieden, behauptet der Verband und verweist auf entsprechende Studien. Die Stadt Mülheim an der Ruhr hingegen liegt im Clinch mit ihren PPP-Partnern, den Bauunternehmen Strabag und Züblin. Der jahrelange Streit dreht sich um zwei Mülheimer Schulgebäude, die via PPP saniert wurden. Von „teils erheblichen Feuchtigkeitsschäden“, berichtete die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) im März 2019. Das Landgericht Duisburg urteilte inzwischen, die privaten Partner müssten die Schäden beheben. Strabag und Züblin legten Berufung ein. Es sei „nicht klar, ob es nun endlich und zeitnah zu einer Sanierung kommt“, schreibt die WAZ. Auch andernorts sind die Erfahrungen gemischt (vgl. E&W 7-8/2016). Zwar sind private Firmen im Rahmen von PPP-Projekten oft schneller als städtische Bauabteilungen. Zudem muss die häufig hochverschuldete Kommune keinen Kredit aufnehmen – das ist Sache der PPP-Gesellschaft. Holger Mühlenkamp, Professor für öffentliche Betriebswirtschaftslehre in Speyer, hält jedoch nichts davon, „Staatsverschuldung zu verdecken“. „Man ist nicht mehr Herr im eigenen Haus“, warnte 2016 die damalige Kölner Schul-Beigeordnete Agnes Klein (SPD). Sind die Verträge unterschrieben, so Klein, seien Änderungswünsche „schwer realisierbar“. Kritiker betonen zudem: PPP-Projekte seien häufig teurer, da die privaten Partner Gewinne erzielen wollten und höhere Zinsen als die öffentliche Hand zu zahlen hätten. M. H.-L.

>>> det Kunststoffbahnen zurecht. „Hier sind die Bodenleger zugange“, erklärt Henjes. Zwei Seiten des Raumes sind bis zum Boden verglast. Und wenn die Sonne reinknallt? „Es gibt eine Lüftungsanlage“, antwortet die Architektin. Hinzu kommen Markisen vor den Fenstern – „die werden das Ganze verschatten“.

Hat ProZent ebenfalls Probleme, Personal zu finden? Nein, antwortet Geschäftsführerin Wüster. Die angestellten Fachleute verdienten „hier besser als in einem kleinen Architekturbüro in unserer Region“. Man bewege sich zwar im Rahmen des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst. Allerdings sei ProZent „ein wenig flexibler“. Im Oktober 2018 habe der Stadtrat zudem beschlossen, die Personalsituation „zu verstetigen“. Nun hätten alle Beschäftigten unbefristete Arbeitsverträge. Hätte der Stadtrat dies nicht beschlossen, so Wüster, „dann hätte sich der eine oder andere nach anderen Stellen umgesehen“. Und was ist mit Baufirmen und Handwerksbetrieben – die sind doch oft ausgebucht? „Viele Baufirmen arbeiten gern mit uns“, betont Wüster. „Weil wir schneller beim Bezahlen sind als die Kommune.“ Sie berichtet, „dass wir uns bemühen, in der Region auszuschreiben.“ Damit Firmen zum Zuge kommen, „die ihre Gewerbesteuer in Dinslaken zahlen“.

## Kapitalstock geschrumpft

Doch Kommunen ächzen nicht nur unter der Last, Schulgebäude zu sanieren oder zu bauen. Vielerorts sind auch andere öffentliche Gebäude marode, zerbröseln Straßen und Brücken. „Deutsche Kommunen haben auch im europäischen Vergleich überdurchschnittliche Investitionsrückstände“, so ein Bericht der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) von Juli 2018****. Sie beruft sich dabei auf eine Studie der Europäischen Investitionsbank. Demnach hätten deutsche Städte und Kreise „seit 2003 durchgehend weniger investiert als abgeschrieben“, der Kapitalstock sei also geschrumpft. Spätestens ab 2003 litten die Kommunen unter wegbrechenden Einnahmen – verursacht auch durch die Steuerreform der damaligen rot-grünen Bundesregierung. „Die Infrastruktur in Deutschland läuft somit seit rund 15 Jahren auf Verschleiß“, schreibt die KfW-Bank. Dies gelte selbst für die letzten Jahre, „in denen niedrige Zinsen und eine robuste Konjunktur den deutschen Kommunen zusätzliche finanzielle Handlungsspielräume eröffnet haben“. Was tun? Der KfW-Report kommt zu dem Schluss, dass „die zunehmende Delegation von Finanzierungsverantwortung an den Bund“ sowie „die Einführung einmaliger Sonderprogramme“ keine dauerhafte Lösung ermögliche. „Vielmehr sollten die Handlungsspielräume der Kommunen wieder verbessert werden.“ Was bedeutet: Entlastung der Städte und Gemeinden bei den Sozialausgaben. Und Steuererhöhungen zugunsten der Kommunen. Damit Städte und Kreise in die Lage versetzt werden, dauerhaft für funktionstüchtige, moderne und attraktive Schulgebäude zu sorgen.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

***Broschüre „Dinslaken macht Schule“: bit.ly/dinslaken-macht-schule-pdf**
****GEW-Studie zur Gebäudequalität von Bildungseinrichtungen: www.gew.de/studie-gebaeude**
*****Studie der GEW Hessen zur Entwicklung der Bauinvestitionen: www.gew.de/gewhessen-bauinvest-pdf**
******KfW-Studie „Bundesrepublik en marche?! Kommunale Investitionsrückstände in Frankreich und Deutschland“: bit.ly/kommunale-investrueck-pdf**

**GEW-Flyer „lerntRÄUME gestalten“: www.gew.de/flyer-lerntraeume-pdf**
**Siehe auch E&W-Schwerpunkt 9/2016**

# Abschied von der Lernfabrik

**// Hunderte Schulgebäude in Deutschland sind marode; der Sanierungsbedarf ist groß. Gleichzeitig steigt aufgrund wachsender Schülerzahlen der Bedarf an Neubauten. Der Schulberater Rainer Schweppe sieht darin eine Chance, Schulen so zu gestalten, dass in ihnen auch ein moderner Unterricht möglich ist, der auf Inklusion und Methodenvielfalt setzt. //**

**E&W:** Die meisten Schulen in Deutschland sind vor mehr als 100 Jahren oder in den 1970er-Jahren im Zuge der Bildungsexpansion gebaut worden. Sie sind reine Zweckbauten, die den Geist ihrer Zeit atmen: Lernfabriken für den 45-Minuten-Takt und Frontalunterricht. Der Schulunterricht hat sich mittlerweile aber geändert. Wie muss die Schularchitektur für diesen Unterricht aussehen?

**Rainer Schweppe:** Die Schulgebäude wurden früher ausschließlich für den Halbtagsunterricht gebaut: Am Vormittag sollte so viel Wissen wie möglich bzw. wie vorgeschrieben vermittelt werden. Für die Ganztagsschule, aber auch für die Inklusion und die Digitalisierung des Unterrichts braucht es ganz andere Konzepte. Das heißt, die Gebäude müssen völlig anders gestaltet und ausgestattet sein als die traditionellen „Flurschulen“. Sie müssen einen Unterricht ermöglichen, der auf Methodenvielfalt setzt, sie müssen eine flexible Raumnutzung zulassen, die auch Ruhe und Entspannungsmöglichkeiten bietet. Dazu benötigen Lehrerinnen und Lehrer bessere räumliche Arbeitsbedingungen, wenn sie längere Zeit in der Schule sind.

**E&W:** Lassen sich die bestehenden Schulgebäude problemlos umgestalten?

**Schweppe:** Grundsätzlich funktioniert das. Das geht einerseits mit ganz einfachen Mitteln, beispielsweise einer anderen Raumzuordnung – verbunden mit einer neuen farblichen Gestaltung der Wände, Türen etc. Einen Kartenraum könnte man leicht zum Teamraum umwidmen. Mit etwas mehr Bauaufwand kann man aber auch in die Bausubstanz eingreifen und zum Beispiel Wände einreißen, um Platz zu schaffen und Flure pädagogisch nutzbar zu machen. Das bietet sich zum Beispiel dann an, wenn sowieso größere Sanierungsarbeiten anstehen.

**E&W:** Sie haben das Konzept Lernhausschule entwickelt und in Herford, München und Berlin umgesetzt. Was ist unter diesem zu verstehen?

**Schweppe:** Eine Schule besteht neben den Fachräumen aus mehreren Lernhäusern. In so einem Lernhaus gibt es keine herkömmlichen engen Klassenzimmer an Fluren, sondern offene, lichtdurchflutete Räume, die sich mit Differenzierungsräumen um ein Forum herum gruppieren und auch einen Teamraum beinhalten. Bauphysikalisch wird auf ein angenehmes Raumklima geachtet, also darauf, dass die Räume zum Beispiel im Sommer nicht überhitzen. Natürlich sind Räume wie bisher als Klassenzimmer nutzbar, aber eben flexibel, so dass auch mehr pädagogische Methoden als der Frontalunterricht möglich sind, etwa das Arbeiten in kleinen Lerngruppen. Die Lernhäuser verhindern zudem eine zu große Anonymität, wie man sie aus der traditionellen Schule mit 1.000 Schülern, 100 Lehrern >>>

**Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen**

Dienstunfähigkeitsversicherung
Berufsunfähigkeitsversicherung

Sicherheit für den Fall der Dienst- oder Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn dieses Risiko wird oft unterschätzt. Die HUK-COBURG bietet Ihnen Sonderkonditionen bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit sparen Sie über die gesamte Laufzeit bares Geld!

Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne auch persönlich vor Ort: Die Adressen unserer Geschäftsstellen finden Sie in Ihrem örtlichen Telefonbuch unter „HUK-COBURG“ oder unter www.HUK.de/Ansprechpartner

GEW

HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

>>> und sich gleichenden Klassenzimmern kennt. Eine kleinere Gruppe von Lehrkräften ist im Lernhaus einige Jahre für eine kleinere Anzahl von Schülerinnen und Schülern da.

**E&W:** Wie nehmen die Lehrerinnen und Lehrer dieses Konzept an?

**Schweppe:** Die Erfahrungen und die Rückmeldungen sind positiv. Wichtig ist natürlich, dass die Beschäftigten von Anfang an bei der praktischen Arbeit und der Schulentwicklung unterstützt werden. Wichtig ist uns auch, dass sich sowohl Pädagoginnen und Pädagogen mit langjähriger Berufspraxis eingeladen fühlen, etwas Neues auszuprobieren, als auch Kolleginnen und Kollegen, die mit neuen Lehr- und Lernmethoden bereits vertraut sind, die dafür notwendigen räumlichen Bedingungen vorfinden. In Berlin hat sich auch die GEW in die Facharbeitsgruppe Schulraumqualität eingebracht und das Projekt unterstützt.

**E&W:** Die Schulbauverordnungen unterscheiden sich von Bundesland zu Bundesland; manche Länder haben überhaupt keine Verordnungen mehr. Während die Länder überwiegend für das pädagogische Personal zuständig sind, fallen der Bau und die sachliche Ausstattung der Schulen in die Verantwortung der Kommunen. Hemmt diese Aufgabenverteilung den Schulneu- und -umbau?

**Schweppe:** Ja, das ist in der Tat ein Problem. Nordrhein-Westfalen (NRW) redet den Schulträgern beim Schulbau überhaupt nicht rein, dort gibt es eine Pauschale, die jährlich über die Gemeindefinanzierung ausgeschüttet wird. Damit sind Förderanträge nicht mehr nötig. Es fehlt hier allerdings ein pädagogisches Raumkonzept, wie es jetzt als erstes Bundesland Berlin hat. Andere Bundesländer fördern nach Mindeststandards – etwa bei der Raumgröße. Die Kommunen nutzen diese Freiräume ganz unterschiedlich. Herford in NRW und München in Bayern verfügen schon lange Zeit über bewährte eigene Raumstandards. Ich würde mir wünschen, dass die Kommunen beim Neubau wie dem Bestandsumbau eine neutrale überregionale Fachberatung in Anspruch nehmen könnten, die pädagogische und architektonische Aspekte verbindet. Der Bund und insbesondere die Länder sollten hier initiativ werden, damit pädagogische Ziele beim Schulbau überall Priorität haben.

**E&W:** Der Bedarf nach Schulneubau ist in den Kommunen unterschiedlich hoch. In Ballungsgebieten steigen die Schülerzahlen, anderswo sinken sie. Während etwa in Berlin Schulen in modularer Bauweise aus dem Boden gestampft werden sollen, müssen in anderen Orten Einrichtungen geschlossen werden. Da ist für innovative Lösungen kaum noch Platz, oder?

**Schweppe:** Ganz im Gegenteil. Wenn die Schülerzahlen zurückgehen, kann das sogar eine Chance sein. Man darf dann allerdings nicht der Versuchung verfallen, Schulen zurückzubauen, sondern sollte die vorhandenen Gebäude möglichst erhalten und das Mehr an Raum auch im Sinne von Ganztagsschule und Inklusion flexibel nutzbar machen.

**E&W:** Und bei steigenden Schülerzahlen?

**Schweppe:** Auch hier kommt es auf die richtige Architektur an. Städte wie Berlin können ja gar nicht anders, als ganz schnell viele neue Schulen zu bauen bzw. bestehende Einrichtungen rasch zu erweitern. Wenn man aber weiß, dass die „Notlösung“ zu einer Dauerlösung werden kann, die zehn oder mehr Jahre Bestand haben wird, dann muss man dies schon bei der Planung berücksichtigen. In Zuwachsregionen ist es auch aus wirtschaftlichen Gründen wichtig, schnell pädagogisch sinnvolle Schulgebäude zu errichten, damit weniger Übergangslösungen wie Container, Pavillons oder andere „mobile Bauten“ erforderlich sind. Typen- oder Modulbauten können dabei durchaus zeitgemäße adäquate Schulen sein, wenn sie für die pädagogische Nutzung konzipiert werden. Auch solche Bauten lassen sich als Lernhäuser konzipieren.

Interview: Jürgen Amendt,
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

Rainer Schweppe

Foto: privat

**Info Lernhauskonzept:**
**bit.ly/lernhaus-muenchen-pdf**

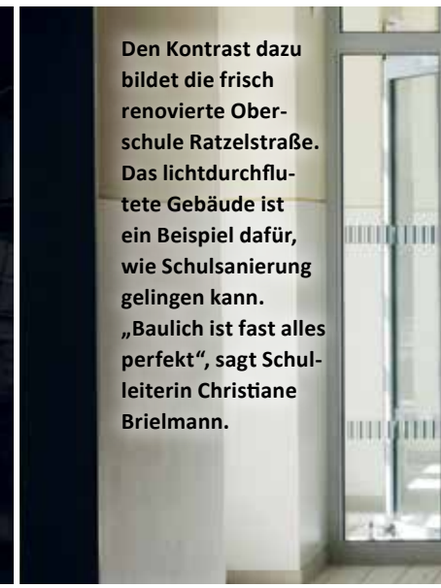
**Zur Person**

**Rainer Schweppe** (65) leitet in Berlin für die Senatsbildungsverwaltung als externer Berater die Facharbeitsgruppe Schulraumqualität. Davor hatte er in Herford und als Stadtschulrat in München ein neues Konzept für den Bau und Umbau von Schulen – das sogenannte Lernhauskonzept – entwickelt und umgesetzt, das Modellcharakter für andere Städte hat. jam

DAS LEBEN IST WISSEN.
BLEIB NEUGIERIG!
KLASSENFAHRT IN DIE JUGENDHERBERGE
Tipps und Programmangebote:
jugendherberge.de/klassenfahrten
HOSTELLING INTERNATIONAL
Gemeinschaft erleben
jugendherberge.de
DJH

# Alt und doch neu, neu und doch alt

Unter den rund 130 Schulen in Leipzig ist die 100. Grundschule eines der Stiefkinder. Eine Sanierung der 1985 gebauten Schule fand nicht statt. In den Schulfluren bilden sich Pfützen.



Den Kontrast dazu bildet die frisch renovierte Oberschule Ratzelstraße. Das lichtdurchflutete Gebäude ist ein Beispiel dafür, wie Schulsanierung gelingen kann. „Baulich ist fast alles perfekt“, sagt Schulleiterin Christiane Brielmann.

**// Ein Stadtteil, zwei Welten: In einer Plattenbauschule in Leipzig-Grünau läuft das Wasser von den Wänden – doch wenige Straßen weiter glänzt eine frisch sanierte Oberschule im Bauhausstil mit allem, was sich Lehrkräfte wünschen. //**

In der 100. Grundschule in Leipzig-Grünau haben sie ihren Humor nicht verloren, trotz allem: An einem warmen Sommertag ist Musikstunde im dritten Stock des Plattenbaus, die Luft ist heiß und drückend. Der kleine Lüfter schafft kaum mehr als eine Geräuschkulisse. Also guckt die Klasse einen Film. Die Schneekönigin! „Zur Abkühlung“, scherzt die Musiklehrerin.

Unter den rund 130 Schulen in Leipzig ist die 100. Grundschule eines der Stiefkinder. Gebaut 1985, hat sich bis heute wenig geändert. Eine Sanierung fand nicht statt, denn die Schule sollte 2012 geschlossen werden. Doch dann wuchsen die Schülerzahlen, der Standort wurde gebraucht – auch wenn er sich kaum noch dafür eignet: Die uralten Holzfenster sind undicht, im Sommer heizen sich die Räume im Nu auf, im Winter zieht es kalt herein. Tapeten und Putz bröckeln, der PVC-Bodenbelag wellt sich. Die orangen Vorhänge im DDR-Stil spotten jeder Brandschutzverordnung, und die 35 Jahre alten Schränke sollte man nicht rücken, weil sie sonst auseinanderfallen. Immerhin die Toiletten des Schulgebäudes wurden gerade neu gemacht. Aber in den Retro-Umkleiden der Sporthalle kann man noch riechen, wie der Ursprungszustand war. Im Keller hat es reingeregnet, das Fallrohr ist undicht.

## Tafeln aus DDR-Zeiten

Dass die Zimmer und Flure trotzdem in knalligen Farben leuchten, ist nur dem Engagement der stellvertretenden Schulleiterin Grit Trepte zu verdanken, die sich in ihrer Freizeit mit Farbeimern und Freunden auf die Leiter stellt. Zusammen mit Schulleiterin Franziska Horn bildet sie ein Team, das gelernt hat, den Kopf nicht hängenzulassen. „Natürlich stelle ich ständig Anträge“, sagt Horn und zeigt einen dicken Ordner mit allen Grundrissen. Darin sind für jedes Zimmer der vierzügigen Grundschule die größten Probleme und die kleinsten Reparaturen farblich eingezeichnet. „Sonst verliere ich ja den Überblick“, scherzt die 37-Jährige mit Galgenhumor. Derzeit werden immerhin einige neue Fußböden gelegt. Aber die Lamellen für den Sonnenschutz fehlen immer noch – obwohl Horn sie seit 2017 beantragt. „Die baulichen Aufgaben“, sagt sie, „halten mich ständig von der pädagogischen Arbeit ab.“

Seit 2011 ist Horn hier Lehrerin, seit 2013 Schulleiterin. In den ersten Jahren war die dritte Etage gesperrt, aber der Platz reichte nicht aus. Auch das Kunstzimmer musste sie wieder in einen Klassenraum verwandeln. Für kleine Anschaffungen sammeln die mehr als 300 Kinder Altpapier. Vier Tonnen waren es voriges Schuljahr – bringt etwa 1.000 Euro für ein Schulfest und ein wenig neues Material. Während andere Schulen neue Anschaffungen aus den Mitteln des Digitalpakts planen, braucht die 100. Grundschule erstmal eine ordentliche Internetleitung. Während andere Schulen interaktive Whiteboards nutzen, stammen hier die meisten grünen Tafeln aus DDR-Zeiten. Doch mit ihrem kleinen Etat kann die Schule nicht mehr als Löcher stopfen. „Ich hätte gern einen strukturierten

Plan, wie es weitergehen soll“, sagt die Schulleiterin. „Aber unsere Perspektive ist gleich null.“

Die Leute in der Schulverwaltung wissen um die Misere, man ist ja ständig im Gespräch. Doch Leipzig leidet massiv unter Wachstumsschmerzen. Die Bevölkerung ist in den vergangenen acht Jahren um rund 80.000 Menschen auf annähernd 600.000 Einwohner gewachsen, die Schülerzahlen stiegen mit. Eine Herkulesaufgabe: Von den aktuell 132 Schulen der Stadt sind in den vergangenen fünf Jahren sieben Schulen neu gebaut und etwa 40 komplett saniert worden. „Bei etwa 60 Schulen laufen derzeit Sanierungen; etwa ein Drittel befindet sich im Bau, bei zwei Dritteln laufen die Planungen“, sagt Nicolas Tsapos, Leipzigs Amtsleiter für Jugend, Familie und Bildung. Unter dem Strich bedeutet das aber auch: 25 Schulen müssen noch saniert werden. Für Tsapos ist damit jedoch absehbar, „dass man in naher Zukunft davon ausgehen kann, dass alle Schulen der Stadt Leipzig saniert sind“. Dieses Jahr plant die Stadt immerhin mit 150 Millionen Euro für Neubauten, Sanierungen und Brandschutz. Weitere 23 Millionen sind für Instandhaltungen und kleinere Teilsanierungen geplant. Schon 2018 hatte die Stadt ein Sofortbauprogramm für Schulen mit 150 Millionen Euro bis 2022 aufgelegt.

Kritiker werfen dem Rathaus allerdings vor, rechtzeitige Planungen lange versäumt zu haben, weil man auf wachsende Geburtenzahlen und den positiven Wanderungssaldo zu spät reagiert habe. „Von der Geburt bis zur Einschulung vergehen sechs Jahre. Da hätte man trotz langer Genehmigungsverfahren frühzeitiger reagieren können“, sagt Fabian Wolff, Vorsitzender des GEW-Bezirksvorstands. Inzwischen reagiere die Stadt aber und investiere sehr viel. Doch ein Ende des Bedarfs ist nicht abzusehen: Die Stadt selbst rechnet bis 2030 mit einem Zuwachs von mindestens 20.000 Schülern.

Fotos: Sebastian Willnow

## Gute Räume, gutes Lernklima

Wie schön eine sanierte Schule sein kann, ist nur ein paar Straßen von der 100. Grundschule entfernt zu bestaunen: Die neue Oberschule Ratzelstraße ist schon äußerlich ein architektonisches Schmuckstück. Der ockerfarbene Bau mit den langen Reihen weißer Sprossenfenster strahlt auf Besucher eine besondere Ruhe aus. Beim Gang durch die lichtdurchfluteten Räume zeigt Christiane Brielmann, wie Schulalltag funktionieren kann. „Baulich ist fast alles perfekt“, sagt die Schulleiterin. „Hier gibt es nichts, das nicht neu wäre.“

Der Idealzustand ist besonders in den Fachkabinetten zu sehen: Für Informatik, Chemie, Bio und Physik sind gut ausgestattete Lehrräume mit vielen Materialien entstanden. Der Werkraum samt Sägetisch mit Absauganlage lässt Handwerker neidisch werden. In der großen Lehrküche kann man sogar die Höhe der Dunstabzugshauben elektrisch verstellen. Mehr als 15 Millionen Euro haben Stadt und Freistaat für die denkmalgerechte Sanierung ausgegeben, bevor die 1929 gebaute Schule voriges Jahr wiedereröffnet wurde. Bei ihrer Gründung vor 90 Jahren galt sie als eine der kinderfreundlichsten Volksschulen. Auch heute sind Gebäudehülle und Klassenzimmer wieder makellos. In die Wände auf den Fluren sind historische Schränke eingelassen, in einem Atrium zum hinteren Hof befindet sich die Schülermensa mit Ausgabeküche. Heizung, Elektrik, Sanitärräume, Treppenhäuser und zwei Aufzüge sind nagelneu und barrierefrei, ebenso die Pausen- und Sportflächen. „Die traumhafte Ausstattung erleichtert natürlich das Arbeiten deutlich“, sagt Brielmann.

Die 56-jährige Deutschlehrerin hat schon an verschiedenen Positionen in Sachsens Schullandschaft gearbeitet, auch als Schulleiterin. Nun genießt sie den allmählichen Aufwuchs der Schule. Seit diesem Jahr sind vorerst gut 340 Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 8 aufgenommen. Bis in zwei Jahren alle Klassenstufen vorhanden sind, bietet das offene Haus daher noch Ausweichräume für andere Standorte, die gerade saniert werden. Auch das Team wächst mit, es sind vor allem junge Kolleginnen und Kollegen. Schwierigkeiten mit Lehrkräftemangel oder zu wenigen Schülern haben sie in der Ratzelstraße nicht – im Gegenteil. Die Bewerberzahlen gehören zu den höchsten im Freistaat. „Die Kinder lieben ihre Schule. Es herrscht eine große Verbundenheit, die auch ein gutes Lernklima schafft“, sagt Brielmann.

Nur ein Vorzug der Schule hat sich zugleich als Fluch erwiesen: Die 850 Fenster und die hellen Gänge haben das Gebäude im Hitze-Sommer fast in ein tropisches Gewächshaus verwandelt. Schon morgens herrschten 30 Grad, Unterricht wurde verkürzt und in die Höfe verlegt. „Ich hoffe, dass den Bau-Experten noch eine Lösung für eine bessere Beschattung oder Lüftung einfällt“, sagt die Schulleiterin.

Sven Heitkamp,
freier Journalist

Besonders stolz ist man in der Integrations-Kita Karow KidZ im Nordosten Berlins auf den großen, extra schall- und zudem stoßgedämmten Bewegungsraum.

Fotos: Rolf Schulten

# Ohne Mitbestimmung geht es nicht

**// Berlin braucht dringend neue Kitas. Doch der Ausbau scheitert nicht nur an der Bürokratie, sondern auch am Fachkräftemangel auf dem Bau. //**

In einer Stadt, deren Kita-Mangel eine Website* hat und Geschichten über Menschen kursieren, die Tausende Euro Belohnung für einen Platz anbieten, kann es kaum verwundern, bei der Eröffnung einer Einrichtung auf die zuständige Senatorin zu treffen. Sandra Scheeres (SPD) ist in den äußersten Nordosten Berlins gereist, um anlässlich der Schaffung von 100 Plätzen einige Worte an die Gäste zu richten. Als die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie erwähnt, dass Berlin dank eines Landesprogramms binnen eines Jahres 6.000 Kita-Plätze geschaffen habe, brandet Applaus auf – allerdings am lautesten, als sie anfügt, dass das noch nicht reiche (s. Kasten S. 15).

Heute ist die Stimmung gut – nicht nur, weil die Eltern, die nahezu ein halbes Jahr Bauverzögerung mit Zwischenlösungen kompensieren mussten, nun einen Platz für ihre Kinder haben. Sondern auch, weil mit der Integrations-Kita Karow KidZ ein ganz tolles Gebäude entstanden ist. Ein zweigeschossiger Bau, hell und nicht laut, inklusiv und ohne Notlösungen für beeinträchtigte Kinder, mit einem großen, extra schall- und zudem stoßgedämmten Bewegungsraum und einem großen Garten nebst Spielplatz.

Auch an kurze und barrierefreie Wege wurde gedacht. So geht es etwa nicht nur via Haupttreppe und Fahrstuhl, sondern auch aus den Gruppenräumen über Außentreppen auf den Spielplatz. „So wird Unruhe aus dem Haus genommen. Und die Wege zu den Toiletten sind von draußen kurz“, sagt Silke Anders-Holtz. Die Kita-Leiterin ergänzt, das sei nur ein Beispiel von vielen, bei dem deutlich werde, dass die Erzieherinnen in den Bauprozess mit eingebunden waren: „Die Ausstattung ist auch deswegen so gut, weil wir als Menschen mit Insider-Wissen und Kita-Erfahrung mitgestaltet haben.“

## Kompliziertes Verfahren

Trägerin der Kita ist die „Cooperative Mensch eG“, 1958 als „Spastikerhilfe Berlin“ gegründet. Seit 2015, als er das Projekt Kita-Bau in Angriff nahm, hat der Vorstand zudem fortgeschrittene Grundkenntnisse in Bau- und Ausschreibungsrecht erworben. „Das ist unsere zweite Kita – die erste haben wir vor 50 Jahren gebaut“, erklärt Georg Dudaschwili, „und wir haben eine Menge Vorschriften und Paragrafen kennengelernt.“ Ebenfalls kennengelernt hat er all das, wovon Bauherren immer wieder berichten: Nicht immer läuft mit allen Firmen alles glatt; zudem herrscht auch in diesen Branchen Fachkräftemangel. Bauleiter Olaf Meinke sagt es so: „Überall wird gebaut. Wir hatten noch Glück, dass wir eine Reihe Leute kennen und ins Boot holen konnten.“

Der Bezirk Pankow sowie Scheeres’ Senatsverwaltung hätten das Projekt engagiert unterstützt, betont Dudaschwili. Gehakt habe es bei der für den Baubeginn nötigen Rückübertragung des Grundstücks vom Land Berlin an den Bezirk. Die habe „fast ein Jahr gedauert – dabei wäre schön, wenn alle wüssten, worum es eigentlich geht.“ Darum nämlich, dass berlinweit mindestens 3.000 Kita-Plätze fehlen, und auch hier in Karow Eltern auf heißen Kohlen saßen. „Ich musste nach einem Jahr wieder arbeiten gehen und hatte dann doch noch keinen Platz“, erzählt eine Mutter, „über Monate musste ich Zwischenlösungen suchen.“ Ebenso wenig glücklich war der Träger der Kita, deren Bau 3,4 Millionen Euro gekostet hat, von denen die Hälfte vom Land und vom Bund finanziert worden sind und die sich nur refinanzieren lassen, wenn Kita-Beiträge eingehen.

Woran der dringend notwendige Kita-Ausbau noch scheitern kann, wurde im März frappierend deutlich: In elf Berli-

ner Bezirken sollten 27 „Modulare Kita-Bauten“ (MOKIB) mit insgesamt 3.300 Plätzen entstehen. Die „Schnellbau-Kitas“ waren europaweit ausgeschrieben worden – und von anfänglich 30 interessierten Firmen war am Ende keine bereit, den Auftrag umzusetzen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung will jetzt die Kriterien anpassen und eine zweite Ausschreibungsrunde starten.

„Tatsächlich sind nicht nur die öffentlichen Vergabeverfahren äußerst kompliziert – auch finanziell lohnt sich die Teilnahme für Firmen häufig kaum“, sagt Ronny Fehler, Kita-Experte bei der GEW Berlin. Allerdings fügt er hinzu, dass der Mangel an Gebäuden nicht das größte Problem sei. „Das ist und bleibt der Fachkräftemangel!“ Überfällig sei zuallererst, den Beruf der Erzieherin, des Erziehers attraktiver zu machen: unter anderem mit angemesseneren Arbeitsbedingungen und höheren Gehältern.

Dennoch: Gute Räume bleiben wichtig für eine gute pädagogische Arbeit. Erzieherin Katrin Stümer führt nicht ohne Stolz durch die Räume der Kita Karow KidZ – und erzählt, dass das neu zusammengewürfelte Team aus Erziehern, Sonderpädagogen und Quereinsteigern die Bauverzögerung eigentlich gut gebrauchen konnte. „Während hier gebaut wurde, hatten wir Gelegenheit, uns konzeptionell aufzustellen und zu schauen, wo man noch etwas verbessern kann.“ Eine Gelegenheit, die es nicht immer gibt.

Kati Nguimba, Kita-Leiterin in Berlin-Wedding, bestätigt, wie wichtig ein gemeinsames Vorgehen bei Kita-Bauten und -Sanierungen ist. „Pädagogik und Architektur gehen Hand in Hand, Mitbestimmung ist dafür zentral“, erzählt sie, und dass diese nicht der Regelfall sei: Ein freier Träger, bei dem sie früher tätig war, habe eine Kita mit „null Mitsprache der Erzieherinnen“ saniert, mit dem Ergebnis, dass einer der Räume so verbaut sei, dass man ihn gar nicht nutzen kann. Vor allem kleinere Träger bauten häufig „möglichst schnell und günstig, zuweilen ohne gründliche Überlegungen“, sagt Nguimba. Sie plädiert dafür, bereits Kita-Kinder in die Planung einzubeziehen: „Ich habe schon ganz tolle partizipative Prozesse erlebt; zum Teil mit Kindern, die selbst gezeichnet haben, wie sie sich ihre Kita vorstellen.“

## Größtes Problem: der Lärm

Heute leitet Nguimba eine in den 1970er-Jahren gebaute Kita im Soldiner Kiez in Berlin-Wedding. Der Bau könnte eine Überholung gut gebrauchen; kürzlich sprach Nguimba mit einer Kollegin darüber, wann die sanitären Anlagen zuletzt saniert wurden. Die Antwort: nicht in den letzten 20 Jahren. Die Kita gehört zum Eigenbetrieb Kindergarten City, mit 56 Kitas einer der größten Träger Berlins. Vieles laufe nicht schlecht, sagt die Leiterin. So gibt es ein Gebäudemanagement und angestellte Handwerker; wird ein Tischler, Klempner, Elektriker benötigt, können kleinere Reparaturen schnell erledigt werden. Steht eine größere Sanierung an, müssen Kindergarten-City-Kinder nicht auf der Baustelle weiterspielen, sondern können in eine „Ausflugskita“ umziehen.

### Berliner Landesprogramm

Aus dem Programm des Landes Berlin zur Schaffung neuer Kita-Plätze werden den Trägern für die Jahre 2018 und 2019 insgesamt 60 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Für den Aus- und Umbau erhalten sie bis zu 10.000 Euro, für den Neu- und Erweiterungsbau bis zu 20.000 Euro pro Platz. In den Bau „Modularer Kita-Bauten“ (MOKIB), die in Holzbauweise errichtet werden und je nach Typ Platz für 60 bzw. 120 bis 150 Kinder bieten sollen, will der Senat nach derzeitigem Stand mehr als 75 Millionen Euro investieren.

**bit.ly/berlin-kitaausbau**

Das größte Problem ist der Lärm (s. E&W 5/2018). Vor drei Jahren, berichtet Nguimba, sei in allen 56 Kitas der Dezibelpegel gemessen und eine Prioritätenliste erstellt worden. Passiert ist seither nichts: „Drei bis vier Kitas pro Jahr werden lärmtechnisch saniert. Wir wissen nicht einmal, auf welchem Listenplatz wir stehen.“ Dabei sei es überall zu laut – in den Fluren, im Treppenhaus, in den Räumen. Selbst angehen dürfe die Kita kaum etwas, wegen der Brandschutzbestimmungen. So groß ist das Problem, dass es bereits die Personalversammlungen erreicht hat. Dort wurde besprochen, ob die Erzieherinnen Ohrstöpsel tragen sollten. Nguimba: „Und was ist mit den Kindern?“

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

***www.kitakriseberlin.org**

**Gute Räume seien wichtig für eine gute Pädagogik, betont Erzieherin Katrin Stümer (links). Kita-Leiterin Silke Anders-Holtz ergänzt: „Die Ausstattung ist auch deswegen so gut, weil wir als Menschen mit Insider-Wissen und Kita-Erfahrung mitgestaltet haben.“**

# Ruinen, die sich Universität nennen

**// Bröckelnde Fassaden, marode Mensen und Labore: Bundesweit benötigen die Hochschulen bis zu 50 Milliarden Euro, um ihre Gebäude zu sanieren. //**

Die Wirtschaftsprüfer der KPMG ließen keine Zweifel. Für „als nicht akzeptabel eingestufte Risiken“ hatten sie in ihrem Jahresbericht auf Seite 38 extra eine eigene Zwischenüberschrift eingefügt. Und die folgenden Zeilen haben es in sich: Das Risiko von „steigenden Gebäudekosten und zunehmenden Sicherheitsrisiken aufgrund von Überalterung und Sanierungsstau bei Gebäuden“ bewerteten sie als besonders wahrscheinlich. 366 Millionen Euro, schätzten die Wirtschaftsprüfer, benötige ihr Auftraggeber, um die bestehenden Mängel an seinen insgesamt 164 Gebäuden zu beheben.

Der Auftraggeber war die Leibniz-Universität in Hannover, die Zahlen stammen aus dem KPMG-Jahresabschluss der Uni für 2014. Und die 366 Millionen Euro, die die Prüfer vor fünf Jahren anmahnten, standen der Leibniz-Universität nie auch nur ansatzweise zur Verfügung – weshalb der Sanierungsstau mittlerweile noch größer geworden ist: Uni-Präsident Volker Epping geht mittlerweile von 420 Millionen Euro aus. „Das größte Problem ist, dass wir unseren Wissenschaftlern und den Studierenden nicht die notwendigen Einrichtungen zur Verfügung stellen“, sagt Epping. Er verweist auf bröckelnde Fassaden, eine marode Mensa und Labore, die so baufällig sind, dass sie aus Sicherheitsgründen geschlossen werden mussten. Einige Gebäude könne man wohl nur noch abreißen, mutmaßte Epping im NDR – und gab die Verantwortung dafür dem Land Niedersachsen: Das gebe jedes Jahr gerade mal vier Millionen Euro für die Sanierung dazu, obwohl 25 Millionen benötigt würden.

## Bei Regen helfen Eimer

Ein Einzelfall? Mitnichten. Wer bei Hochschulleitungen nachfragt, bekommt in ganz Deutschland schwindelerregende Summen zu hören: An der Martin-Luther-Universität in Halle sind es 100 Millionen Euro, die gebraucht werden. Das klingt fast noch überschaubar, wenn man zum Vergleich nach Göttingen (238 Millionen Euro), an die Universität des Saarlands in Saarbrücken (400 Millionen Euro) oder an die TU Darmstadt (600 Millionen) schaut. Wer ganze Bundesländer betrachtet, kommt erst recht auf unfassbare Zahlen: Mehr als zwei Milliarden Euro fehlen in Niedersachsen zum Unterhalt der Hochschulbauten, 3,2 Milliarden Euro in Berlin und bis zu fünf Milliarden Euro in Bayern.

„Ich möchte als Präsident verdammt noch mal wissen, wann diese Ruinen, die sich hier Universität nennen, renoviert werden“, hatte Dieter Lenzen, Präsident der Hamburger Universität, schon 2014 bei einer Pressekonferenz zur Hochschulfinanzierung gepoltert. Lenzen kennt die Berichte aus seiner Uni von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Studierenden, die bei Regen Eimer und Plastikschüsseln aufstellen. Und er verfolgt die Sanierung der Gebäude wie des Philosophenturms der Universität, der 2017 geräumt, danach über ein sogenanntes Stillstandsmanagement gesichert wurde und nach der Renovierung zum Herbst 2021 wieder für den normalen Unibetrieb zur Verfügung stehen soll. Direkt im Anschluss geht es dann ab 2022 mit der Sanierung des Geomatikums weiter, dem 1975 errichteten Bau für die Geowissenschaften. „Die räumlichen und technischen Gegebenheiten entsprechen nach 40 Jahren intensiver Nutzung nicht den technischen Anforderungen an ein modernes Lehr- und Forschungsgebäude der Naturwissenschaften“, heißt es bei der Uni. Damit saniert werden kann, sei „die vollstän-

Foto: dpa/Carsten Rehder

**Die Universitäten und Hochschulen in Deutschland sind nicht erst seit heute mit dem Sanierungsproblem konfrontiert. An der Universität in Köln beispielsweise wurden Investitionen in die Gebäudestruktur lange Jahre hinausgezögert, sodass 2008 ein Hörsaal wegen der Absturzgefahr der Deckenleuchten vorübergehend geschlossen werden musste.**

Foto: dpa/Oliver Berg

dige Räumung des Gebäudes notwendig“. Vom Elite-Nimbus der frisch gekürten Exzellenz-Universität ist bei diesen Themen wenig zu spüren.

Doch mit solchen Schauergeschichten kann Lenzen bei seinen Kolleginnen und Kollegen in den Hochschulleitungen kaum Eindruck schinden. Sie alle kennen ähnliche Erzählungen aus ihren eigenen Einrichtungen. Besonders anfällig: die Bauten der 1960er- und 1970er-Jahre. Zu denen gehört auch die Ruhr-Universität in Bochum (RUB). „Als die Hochschule gebaut wurde, in der optimistischen Phase der 1960er-Jahre, glaubte man, Beton hielte ewig“, sagt Josef König, langjähriger Sprecher der RUB. König macht eine Rechnung auf: Landesbauten, sagt er, benötigten normalerweise 1 Prozent der Bausumme pro Jahr für den fortlaufenden Unterhalt. „Die Ruhr-Universität – und nicht nur sie – hat in den ersten etwa 40 Jahren ihres Bestehens gerade mal ein Drittel davon zur Verfügung gehabt.“ Dass sich bei einer solchen Fehlkalkulation ein milliardenschwerer Sanierungsstau bilde, liege auf der Hand.

## Hilflose Landesminister

Bundesweit, so schätzt das HIS-Institut für Hochschulentwicklung (HIS-HE) in einer Studie für die Kultusministerkonferenz (KMK), werde der Sanierungsstau bis 2025 auf bis zu 35 Milliarden Euro anwachsen – ohne die Universitätskliniken und ohne den Sanierungsbedarf, der bereits bis 2008 aufgelaufen war. Was in der Rechnung ebenfalls fehlt: die Aus- und Neubauten, die an den Hochschulen noch zusätzlich benötigt werden (s. E&W 4/2019). Nach GEW-Schätzungen könnten, kalkuliert man den Gesamtbedarf, bis zu 50 Milliarden Euro zusammenkommen.

Das finanzielle Desaster bei der Sanierung der Hochschulbauten hat seine Ursachen auch in einer Weichenstellung vor mittlerweile 13 Jahren. Mit der Föderalismusreform 2006 hatte sich der Bund aus der Finanzierung des Hochschulbaus zurückgezogen, Errichtung und Unterhalt der Gebäude wurden Ländersache – ein schwerwiegender Fehler, wie das HIS-HE feststellte*, als es 72 Universitäten untersuchte und dabei eine dauerhafte Finanzlücke von 38 Prozent konstatierte. Dass der Bund nach der Reform jährliche Kompensationsmittel in Höhe von 695 Millionen Euro zahlte, milderte das Problem nur ab – und das Geld fließt dieses Jahr zum letzten Mal.

Die verantwortlichen Ressortchefs in den Ländern kennen die dramatische Situation – und stehen ihr dennoch weitgehend hilflos gegenüber. „Wir können nur mit dem helfen, was wir aufbringen können“, sagt beispielsweise der niedersächsische Wissenschaftsminister Björn Thümler (CDU), „das ist überschaubar wenig.“ Dennoch sei „die Aufgabe klar erkannt und wir stellen uns der Herausforderung“. Ganz ähnlich klingt Bayerns CSU-Wissenschaftsminister Bernd Siebler, wenn er mit Blick auf marode Hochschulbauten betont, die Staatsregierung habe die „infrastrukturellen Herausforderungen sehr wohl im Blick“.

Das Problem der Wissenschaftsministerinnen und -minister: Sie sind in ihren jeweiligen Landeskabinetten oft Bittsteller bei ihren Kolleginnen und Kollegen aus dem Finanzministerium. Schon im Februar 2016 hatte die KMK beinahe flehentlich auf die maroden Hochschulbauten hingewiesen. Die Sicherung der baulichen Infrastruktur an Unis und Fachhochschulen (FH) sei eine „Aufgabe von nationaler Bedeutung“, heißt es in dem Beschluss: „Die Zukunft Deutschlands wird ganz wesentlich von der Funktions- und Leistungsfähigkeit seiner Hochschulen geprägt.“ Die aber sei gefährdet, weil die Bau-Investitionen an den Hochschulen in den vergangenen Jahren „nicht ausreichend mitbedacht“ worden seien.

## Dogma der „Schwarzen Null“

Dass die Versäumnisse der Vergangenheit nicht auf Knopfdruck behoben werden können, ist allen Beteiligten klar. Dennoch hatte die GEW bereits 2017 einen Weg aufgezeigt, wie der Sanierungsstau zumindest angegangen werden kann: Um gute Bildung zu ermöglichen, müsse es eine Abkehr vom Dogma der „Schwarzen Null“ und der Schuldenbremse geben, fordert die Bildungsgewerkschaft. Und auch das Kooperationsverbot von Bund und Ländern müsse komplett abgeräumt werden.

Jedes weitere Zögern vergrößert den Schaden noch mehr. In Bochum lässt sich das gut beobachten: Weil jahrzehntelang bei der Bauunterhaltung gespart wurde, muss die Uni seit 2007 komplett saniert werden. Rund eine Milliarde Euro kostet das Projekt, das bereits seit über einem Jahrzehnt läuft und noch immer nicht abgeschlossen ist. Immerhin: Die Sanierung, so schätzen Experten, ist noch einmal ein paar Hundert Millionen Euro günstiger als ein Komplettabriss und ein anschließender Neubau – auch das war eine Zeit lang erwogen worden.

Armin Himmelrath,
freier Journalist

***bit.ly/his-he-unigebaeude-pdf**

# Zuständigkeitswirrwarr

**// Wenn es bei der Sanierung von Kitas und Schulen nicht voran geht, liegt das nicht immer am fehlenden Geld; bürokratische Hürden und Personalmangel in den Verwaltungen verschärfen das Problem zusätzlich, wie drei Berichte aus der Praxis zeigen. //**

## Havarien sind Alltag

**Robert Giese, Schulleiter Fritz-Karsen-Schule, Berlin-Britz**

„Die Bausubstanz unserer ältesten Gebäude (Baujahr 1839 und 1935) ist an verschiedenen Stellen marode. Das Gebäude von 1839 wird seit April 2018 endlich generalsaniert. Seitdem lernen die Schülerinnen und Schüler in Containern.

Havarien gehören zu unserem Alltag. Im vergangenen Jahr ist in der Holz- und Metallwerkstatt ein Abwasserrohr geplatzt. Seit diesem Tag sind die Räume nicht mehr zu benutzen. Behelfsmäßig haben wir vom Bezirksamt Mini-Maschinen für den Werkunterricht der Klassen 7 bis 10 bekommen. So können wir wenigstens den Rahmenplan einhalten. Beim Grundschulbau dagegen ist kaum noch was zu retten. Die Fluchtwege führen mitten durch die Klassen, wir dürfen deshalb nicht mal Tische für Gruppenarbeit zusammenschieben. Zusätzliche Fluchtwege sind aus Gründen der Statik nicht zu realisieren. Die einzige Lösung wäre ein Neubau. Als ich vor 13 Jahren mein Amt antrat, wurden Schulleiter nicht zu den Sitzungen des Baubezirksrates eingeladen. Devise: ‚Die Verwaltung arbeitet ohne Beteiligung der Schule effizienter.‘ Ich bin trotzdem hin. Heute ist es selbstverständlich, sich gemeinsam zu beraten. Wir fühlen uns vom Bezirksamt gut unterstützt.“

Foto: Kay Herschelmann

**Robert Giese**

## Do it yourself

**Carola Schaefer, Leiterin Kita Petersallee, Berlin-Wedding**

„Zuständigkeitswirrwarr ist bei uns Alltag. Die Kita ist im Gebäude einer Ganztagsschule untergebracht, und obwohl beide städtische Einrichtungen sind, ist meist nicht klar, wer ran muss: Schulamt oder Kita-Träger? Regelmäßig gehen beispielsweise unsere Jalousien kaputt. Wenn sie unten sind und nicht mehr hochzuziehen sind, sitzen wir mit den Kindern im Dunkeln. Es wird also dem Schulamt gemeldet – und ich warte. In einem Fall jetzt schon vier Jahre. Neulich ist mir die Hutschnur gerissen und ich habe unseren Träger eindringlich gebeten, einzuspringen. Er versucht dann, sich das Geld vom Schulamt zurückzuholen.

Vor drei Jahren wurde die Hälfte unserer Toiletten saniert, aus Kostengründen bei laufendem Betrieb. Wir mussten solange halt mit einem Waschraum für alle Kinder auskommen. Das war für die Kolleginnen und Kollegen wahnsinnig anstrengend.

Es muss derzeit in den 60 Kitas in unserem Bezirk so viel saniert werden, dass auch im Gebäudemanagement alle an ihre Grenzen kommen. Gemalert wurde bei uns in manchen Räumen schon seit 30 Jahren nicht mehr. Wenn die Kolleginnen und Kollegen es nicht mehr aushalten, machen sie es halt selbst. Die Farbe bezahlt der Träger.“

Foto: privat

**Carola Schaefer**

## Massiver Personalmangel

**Juliane Westphal, Schulleiterin Sophie-Scholl-Oberschule, Berlin-Schöneberg**

„Vor viereinhalb Jahren ist bei uns ein Rohr geplatzt, seitdem sind der Biofachraum und zwei PC-Räume im Rohbauzustand. Die Biologiesammlung lagert jetzt in einem Container, Computerarbeitsplätze haben wir verteilt. Anfang des Jahres haben wir eine Elternbegehung organisiert, danach haben die Elternvertreter einen Brandbrief an die Senatsverwaltung geschrieben. Jetzt ist die Sanierung endlich angelaufen.

Es gibt durchaus guten Willen, es fehlt nicht mal an Geld. Aber der Personalmangel in der Planungsverwaltung ist massiv. Es fehlen auch Baufirmen, die noch Kapazitäten haben, die Sanierungen durchzuführen.

Hinzu kommen unterschiedliche Zuständigkeiten – für Schäden und Sanierungen, die weniger als fünf Millionen Euro kosten, ist der Bezirk zuständig, darüber das Land. Unser Sanierungsbedarf liegt bei mindestens 14 Millionen Euro. Die Schule sieht zwar hübsch aus, aber das Dach ist seit Jahren undicht, die Leitungen in den Wänden sind marode. Der Plan ist derzeit ‚Strangsanierung‘ – das heißt bei laufendem Betrieb Stück für Stück sanieren. Wann, ist ungewiss. Aber wo sollen die Schüler dann hin? Mobile Unterrichtsräume haben eine sehr lange Lieferzeit.

Foto: Pictures

**Juliane Westphal**

Aufgezeichnet von Anja Dilk, freie Journalistin

GEW Vorteile für GEW-Mitglieder!

BB Bank
Better Banking

# 0,– Euro Girokonto[1] vom Sieger für Gewinner

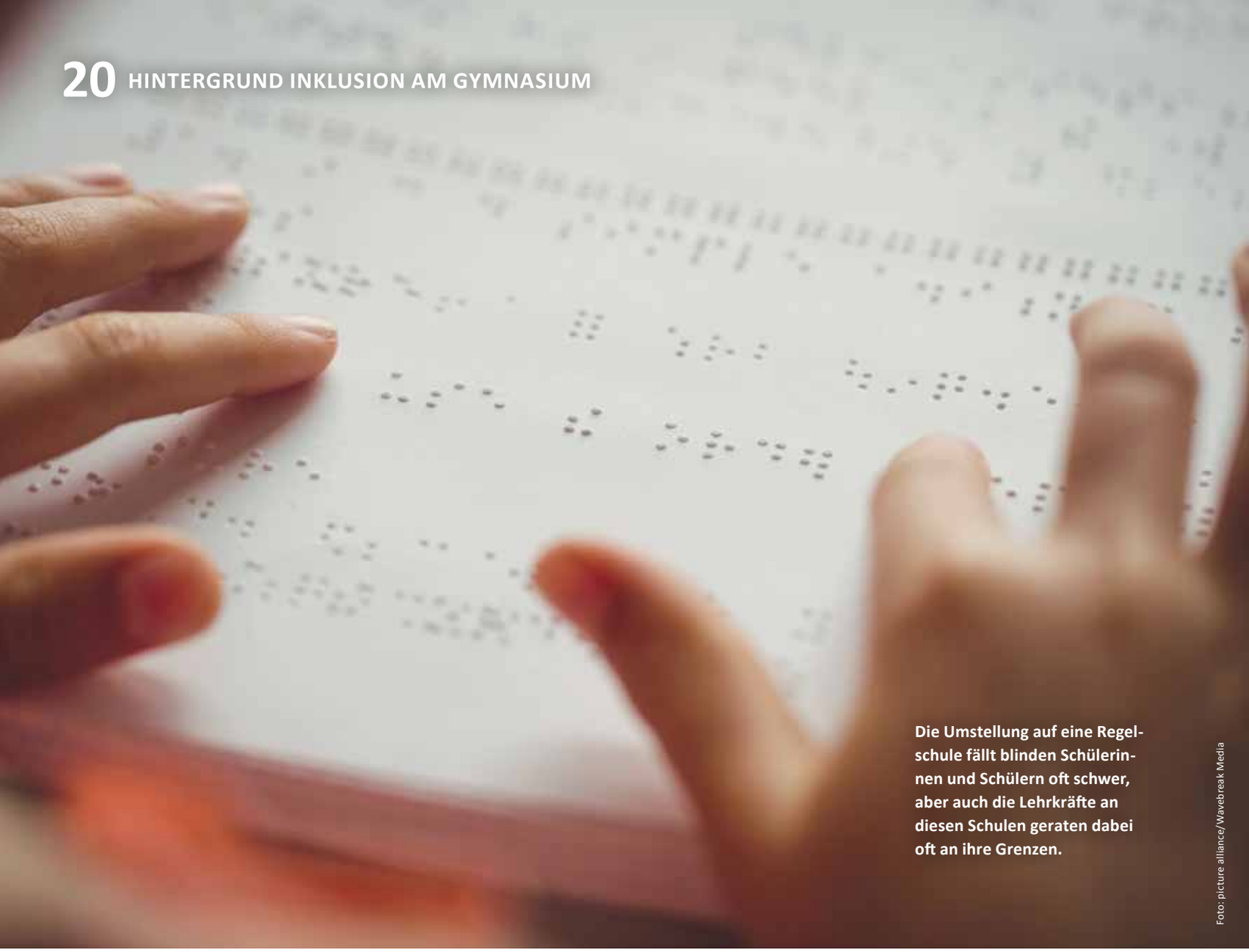
Vorteile für GEW-Mitglieder:
**50,– Euro**
Startguthaben
• Kostenfreie BBBank Kreditkarte Visa ClassicCard[2+3]

- ✔ **Bundesweit kostenfrei Geld abheben**
  an allen Geldautomaten der BBBank und unserer CashPool-Partner sowie an den Kassen vieler Verbrauchermärkte
- ✔ **Einfacher Kontowechsel**
  in nur 8 Minuten
- ✔ **BBBank-Banking-App**
  mit Fotoüberweisung, Geld senden und anfordern (Kwitt) und mehr …
- ✔ **Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst**

**Jetzt informieren**
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon unter 07 21/141-0
oder auf www.bbbank.de/gew

**www.bbbank.de/termin**

[1] Voraussetzungen: Girokonto mit Gehalts-/Bezügeeingang, Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.
[2] Voraussetzung: Girokonto; Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.
[3] Nur Hauptkarte, Voraussetzung: GEW-Mitgliedschaft; alternativ auch Mastercard® Classic mit gleichen Leistungen möglich.



Die Umstellung auf eine Regelschule fällt blinden Schülerinnen und Schülern oft schwer, aber auch die Lehrkräfte an diesen Schulen geraten dabei oft an ihre Grenzen.

Foto: picture alliance/Wavebreak Media

# Eine Grenzerfahrung

**// Inklusion kann man nicht von heute auf morgen einführen wie ein neues Lehrwerk. Diese Erfahrung hat auch unsere Autorin machen müssen (s. auch S. 22 f.). //**

„Ach ja, Karla, in deinen Mathekurs kommt auch die neue blinde Schülerin.“ Im Vorbeigehen erfahre ich einige Wochen vor Schuljahresbeginn, welch Herausforderung mich bald in meiner Oberstufenklasse erwartet. Eine blinde Schülerin an unserer Schule – das gab es bisher noch nie. Ich fühle mich überfordert, bevor ich das Mädchen überhaupt kennengelernt habe. Dabei ist mir Inklusion nicht fremd – mit Hilfe von Schlafbrillen und Kopfhörern erfahren die Schüler in meinem Biologieunterricht in kleinen Projekten, wie blinde bzw. taube Schülerinnen und Schüler die Welt wahrnehmen. Hinterher überlegen wir uns, ob unsere Form des Unterrichts für Schüler mit Handicap geeignet wäre. Man nehme ein Buch in Blindenschrift, für die Orientierung einen Blindenstock oder Blindenhund („Das wär doch toll, so ein Tier in der Schule!“), schwups, so einfach ist Inklusion. Hach, was waren wir naiv!

## Fachlich nicht ausgebildet

Die Schüler, die wenige Monate zuvor noch Blindheit simuliert haben, sind zufälligerweise genau die Schüler, die nun neben ihrer neuen Mitschülerin Lisa (Name geändert) sitzen. Die ist so alt wie sie, hat ähnliche Hobbys, ist erst vor kurzem in unsere Stadt gezogen – und ist blind. Lisa soll so normal wie möglich am Schulalltag teilnehmen, so der verständliche Wunsch des Schulleiters und des betreuenden Förderlehrers. Dieser ist zwei Tage in der Woche an unserer Schule. Außerdem unterstützt eine Schulbegleiterin Lisa täglich, indem sie unter anderem Arbeitsblätter der Lehrer in Blindenschrift übersetzt. Ich bereite also ganz normalen Unterricht vor. Schon nach wenigen Stunden komme ich jedoch an meine Grenzen: Bei Zufallsversuchen sollen Schüler bunte Kugeln aus Beuteln ziehen oder untersuchen, auf welche Seite eine Streichholzschachtel am häufigsten fällt. Hinterher zeichnen sie dazu passende Baumdiagramme. Lisa sieht weder die

Farben der Kugeln noch die Streichholzschachteln; die Diagramme an der Tafel natürlich auch nicht. Sie braucht für die vielen visuellen Eindrücke „Dolmetscher“, die beschreiben, was zu sehen ist. Manchmal sind das ihre Mitschüler, die sie auch in neue Klassenräume führen (den niedlichen Blindenhund gibt es nicht, und im Gewusel der Pause ist auch ein Blindenstock nicht immer hilfreich). Häufig sitzt neben Lisa der Förderlehrer oder ihre Schulbegleiterin, ausgestattet mit speziellen Hilfsmitteln für Sehbehinderte. Zum Beispiel extra Zeichenbretter. Darauf kann man Linien zeichnen, die emporgehoben sind, so dass Lisa mit den Fingern Diagramme ertasten kann. Nun müsste doch alles klappen – theoretisch zumindest ...

## Überforderung im Alltag

Praktisch leider nicht. Als Gymnasiallehrerin bin ich wie meine Kolleginnen und Kollegen einfach nicht ausgebildet für Schüler mit Förderbedarf. Der Sportlehrer zweifelt, ob Lisa beim Fußball mitspielen kann. Ich frage mich, wie man ohne zu sehen Graphen zeichnen soll. Dem Physiklehrer fällt es schwer, Experimente vorzuführen, wenn eine Schülerin diese nicht sehen kann. Bei all diesen Problemen hilft auch die etliche Monate nach Schuljahresbeginn angebotene vierstündige Fortbildung nicht viel. Schließlich dauert der Studiengang der Sonderpädagogik nicht umsonst etwa fünf Jahre.

Und wie geht es eigentlich Lisa dabei? Sie wurde uns von ihrer ehemaligen Schule als gute, fröhliche und aktive Schülerin beschrieben. Wir neuen Lehrer erleben Lisa komplett anders: still und zurückhaltend, von Fröhlichkeit keine Spur. So einen „Umschwung“ erfahren auch Kinder ohne Beeinträchtigung. Nur ist die Ursachenforschung bei Lisa komplizierter: Lisa fehlt der alte Wohnort, wo ihre langjährigen Freunde leben. Außerdem muss sie sich in der fremden Stadt alle Wege neu erarbeiten. Dadurch ist sie wieder mehr auf fremde Hilfe angewiesen – und dies in einem Alter, in dem man für gewöhnlich immer selbstständiger wird (wer möchte schließlich mit 16 Jahren noch von der kleinen Schwester zur Schule geführt werden?). Nicht zuletzt ist der Unterricht in der Oberstufe anspruchsvoller im Vergleich zur Mittelstufe. Die Lehrbuchtexte sind umfangreicher, das Lesen in Blindenschrift dauert aber länger als das Lesen bei Sehenden. Wenn Lisa das richtige Arbeitsblatt auf dem Laptop gefunden und bearbeitet hat, stellen die Mitschüler bereits die Antworten zu den Aufgaben vor. Ihr Schultag ist viel anstrengender als der ihrer Mitschüler. Kein Wunder also, dass sie nach der Schule mehrere Stunden schläft. So bleibt wenig Zeit für Hobbys oder neue Freundschaften; Lisa fehlen ein Ausgleich und gemeinsame Unternehmungen mit ihren Mitschülern. Alle sind nett und hilfsbereit, engere Kontakte entwickeln sich jedoch nicht. Das schwache Halbjahreszeugnis dokumentiert daher vermutlich weniger das Fachwissen als die unglücklichen Umstände. Dennoch: Mit schlechten Noten wird es mit der Versetzung nichts. Lisa möchte auf keinen Fall wiederholen, sondern wie ihre Mitschüler in einigen Jahren das häusliche Nest verlassen. Der Förderlehrer findet eine Lösung. Lisa wird zum neuen Schuljahr auf ein berufliches Gymnasium gehen, deren Schwerpunkte mehr zu ihren Interessen passen. Dieser Weg ist auch bei Sehenden nicht unüblich. Seitdem das Mädchen ein klares Ziel vor Augen hat, ist sie aktiver im Unterricht, schreibt bessere Noten, ist fröhlicher.

Es bleibt die unbequeme Frage, ob wir als Lehrer bzw. Schule an der Aufgabe „Inklusion“ gescheitert sind. Nein, finde ich. Wir sind nicht gescheitert, sondern – zumindest ein kleines bisschen – gewachsen. Inklusion kann man nicht von heute auf morgen einführen wie ein neues Lehrwerk (auch wenn ich bisweilen das Gefühl habe, dass genau dies von der Landesregierung gemacht wird). Aber wenn wieder ein Kind mit Handicap an unsere Schule kommen sollte, dann ist es für uns bereits ein wenig mehr Alltag.

Karla Graßt,
Gymnasiallehrerin; ihren Artikel veröffentlichen wir unter Pseudonym, um sie und die Schülerin zu schützen

**Der Text wurde mit freundlicher Genehmigung aus dem Magazin „Schule“ (Ausgabe 4/2018) übernommen.**

**Qualifizierung von Schulpartnerschaften zwischen Schulen im Südlichen Afrika und Deutschland**

Schulpartnerschaften bieten jungen Menschen die Chance, Vorurteile gegenüber anderen abzubauen. Damit die Umsetzung gelingt, werden Ansprechpersonen benötigt. Die KASA kann mit ihrer langjährigen Beratung und inhaltlichen Qualifizierung von Partnerschaften Materialien liefern und gezielt auf konkrete Fragen eingehen.

**Angebot der KASA:**
- Kreative Seminare für Schüler*innen
- Fortbildungen für Lehrer*innen
- Material und Ideen für Unterricht und Projekttage
- Vermittlung von Referent*innen
- Vernetzung von Schulen mit Partnerschaften

KASA Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika

Gefördert durch die STIFTUNG UMWELT UND ENTWICKLUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

**Kontakt:** KASA im WeltHaus, Willy-Brandt-Platz 5, 69115 Heidelberg, E-Mail: marie.holdik@woek.de, Telefon: 06221-433 36 14 • www.kasa.de

# Träge wie ein großer Tanker

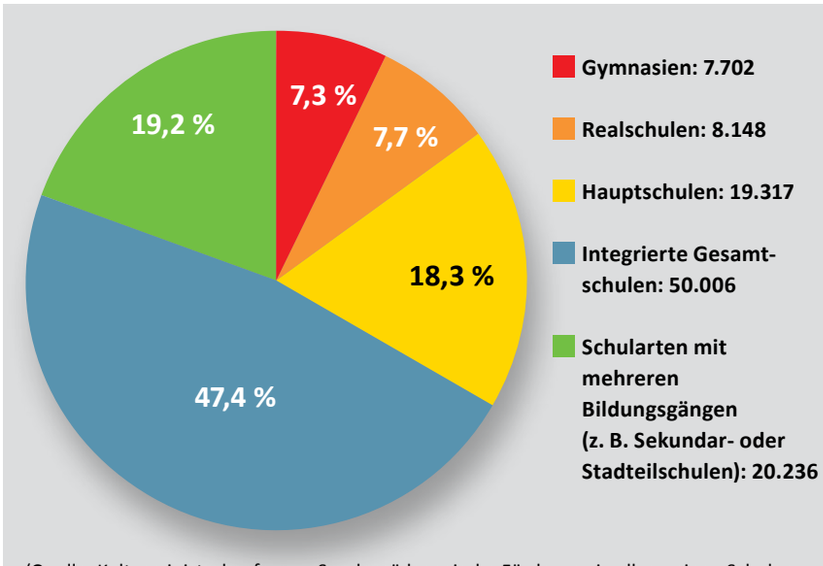
**// Jahr für Jahr verkünden die Kultusministerien steigende Inklusionsquoten. Aber die Unterschiede zwischen den Schulformen sind enorm. An Gymnasien findet der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung nur selten statt (s. S. 20 f.). //**

Es gibt sie, die Gymnasien mit inklusivem Schulprofil: Vor drei Jahren bekam das Geschwister-Scholl-Gymnasium in Pulheim (Nordrhein-Westfalen, NRW) den renommierten Jakob-Muth-Preis für Inklusion. Die Schule engagiert sich vor allem für die Arbeit mit Flüchtlingskindern. Vor zwei Jahren überzeugte der Schulcampus Rostock-Evershagen in Mecklenburg-Vorpommern die Jury. Hier haben verschiedene Schulformen ein Netzwerk für das gemeinsame Lernen geknüpft, darunter ein Gymnasium. Auch in anderen Bundesländern gibt es solche Beispiele. Doch Inklusion in Deutschland wird in der Regel nicht von den Gymnasien, sondern von Grund-, Gesamt-, Haupt- und Realschulen gestemmt.
Laut dem Bildungsbericht 2018 lag der Anteil von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Gymnasien im Schuljahr 2016/17 bei nur 0,3 Prozent. Dabei lautet die Gretchenfrage: Soll das Gymnasium auch zieldifferent unterrichten? Oder soll die Ausbildungsstätte der Leistungsstarken nur dann gemeinsam unterrichten, wenn Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf kognitiv anschlussfähig, sprich „fit fürs Abitur" sind?

## Politische Signale fehlen

Nach Ansicht der GEW müssen Gymnasien in die Lage versetzt werden, einen größeren Teil der Inklusion zu schultern als bisher – und zwar auch mit zieldifferentem Unterricht. „Auch Gymnasien haben in einer vielfältigen Gesellschaft eine soziale Verantwortung. Sie müssen organisatorisch und personell in die Lage versetzt werden, inklusiver zu arbeiten", fordert Ilka Hoffmann, im GEW-Vorstand verantwortlich für den Bereich Schule: „Leider tut die Politik zu wenig dafür." Hoffmann hält unter anderem mehr Fortbildungen für Gymnasiallehrerinnen und -lehrer für nötig sowie Unterstützung bei der Schulentwicklung: „Wir brauchen klare politische Signale, auch was die Integration von Geflüchteten ins Bildungssystem betrifft." Kritiker befürchten dagegen, dass das Gymnasium unter dem Deckmantel eines gemeinsamen und zieldifferenten Unterrichts quasi abgeschafft wird. In NRW zeigt sich exemplarisch, wie der Streit darüber Lehrkräfte, Eltern sowie Bildungspolitikerinnen und -politiker spaltet. Die SPD etwa wirft der schwarz-gelben Landesregierung vor, den Gymnasien eine Sonderrolle zu gewähren, indem sie Inklusion nicht zur Pflicht macht. Bildungsministerin Yvonne Gebauer (FDP) sagt dagegen, Inklusion finde selbstverständlich auch an Gymnasien statt – eben „vorwiegend zielgleich".
In anderen Bundesländern zeigt sich ein ähnliches Bild. Nach einer Evaluation inklusiver Bildung an Hamburger Schulen wurden 2016/17 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der 5. Klasse zu fast 68 Prozent an Stadtteilschulen und nur zu rund 4 Prozent an Gymnasien unterrichtet (27 Prozent an Sondereinrichtungen). Das Fazit der Forscher: „Die Aufgabe der Inklusion geht damit an den Gymnasien vorbei. Selbst für die Inklusion spezieller Förderbedarfe spielen sie keine Rolle."
Dabei haben gerade viele Großstadt-Gymnasien die traditionelle Vorstellung von leistungshomogenen Klassen längst aufgegeben, weil ihre Realität eine ganz andere ist: Schülerinnen und Schüler mit und ohne Migrationshintergrund, Kinder mit Rechtschreibschwächen,

**Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf an weiterführenden Schulen (2017, ohne Niedersachsen)**
**in absoluten Zahlen**




(Quelle: Kultusministerkonferenz: Sonderpädagogische Förderung in allgemeinen Schulen, April 2019)

Grafik: zplusz

**Zwischen 2009, dem Jahr des Inkrafttretens der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland, und 2017 stieg die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinbildenden Schulen von 95.475 auf 227.150. Das entspricht einem Zuwachs von 130 Prozent. An Förderschulen wurden im Jahr 2017 insgesamt 317.480 Kinder und Jugendliche unterrichtet (58,2 Prozent aller Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf).**

sozial auffällige Jugendliche und Kinder mit überdurchschnittlichen Begabungen – sie alle lernen zusammen.

„Unterricht im Gleichschritt funktioniert schon lange nicht mehr“, sagt die Bildungswissenschaftlerin Miriam Vock. Sie ist Professorin für empirische Unterrichts- und Interventionsforschung an der Universität Potsdam. Nach ihrer Erfahrung ließe sich auch an Gymnasien deutlich mehr differenzieren als zurzeit üblich. Dafür brauche man aber eine gute Ausstattung und die Möglichkeit, kleinere Lerngruppen zu bilden. Den Schlüssel für inklusive Bildung sieht Vock in der Teamarbeit: „Nötig sind strukturierte Kooperationsformen – etwa regelmäßiger Austausch über einzelne Kinder, gemeinsame Planung von Unterricht, kollegiale Hospitationen und Fortbildungen.“

Vock benennt allerdings auch Grenzen. Sie versteht, wenn Lehrkräfte die wachsende Heterogenität überfordert, weil ihnen Wissen, geeignete Methoden und Ressourcen fehlen. „Wenn die Leistungsspanne innerhalb einer Klasse sehr hoch ist, dann ist Inklusion manchmal kaum zu leisten.“ Die Forscherin ist überzeugt, dass Unterricht zwar für jeden passen muss. Extrem individualisierte Lernformen, in denen Zusammenarbeit und Gemeinschaft auf der Strecke bleiben, lehnt sie allerdings ab.

## Großer Anpassungsdruck

Inklusion am Gymnasium? Für Simone Seitz, Erziehungswissenschaftlerin an der Universität Paderborn, ist das alles andere als ein Gegensatz. Denn inklusive Bildung bedeutet für sie erfolgreiches Lernen – unabhängig von der Herkunft. „Gymnasien sehen sich besonders in der Verantwortung, hohe Leistungen zu ermöglichen, deshalb müssten gerade sie einen potenzialorientierten Blick auf jedes Kind haben“, sagt die Expertin für Unterrichts- und Schulentwicklung. Die Förderung besonders begabter Kinder und das Lernen von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind für sie „zwei Seiten derselben Medaille“. Allerdings sieht sie auch, dass die Organisation Schule träge ist wie ein großer Tanker – und dabei lange braucht, um die Richtung zu ändern. „Das Gymnasium spiegelt bis heute seinen ursprünglichen Auftrag: nämlich Schülerinnen und Schüler an den Unterricht anzupassen – nicht umgekehrt“, sagt die Wissenschaftlerin: „Damit meine ich nicht, dass einzelne Lehrkräfte so handeln, aber die Institution insgesamt ist bis heute durch diese Tradition geprägt.“

Katja Irle,
freie Journalistin

**Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2018. Bielefeld 2018.**
**Doren Prinz (Hrsg.): EiBiSch – Evaluation inklusiver Bildung in Hamburgs Schulen. Quantitative und qualitative Ergebnisse. Waxmann 2018.**

Foto: Kay Herschelmann

MARLIS TEPE

# Werben für den Lehrberuf

Der Start ins neue Schuljahr verlief überwiegend holprig. Der Mangel an Lehrkräften verfestigt sich. Insbesondere im Grundschulbereich wirken sich die steigenden Geburtenzahlen, der Generationenwechsel bei den Lehrkräften und die Fehlsteuerung durch zu wenige Studienplätze oder Numerus clausus zum Teil erschreckend aus. Vollständig ausgebildete Lehrkräfte fehlen in erster Linie an weniger beliebten Standorten in abgelegenen ländlichen Räumen oder in sozial benachteiligten städtischen Stadtteilen. Notstand herrscht an Schulen, an denen 80 Prozent der Lehrkräfte ohne grundständige pädagogische Ausbildung unterrichten. Da die Lücken nicht schnell geschlossen werden können, müssen Überbrückungsmöglichkeiten geschaffen werden. Mut zur genauen Analyse der Lage, Bereitschaft zur politischen Steuerung und eine gute Zusammenarbeit mit den Vertretungen der Beschäftigten in den Personalräten und mit ihren Gewerkschaften sind mehr denn je nötig. Es braucht beispielsweise verlässliche Daten darüber, für welche Fächerkombinationen jetzt schon Lehrkräfte fehlen und wie hoch die Zahl der neu ausgebildeten Lehrkräfte sein wird.

Die GEW erwartet von den Bildungsminister*innen zunächst mehr Ehrlichkeit. Davor haben manche Politiker*innen Angst. Das Amt einer Bildungsministerin oder eines Bildungsministers kann ein Schleudersitz sein. Wenn wir Gewerkschaften Probleme ansprechen, statt sie zu verkleistern, wird uns vorgeworfen, dass wir vom Lehramtsstudium abschrecken. Wir meinen aber: Nur wenn wir für bessere Bildungsbedingungen für die Schüler*innen und multiprofessionelle Teams an den Schulen kämpfen, wird die Politik handeln und wird es gelingen, den Lehrer*innenberuf so attraktiv zu machen, dass er wieder mehr Strahlkraft gewinnt.

Der Lehrer*innenberuf muss attraktiver ausgestaltet werden. Anwerbemaßnahmen zum Nulltarif ohne qualitative und monetäre Verbesserungen werden nicht ausreichen, um die Lücke zu schließen. Hier sind die Landesregierungen gefordert; sie müssen mehr Geld investieren. Mit diesen Mitteln müssen die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verbessert werden. Hierfür bietet die GEW Verhandlungen an. Zudem braucht es Unterstützungssysteme für Lehrkräfte wie Team-Coaching und Supervision, die vor allem in Schulen in sozial schwierigen Wohnquartieren und anderen Problemlagen helfen.

Alle Lehrämter mit einer akademischen Ausbildung sind dem höheren Dienst zuzuordnen, sodass die Eingangsbesoldung/-vergütung an allen Schularten mindestens bei A13 (Beamtinnen und Beamte) und E13 (Angestellte) liegt. In Sachsen zeigen erste Erfahrungen mit einer besseren Besoldung bereits Erfolg (s. Interview S. 30 f.)! Daran muss überall angeknüpft werden, denn dies verringert zum Beispiel die Hürde für ausgebildete arbeitslose Gymnasiallehrkräfte, an andere Schulformen zu wechseln.

Nicht zuletzt benötigen Quer- und Seiteneinsteiger*innen, die für die Arbeit gewonnen werden, ein klares Qualifizierungsprogramm und Zukunftsperspektiven. Der beste Weg ist ein speziell auf die Bedürfnisse der Quereinsteiger*innen ausgerichteter Vorbereitungsdienst. Beim Einsatz von Seiteneinsteiger*innen muss eine bestmögliche Qualifizierung, auch in Teilzeit, mit attraktiven Bedingungen für die angehenden Lehrkräfte einhergehen. Die Ausbildung „on the job“ ist so zu gestalten, dass fehlende Ausbildungsinhalte berufsbegleitend nachgeholt werden können. Dafür muss es eine ausreichende zeitliche Entlastung geben. Eine dreimonatige Einführungsphase ist voranzustellen. Nach erfolgreichem Ausbildungsende müssen diese Lehrkräfte allen anderen gleichgestellt werden.

Werben wir mit guten Vereinbarungen für den Beruf.

Landesregierungen: Es ist Zeit zum Handeln!

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

# Mehr bilden, besser qualifizieren

**// Bei der Digitalisierung muss mehr auf Weiterbildung gesetzt werden, um die sozialen Risiken zu minimieren. Darauf macht eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aufmerksam. //**

Die Chancen der Digitalisierung könnten nur genutzt werden, wenn alle Schülerinnen und Schüler davon profitieren, wenn Mittel sozial gerecht verteilt und gute pädagogische Konzepte entwickelt werden. Das machte kürzlich Ansgar Klinger, GEW-Vorstandsmitglied für den Bereich Berufliche Bildung und Weiterbildung, deutlich. Gerade Schulen in sozialen Brennpunkten brauchten Unterstützung bei der Konzeptentwicklung. „Die Länder und Schulträger müssen zudem die spezifischen Besonderheiten der jeweiligen Schulform beachten: So haben etwa berufsbildende Schulen wegen der Zusammenarbeit mit den ausbildenden Betrieben und der regionalen Wirtschaft andere Bedarfe als allgemeinbildende Schulen."

Bekräftigt werden diese Forderungen in der jüngsten Outlook-Studie 2019 der OECD. Darin betonen die Autorinnen und Autoren, dass künstliche Intelligenz, Robotik sowie neue Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten maßgeblich zu einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsqualität aller Menschen beitragen können. Gleichzeitig warnen sie davor, dass der digitale Wandel auch zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten führen könne, sollten bestimmte Bevölkerungsgruppen und Regionen den Anschluss verlieren. Ob die Vorteile der Digitalisierung ausgeschöpft werden, so das Fazit der Studie, hänge maßgeblich von den Möglichkeiten eines jeden Landes ab, Strategien zu entwickeln, um Arbeitskräfte erfolgreich für die neuen Technologien auszubilden.

## Deutschland gut vorbereitet

Im Gegensatz zu anderen OECD-Ländern wie Griechenland, Italien oder der Türkei sei Deutschland auf den digitalen Wandel vergleichsweise gut vorbereitet. Besondere Vorkenntnisse weise laut Studie vor allem die Gruppe der 16- bis 29-Jährigen auf. Auch Lehrkräfte seien trotz erhöhten Schulungsbedarfs mehrheitlich gut ausgebildet. In anderen Bereichen landet Deutschland hingegen eher im Mittelfeld. So etwa bei der Nutzung von Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene: Gerade geringqualifizierte Arbeitskräfte und solche, deren Tätigkeiten durch Automatisierungsprozesse ersetzt werden könnten, würden zu selten an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, kritisieren die Forscher.

Um den Herausforderungen des digitalen Wandels standzuhalten, empfiehlt die OECD länderübergreifend konkrete Maßnahmen, die auf intensive Weiterbildungsprogramme für alle Bevölkerungsschichten zielen. So solle das Konzept des lebenslangen Lernens gestärkt werden, das wesentlich auf Selbst- und Informationskompetenzen des Einzelnen gründet. Zudem sollten die Lehrpläne unabhängig von der Schulform angepasst werden, um Ungleichheiten bei den Lernmöglichkeiten entgegenzuwirken. Dies korrespondiere mit der Notwendigkeit qualifizierter Lehrkräfte, die dazu befähigt werden müssten, digitale Technologien im Unterricht zielgerichtet einzusetzen. Darüber hinaus müsse dafür gesorgt werden, dass Bildungs- und Weiterbildungssysteme für Erwachsene am Arbeitsmarkt etabliert werden. Unabdingbar sei zudem, die Systeme für die Anerkennung und Zertifizierung von Kompetenzen an den sich ständig weiterentwickelnden Kompetenzbedarf anzupassen.

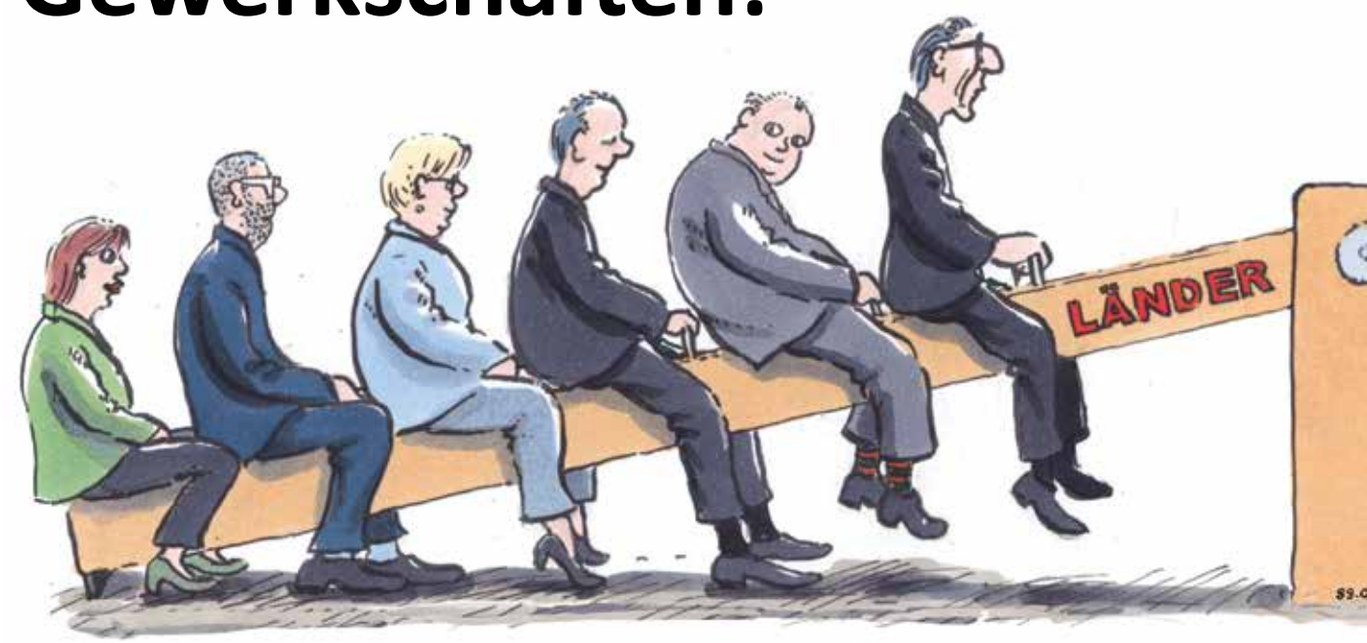
Foto: Dominik Buschardt

**Im Vergleich zu manch anderen Industrieländern ist Deutschland laut OECD auf den digitalen Wandel gut vorbereitet. Notwendig ist aber unter anderem eine bessere Ausstattung der Schulen mit digitaler Technik.**

Als bedeutenden Schritt wertet die OECD den Digitalpakt, auf den sich Bund und Länder im März dieses Jahres geeinigt haben und der für eine bessere Ausstattung der Schulen mit digitaler Technik sorgen soll. Doch auch mit den Investitionen in Infrastruktur und Lehrkräftebildung sei es noch längst nicht getan, betont GEW-Schulexpertin Ilka Hoffmann: „Jetzt brauchen wir Konzepte: Digitale Medien können nur zu pädagogischem Mehrwert führen, wenn sie sinnvoll in ein Gesamtkonzept eingebunden sind." Hierzu, so Hoffmann, wolle die GEW einen Beitrag leisten.

Till Mischko,
Praktikant beim GEW-Hauptvorstand

# Nationaler Bildungsrat ohne Gewerkschaften?




**// Nur schleppend kommen die Bund-Länder-Verhandlungen über einen Nationalen Bildungsrat voran. Mitte Oktober steht ein neuer Anlauf an. Doch ein Eckpunktepapier dafür enthält noch zu viele Leerstellen. //**

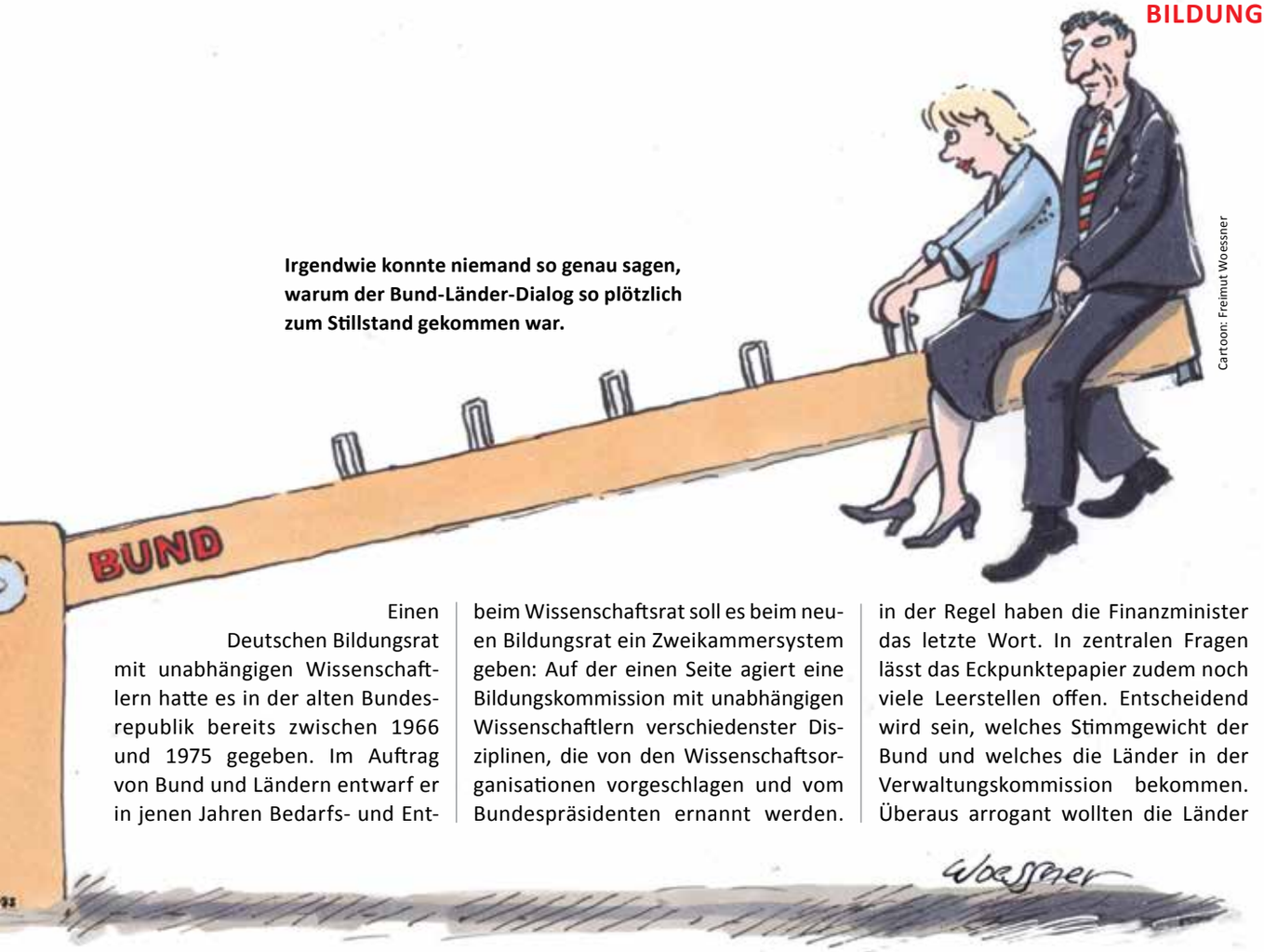
Eigentlich möchten die Länder-Kultusminister gar keinen Nationalen Bildungsrat. Sie sind sich offenbar selbst genug. Denn als Union und SPD auf Bundesebene im Koalitionsvertrag die Einsetzung eines neuen Nationalen Bildungsrates festschrieben, reagierten die Kultusminister äußerst verschnupft: „Wir sind doch der Nationale Bildungsrat“, hieß es selbstbewusst bei der Jubiläumsfeier zum 70-jährigen Bestehen der Kultusministerkonferenz (KMK) Anfang 2018 in Berlin – allen real existierenden Problemen im deutschen Bildungsföderalismus zum Trotz.

Doch einigen Kultusministern wurde schnell bewusst, dass kompletter Widerstand gegen den Wunsch der Berliner Koalitionäre nach Schaffung eines Nationalen Bildungsrates (NBR) analog zum Wissenschaftsrat (WR) zwecklos ist – hatte man doch zugleich auch die Milliarden im Blick, die die neue Bundesregierung für die digitale Ausstattung der Schulen, zusätzliche Studienplätze im Rahmen eines zu verstetigenden Hochschulpaktes sowie die Forschungsorganisationen in dieser Wahlperiode aufwenden will. Und schließlich hatten auch die Länder-Regierungschefs dem Koalitionsvertrag zugestimmt.

In einem einjährigen mühsamen Tauziehen hat sich inzwischen eine Verhandlungsgruppe mit Vertretern aus KMK und Bundesbildungsministerium auf den Entwurf eines Arbeitspapiers mit insgesamt 33 Eckpunkten verständigt. Als „Zieldimensionen“ werden darin für die Arbeit des künftigen Nationalen Bildungsrates „Transparenz, Qualität und Vergleichbarkeit“ genannt. „Aufgaben sind die Erarbeitung übergreifender, praktikabler Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Bildungssystems sowie die Entwicklung mittel- und längerfristiger Strategien für gesamtstaatlich relevante Bildungsthemen“, heißt es in dem Papier – ohne dass konkrete inhaltliche Projekte genannt werden. Der Bildungsrat solle „eine unabhängige, interdisziplinäre, längerfristige, systemische Perspektive entlang der gesamten Bildungsbiografie“ entwickeln und sich nicht auf schulische Themen beschränken. Seine Empfehlungen sollen „Überlegungen zu finanziellen und quantitativen Folgen und deren Verwirklichung“ enthalten. Doch einschränkend heißt es zugleich: „Als beratendes Organ trifft der NBR keine bildungspolitischen Entscheidungen.“ Und: „Weder Bund noch Länder können überstimmt werden.“

## Zweikammersystem

Neu ist die Idee eines Bildungsrates wahrlich nicht. Die GEW wie auch andere Expertinnen und Experten haben wiederholt die Einsetzung eines neuen, unabhängigen Bildungsrates gefordert. Umso ärgerlicher empfindet es die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe, dass bei der aktuellen Konzeption des Gremiums die Sozialpartner, also auch die Gewerkschaften, institutionell völlig außen vor bleiben sollen. In dem Entwurf des Bund-Länder-Eckpunktepapier heißt es dazu nur äußerst vage: „Interessengruppen/Verbände und Zivilgesellschaft können über geeignete Beteiligungsformate (Hearings, Foren) in die Arbeit des NBR eingebunden werden.“




Cartoon: Freimut Woessner

**Irgendwie konnte niemand so genau sagen, warum der Bund-Länder-Dialog so plötzlich zum Stillstand gekommen war.**

Einen Deutschen Bildungsrat mit unabhängigen Wissenschaftlern hatte es in der alten Bundesrepublik bereits zwischen 1966 und 1975 gegeben. Im Auftrag von Bund und Ländern entwarf er in jenen Jahren Bedarfs- und Entwicklungspläne für das Bildungswesen und machte zahlreiche, zum Teil erst viele Jahrzehnte später aufgegriffene Reformvorschläge. So plädierte er bereits Anfang der 1970er-Jahre für den Ausbau von Ganztagsschulen und frühkindlicher Bildung, für Gesamtschulen und für die pädagogische Förderung und Integration behinderter Kinder – eingebettet in einen „Strukturplan für das Bildungswesen“. Doch leider blieben alle seine Empfehlungen unverbindlich. Letztendlich scheiterte der Deutsche Bildungsrat an unzureichender Einbeziehung von Politik wie staatlicher Bildungsverwaltung, am Widerstand der Finanzminister wie auch an dem in jenen Jahren voll entbrannten ideologischen Grabenkrieg um die Gesamtschule versus dreigliedriges Schulsystem.

Bund wie Länder möchten bei Neugründung eines Nationalen Bildungsrates zumindest aus einigen Fehlern der Vergangenheit lernen. Dabei haben sie sich bei seiner Struktur am Wissenschaftsrat orientiert, der nunmehr seit über 60 Jahren halbwegs erfolgreich Bundes- wie Landesregierungen in der Hochschul- und Forschungspolitik berät. Wie beim Wissenschaftsrat soll es beim neuen Bildungsrat ein Zweikammersystem geben: Auf der einen Seite agiert eine Bildungskommission mit unabhängigen Wissenschaftlern verschiedenster Disziplinen, die von den Wissenschaftsorganisationen vorgeschlagen und vom Bundespräsidenten ernannt werden. Hinzu sollen „Berufspraktiker“ und „Personen des öffentlichen Lebens“ kommen, benannt von einer „Bund-Länder-Findungskommission“ – was kein leichtes Unterfangen sein wird und noch viele Fragen aufwirft.

## Länder spielen auf Zeit

Auf der anderen Seite gibt es eine Verwaltungskommission mit Vertretern aus Politik und den Ministerien von Bund und Ländern wie der Kommunen. Beide Kommissionen bilden zusammen die Vollversammlung des Nationalen Bildungsrates. Nur diese darf mit Zweidrittelmehrheit Empfehlungen verabschieden. „Öffentliche Stellungnahmen der einzelnen Kommissionen unabhängig voneinander sind unzulässig“, heißt es in dem Entwurf des Eckpunktepapiers. Ernüchternd muss man allerdings auch festhalten: So manche in dem hochgelobten Zweikammersystem des Wissenschaftsrates gemeinsam von Wissenschaftlern wie Bildungspolitikern einvernehmlich verabschiedeten und gut gemeinten Empfehlungen wurden in der praktischen Politik nicht umgesetzt. Empfehlung bleibt leider oft nur Empfehlung. Und in der Regel haben die Finanzminister das letzte Wort. In zentralen Fragen lässt das Eckpunktepapier zudem noch viele Leerstellen offen. Entscheidend wird sein, welches Stimmgewicht der Bund und welches die Länder in der Verwaltungskommission bekommen. Überaus arrogant wollten die Länder den Bund in ihrem ersten Vorschlag mit nur drei Stimmen abspeisen, aber sich selbst 16 Stimmen sichern – obwohl der Bund doch für die Umsetzung einiger Reformvorschläge in Milliardenhöhe in die Pflicht genommen werden soll. Aktuell im Gespräch ist nunmehr ein Kompromissvorschlag des Bundesbildungsministeriums, das einen Stimmenschlüssel von 14 (Bund) zu 16 (Länder) zu drei (Kommunen) vorsieht – was allerdings die Bundestagsfraktionen von Union wie SPD wenig erfreut.

Einige Unions-Kultusminister hoffen immer noch auf ein vorzeitiges Ende der Großen Koalition, möglichst vor Jahresfrist. Denn dann würde das von ihnen ungeliebte Projekt Nationaler Bildungsrat der Diskontinuität verfallen. Was in dieser Legislaturperiode vom Bundestag nicht mehr verabschiedet wird, müsste von einer künftigen Regierungskoalition neu auf den Weg gebracht werden. Die Länder gewönnen zwar Zeit, aber damit wäre kein Bildungsproblem gelöst.

Karl-Heinz Reith,
freier Journalist

# „Humanität benötigt Bindungen, die der Kapitalismus zerstört“

Prof. Oskar Negt

Foto: dpa

**Zur Person**

**Oskar Negt** wurde am 1. August 1934 in Ostpreußen geboren. Er studierte bei Max Horkheimer und Theodor W. Adorno und war Assistent von Jürgen Habermas. Seit 1968 war Negt einer der Wortführer der Außerparlamentarischen Opposition. Von 1970 bis 2002 war Oskar Negt, der seit vielen Jahren GEW-Mitglied und E&W-Autor ist, Professor für Soziologie in Hannover.

**Waltraud Meints-Stender** ist Professorin für politische und kulturelle Bildung an der Hochschule Niederrhein.

**Dirk Lange** ist Professor für die Didaktik der politischen Bildung an der Leibniz-Universität Hannover und der Universität Wien.

**// Oskar Negt ist einer der einflussreichsten Wissenschaftler in Deutschland, der sich im Laufe seiner akademischen Karriere immer wieder in aktuelle politische Debatten eingemischt hat. Anlässlich seines 85. Geburtstags führten Waltraud Meints-Stender und Dirk Lange für die „Frankfurter Rundschau“ (FR) ein Gespräch mit dem Sozialphilosophen über die Notwendigkeit politischer Bildung, das wir nachfolgend leicht gekürzt wiedergeben. //**

**FR:** Die politische Bildung steht heute vor enormen gesellschaftlichen Herausforderungen. Es wird die Krise der Demokratie konstatiert, rechtspopulistische Bewegungen und Parteien erstarken, und die Folgen der Finanzkrise 2008 scheinen bis heute nachhaltig auf die gesellschaftspolitische Wirklichkeit und deren Wahrnehmung zu wirken. Sie haben mal formuliert, dass der Begriff der Politik ein Mangelphänomen der Linken sei, und sich folgerichtig dem Politikbegriff zugewandt. Mit welchem Politikverständnis arbeiten Sie?

**Oskar Negt:** In dem Band „Maßverhältnisse des Politischen“ geht es um die Frage der ursprünglichen Konnotation von Politik. Der Gesamtzusammenhang der Gesellschaft, grob gesprochen, wäre Politik. So wie Plato das vorführt: Das sind nicht Einzelteile, das sind nicht Verfassungen, sondern Politik ist die Sorge um den Zusammenhalt menschlicher Stadtgesellschaften.

**FR:** Im Unterschied zu Aristoteles formulieren Sie, dass kein Mensch als politisches Lebewesen geboren wird. Der Mensch ist also kein „zoon politikon“?

**Negt:** Kein Mensch wird als politisches Lebewesen geboren, deshalb ist politische Bildung eine Existenzvoraussetzung jeder friedensfähigen Gesellschaft. Das Schicksal einer lebendigen demokratischen Gesellschaftsverfassung hängt wesentlich davon ab, in welchem Maße die Menschen dafür Sorge tragen, dass mit der berechtigten Realisierung eigener Bedürfnisse und Interessen das Gemeinwesen nicht beschädigt wird, in welchem Maße sie also bereit sind, politische Verantwortung für das Wohlergehen des Ganzen zu übernehmen. Das ist zwar auch eine Charakterangelegenheit, aber nicht allein. Es ist davon auszugehen, dass die blinde Macht der Verhältnisse nicht alle Handlungsfelder besetzt.

**FR:** An welche Handlungsfelder denken Sie?

**Negt:** Das wesentliche Handlungsfeld der politischen Bildung ist die demokratische Grundordnung. Denn Demokratie ist die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein. Das sind Lernprozesse, die beginnen in den Familien und in den Kindertagesstätten, und sie enden nicht im Seniorenheim. Auch die größten individuellen

Anstrengungen reichen nicht aus, der politischen Bildung einen Rang in der Gesellschaftsordnung und ihrem kollektiven Bewusstsein zu verschaffen, durch den alle Handlungskompetenzen gebündelt und auf Veränderungsziele gerichtet sind.

**FR:** Veränderungsziele heißt?

**Negt:** Politische Bildung kann nicht gelingen, wenn die Systemfrage ausgeklammert bleibt. Wo sie einbezogen ist, werden sofort auch die Grenzen sichtbar, die dem politischen Handeln als Bildung gesetzt sind. Es ist davon auszugehen, dass unsere Erfahrungswelt durch fundamentale Umbrüche bestimmt ist. Die Zerrissenheit unserer Gesellschaft ist so groß, weil machtgestützte zentrifugale Kräfte am Werk sind, die einen gesellschaftlichen Zusammenhang sprengen können. Die Finanzkrise ist nur ein Ausdruck dieser Selbstzerrissenheit der Verhältnisse.

**FR:** Sie sprechen von Bindungs-, Orientierungs- und Erfahrungsverlust und verwenden den Begriff der kulturellen Erosionskrisen. Können Sie diesen Zusammenhang spezifizieren?

**Negt:** Wenn ich von kulturellen Erosionskrisen spreche, die sich dadurch auszeichnen, dass alte Werte, Haltungen, Normen nicht mehr ungesehen gelten, neue noch nicht da sind, aber intensiv gesucht werden – dann heißt das für die Struktur von Lernprozessen, dass Bildung immer ein doppeltes Ziel hat: Sachwissen zu vermitteln und Orientierungen anzubieten.

**FR:** In welchem Zusammenhang stehen diese Erosionskrisen mit der von Ihnen genannten Systemfrage?

**Negt:** Es gibt drei große Entwertungen durch den Kapitalismus: Das ist einmal die Entwertung von Bindung, das zweite ist die Entwertung von Erinnerung und drittens die Entwertung von Erfahrung. Bindung bedeutet die Objektfixierung des Menschen und die innere Fixierung des Menschen. Das sind Dinge, die dem kapitalistischen System widersprechen. Deshalb ist die Frage der Bindung für mich so wichtig. Wenn Bindungen aufgelöst werden, suchen sich die bindungsbedürftigen Menschen oft falsche Objekte. Sie versuchen einen erodierenden Lebenszusammenhang irgendwie erträglich zu machen. Durch die Entwertung von Bindung verschwindet das Bindungsbedürfnis nicht, sondern ganz im Gegenteil. Der Rechtsradikalismus nutzt dieses Bedürfnis aus.

**FR:** Kulturelle Erosionskrisen, wie Sie sie jetzt beschrieben haben, bestehen also unter anderem in der Zerstörung von Bindungen, Vertrauensverhältnissen und Orientierungen. Was haben diese Elemente mit Bildung bzw. politischer Bildung zu tun?

**Negt:** Ich habe diese Fragen von Bindungen, Vertrauensverhältnissen, Orientierungsbedürfnissen an den Anfang meiner Erörterungen zur politischen Bildung gerückt, weil gelingende Lernprozesse einer emotionalen Grundlage bedürfen, die den kognitiven Operationen Kraft und Ausdauer verleihen. Und hier wird nun ein politisch prekäres Problem fassbar. In dem Maße, wie es einer demokratischen Gesellschaftsordnung nicht gelingt, diese gestörten Bindungen und Vertrauensverhältnisse durch attraktive Angebote auszugleichen, sind rechtsradikale Kolonnen auf dem Wege, die Lücken und Brüche, jetzt auch im gesamteuropäischen Kontext, für sich zu nutzen, um alte Autoritätsverhältnisse herzustellen, die den Abbau demokratischer Selbstbestimmungsrechte fördern und am Ende eine Gesellschaft herstellen, deren Katastrophenpolitik gerade Gegenstand kritischer politischer Bildung sein muss.

**FR:** Sie sprechen von der Notwendigkeit der Ortsbestimmung politischer Bildung. Was meinen Sie damit?

**Negt:** Wenn ich von Ortsbestimmung der politischen Bildung spreche, dann ist der bemerkenswerte Sachverhalt zu erwähnen, dass sie in der Wertehierarchie immer dann nach oben rückt, wenn die gesellschaftlichen Katastrophen bereits passiert sind. Die Weimarer Zeit ist voll von Bildungsinitiativen, in der Erwachsenenbildung ebenso wie in der Schule. Nach Faschismus und Krieg gibt es einige Zeitverschiebungen, aber auch hier ist in Deutschland im Zuge der Aufarbeitung der Vergangenheit viel in der Nachkriegszeit geleistet worden, was man mit Fug und Recht als kreative Ansätze bezeichnen kann. Aber gerade politische Bildung kann ihr Selbstverständnis nicht daraus beziehen, ihre ganze Kraft auf Gegenwartsanalysen zu konzentrieren und sich mit dem bereits Abgeschlossenen zu beschäftigen. Hegel hatte die Philosophie auf das bloße Begreifen des schon fertigen Zustands der Welt verpflichtet. In der „Rechtsphilosophie“ sagt er: „Wenn die Philosophie ihr Grau in Grau malt, dann ist eine Gestalt des Lebens alt geworden, nur mit Grau und Grau lässt sie sich nicht verjüngen, sondern nur erkennen; die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug.“ Wo die Verhältnisse, wie immer scharfsinnig, Grau in Grau gemalt werden, fehlt in der Tat jede Leidenschaft der Veränderung. Ohne diese wird auch die Analyse einseitig und verliert den Bezug zum Sinngehalt des Ganzen.

Interview: Waltraud Meints-Stender und Dirk Lange

**Frankfurter Rundschau vom 1. August 2019, Interview: Waltraud Meints-Stender und Dirk Lange „© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt.“**

**Siehe auch die E&W-Schwerpunkthefte „Politische Bildung“ (4/2018) und „Demokratiebildung“ (7-8/2019).**

Beamtendarlehen 10.000 € -120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins ********** effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

# Die Unzufriedenheit wächst

**// Auch wenn sich die Situation in Sachsens Großstädten etwas entspannt: Der Mangel an Lehrkräften bleibe gerade an Förder- und Oberschulen in den ländlichen Regionen dramatisch, sagt GEW-Landesvorsitzende Uschi Kruse. //**

Foto: GEW Sachsen

**Uschi Kruse**

**E&W:** Höhere Gehälter, mehr Referendare, Verbeamtungen: Nach jahrelanger Personalmisere bemüht sich der Freistaat Sachsen massiv um mehr Lehrkräfte. Ist tatsächlich eine Verbesserung der Einstellungssituation zu spüren?

**Uschi Kruse:** An vielen sächsischen Grundschulen beginnt das neue Schuljahr durchaus entspannter. In Leipzig und Dresden haben wir bereits mehr Bewerber als offene Stellen. Es macht sich bemerkbar, dass die Ausbildungskapazitäten für Grundschulen 2012 erhöht wurden. Diese Jahrgänge kommen jetzt an den Schulen an. Und man merkt, dass die Lehrkräfte endlich mit der Entgeltgruppe 13 oder der Besoldungsgruppe A13 besser bezahlt werden als bislang. Sachsen ist damit im Ländervergleich konkurrenzfähig geworden. Auch an den Gymnasien lässt der Druck nach, zumal etwa die Hälfte aller Bewerber mit Lehrerausbildung am Gymnasium unterrichten will.

**E&W:** Aber was ist mit den anderen Schularten?

**Kruse:** An den Förderschulen und oft auch an Oberschulen vor allem in ländlichen Regionen wie in Ostsachsen und der Lausitz, im Erzgebirge und im Vogtland sieht es düster aus. Dort ist der Bedarf drei- bis viermal so hoch wie die Zahl der Bewerber. In der Region Bautzen etwa wurden jetzt zehn Förderschullehrer gesucht – aber es gab nur eine einzige Bewerbung. Der Bedarf an Lehrkräften, die für diese Schularten ausgebildet sind, ist partout nicht zu decken. Das ist eine bildungspolitische Katastrophe.

**E&W:** Wie reagiert der Freistaat auf die Misere?

**Kruse:** Man versucht natürlich, Referendare nach dem zweiten Staatsexamen aus den beliebten Großstädten in strukturschwache Regionen zu locken. Aber wer schon Familie, Wohneigentum und einen Partner mit einem festen Job in Leipzig oder Dresden hat, wird sich nicht für eine weiter entfernte Schule auf dem Land entscheiden, zu der man nicht täglich pendeln kann. Diese Verteilung ist eines der schwierigsten und größten Probleme. Man darf dabei nicht vergessen, dass dies nicht nur ein demografisches, sondern auch ein hausgemachtes Problem ist. Hätte die CDU-Landesregierung vor zehn Jahren auf Mahnungen gehört und frühzeitig Personalentwicklung betrieben, wären wir nicht in diese Falle gelaufen.

**E&W:** Der Freistaat versucht, Referendare mit einer Zulage von bis zu 1.000 Euro in die unterbesetzten Regionen zu lotsen, wenn sie sich verpflichten, nach Ausbildungsabschluss einige Jahre in den Bedarfsregionen tätig zu sein. Funktioniert das Modell?

**Kruse:** Einige Referendare haben sich darauf eingelassen. Nun bleibt zu hoffen, dass es einen gewissen „Klebeeffekt“ gibt und junge Kollegen dort bleiben, weil es ihnen gefällt. Aber ob das nachhaltig wirkt, wird man erst noch sehen. Eine „Gewinnungszulage“ für Lehrkräfte von etwa 750 Euro brutto monatlich für jene Kolleginnen und Kollegen, die aufs Land gehen, verpufft allerdings inzwischen. Denn, wenn man diese Lehrer verbeamtet, wird die Zulage gestrichen.

**E&W:** Der Freistaat hat zudem begonnen, voll ausgebildete Lehrkräfte bis zum Alter von 42 Jahren zu verbeamten. Schafft dieser Schritt Abhilfe?

**Kruse:** Ich gehe davon aus, dass die Verbeamtung – oder genauer: die damit verbundene bessere Bezahlung –

## Schulversorgung mit großen Lücken

Sachsen ist wie kaum ein anderes Bundesland von Lehrkräftemangel betroffen. Ein Drittel bis zur Hälfte der jährlich mehr als 1.000 freien Stellen mussten in den vorigen Jahren mit Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern besetzt werden oder blieben ganz frei. Zum neuen Schuljahr, das Mitte August in Sachsen begonnen hat, wurden zwar rund 1.100 Stellen neu besetzt. Darunter aber immer noch knapp 200 mit Lehrkräften ohne grundständige Pädagogikausbildung. S. H.

spürbare Effekte für die Einstellungssituation hat. Nur: Das große Problem ist, dass die älteren Kollegen das Gefühl haben, wieder einmal abgehängt zu werden. Das ist die Generation, die in der DDR ausgebildet wurde, die sich in den 1990er-Jahren die Arbeit teilen musste, nie verbeamtet wurde und jetzt erneut das Nachsehen hat. Während dreistellige Millionensummen aus dem Kultusetat in den Pensionsfonds eingezahlt werden, bekommen die älteren Kolleginnen und Kollegen nur einen Bruchteil davon als Zulagen. Wertschätzung sieht anders aus. Und die Unzufriedenheit wächst.

**E&W:** Inzwischen steigen in Sachsen die Schülerzahlen um mehrere Tausend im Jahr. Wie reagiert der Freistaat darauf?

**Kruse:** Hier sehe ich den eigentlichen Skandal. Im Doppelhaushalt sind für die nächsten zwei Jahre lediglich gut 200 Stellen mehr an den Schulen vorgesehen, inklusive Schulassistenten und Psychologen – obwohl alle Seiten mit steigenden Schülerzahlen rechnen. Diesem Aufwuchs wird das Land stellenmäßig in keiner Weise gerecht. Das Argument der Regierung lautet: Wir kriegen die Stellen ohnehin nicht besetzt. Doch dieses Vorgehen bedeutet, dass die personelle Ausstattung auf jeden Fall zu gering ist, selbst wenn man alle Stellen mit Personal besetzen könnte. Geschlossen wird diese Lücke wieder einmal mit größeren Klassen und Vertretungsstunden, Mehrarbeit oder Aushilfen.

**E&W:** Kultusminister Christian Piwarz (CDU) hat die bundesweit größten Stundentafeln nach jahrelangen Debatten reduziert und mehr Freiräume für Schulen geschaffen. Hilft das?

**Kruse:** In gewisser Weise schon. Denn damit haben nicht nur Schüler und Lehrkräfte weniger Stunden, auch der Freistaat gewinnt einmalig Luft bei der Stellenbesetzung. Die Reduzierung der Stundentafeln schlägt mit etwa 750 Stellen zu Buche. Zu den Landtagswahlen brauchte man ein solches Signal der Entspannung. Die generelle Misere beseitigt man so aber nicht.

**E&W:** Welche Rolle spielen Seiteneinsteiger, um die Löcher zu stopfen?

**Kruse:** Eingestellt wurden seit 2015 etwa 3.500 dieser Lehrkräfte ohne pädagogische Ausbildung – bei gut 30.000 Lehrerinnen und Lehrern in Sachsen. Erst dieses Jahr werden es langsam wieder weniger. Wir rechnen aktuell mit einem Stand von 10 Prozent landesweit – statistisch betrachtet. Denn es gibt Schulen mit 80 Prozent Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern, die dann auch noch zwei Tage in der Woche wegen ihrer universitären Nachqualifikation an der Schule fehlen. Einige dieser Kolleginnen und Kollegen hören zudem wieder auf, weil sie die Belastung schlicht unterschätzen. All das ist Beleg einer verfehlten Personalpolitik.

Interview: Sven Heitkamp, freier Journalist

**Mitdiskutieren**
**www.gew.de/EundW**

Akutklinik für psychosomatische Medizin und Psychotherapie

- Depressive Erkrankungen
- Folgeerkrankungen von chronischer Stressbelastung wie "Burnout", Schlafstörungen, Bluthochdruck, Kopf- und Rückenschmerzen
- Posttraumatische Belastungsstörungen
- Angst- und Panikstörungen
- Somatoforme Störungen
- Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen
- Essstörungen

einzigartig
und individuell

Badstraße 28, D-88339
Bad Waldsee
Tel.: +49 (0) 7524 990222
www.vincera-klinik-bad-waldsee.de

VINCERA
KLINIK BAD WALDSEE

Letzte Chance!

Robert Bosch Stiftung

**Schüler, Lehrer, Wissenschaftler forschen für die Welt von morgen**

Nachhaltigkeit – was ist das eigentlich? Durch gemeinsame Forschungsprojekte und einen alle zwei Jahre stattfindenden bundesweiten Kongress sollen Schülerinnen und Schüler weiterführender Schulen Einblick in aktuelle Nachhaltigkeitsforschung erhalten.

Lehrkräfte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit einer Projektidee können sich bei der Stiftung um Fördergelder bewerben. Neugierig geworden? Weitere Informationen finden Sie unter
**www.bosch-stiftung.de/ourcommonfuture**

**Fast 97 Prozent aller Pädagoginnen und Pädagogen gehörten im Dritten Reich dem NS-Lehrerbund (NSLB) an. Doch was sagt dies über die tatsächliche politische Einstellung der Lehrkräfte aus? Wie weit sickerte die Ideologie der Nazis auch in den Schulunterricht ein? Der Unterricht wurde zwar formal gleichgeschaltet, in der täglichen Unterrichtsgestaltung blieben jedoch für die Lehrerinnen und Lehrer in gewissem Umfang Freiräume erhalten. Im Bild: Mädchenklasse in einer Volksschule in Berlin-Prenzlauer Berg 1936.**

Foto: picture alliance/akg-images

# Pragmatismus statt Reflexion

// **Seit Herbst 2017 beschäftigen sich die Historiker Jörn-Michael Goll und Detlev Brunner vom Historischen Seminar der Universität Leipzig im Rahmen des Forschungsprojekts „Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und die NS-Vergangenheit“ mit der Frage, wie der Umgang der GEW mit dem Erbe des Nationalsozialismus einzuschätzen ist. Im Sommer kommenden Jahres soll die Studie abgeschlossen werden. E&W veröffentlicht erste Ergebnisse der Arbeit der beiden Wissenschaftler.** //

Den Umgang der GEW mit der NS-Vergangenheit einzuordnen, ist keine einfache Aufgabe, zumal ihre Mitglieder sich vor 1933 in politisch höchst unterschiedlichen Lehrerorganisationen engagierten. Die Erfahrungen der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus haben jedoch die gesamte Gründergeneration der GEW nachhaltig geprägt. Die Studie nimmt die grundlegenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Lebensumstände von Lehrkräften in den Blick, um ihr damaliges Handeln und das daraus hervorgehende „Erbe“ der GEW genauer bestimmen zu können.

## Keine einfachen Antworten

Wie verhielt sich die Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer im „Dritten Reich“? Identifizierten sie sich mit der NS-Ideologie? Einfache Antworten auf diese Fragen gibt es nicht. Festgestellt werden kann, dass die Gegebenheiten in der Spätphase der Weimarer Republik eine graduelle Affinität vieler Lehrkräfte zum Nationalsozialismus begünstigten. Hoffnungen auf ein einheitliches Schulsystem, eine Besserstellung des Lehrerstandes und eine Akademisierung der Lehrerbildung, die viele Lehrkräfte nach dem Ersten Weltkrieg mit der jungen Demokratie verbanden, wurden enttäuscht. Der krisenhaften Situation Ende der 1920er-Jahre standen die etablierten Lehrerorganisationen, allen voran der mit Abstand mitgliederstärkste Deutsche Lehrerverein, mehr oder minder hilflos gegenüber.

Auch wenn es diese Umstände nahelegen, ist nicht davon auszugehen, dass Lehrkräfte eine besondere Nähe zum Nationalsozialismus entwickelten. Als „Gradmesser“ für den vermeintlich großen Zuspruch der Lehrerinnen und Lehrer zum Nationalsozialismus verweisen bisherige Studien fast immer auf den NS-Lehrerbund (NSLB), dem wenige Jahre nach der „Machtergreifung“ fast 97 Prozent aller Pädagoginnen und Pädagogen angehörten. Doch was sagt dies über die tatsächliche politische Einstellung der Lehrkräfte aus? Dass die formale „Gleichschaltung“ fast aller Lehr-

kräfte nicht gleichzusetzen ist mit einer erfolgreichen Ideologisierung im Sinne des Nationalsozialismus, war selbst den Führungskadern im NS-Lehrerbund bewusst. Zwar wurden mit beachtlichem Aufwand „Schulungsmaßnahmen“ und „Lehrerlager“ durchgeführt sowie zahlreiche pädagogische NS-Zeitschriften herausgegeben. Die ideologische Beeinflussung blieb dennoch begrenzt. Statistisch betrachtet besuchte eine einzelne Lehrkraft im „Dritten Reich“ weniger als ein Mal ein mehrtägiges Schulungslager.

Der in der Forschungsliteratur oft betonte Umstand, dass rund 30 Prozent aller Lehrkräfte der NSDAP angehörten, kann ebenfalls nicht pauschal als Ausdruck einer ausgeprägten nationalsozialistischen Überzeugung verstanden werden. Opportunistische Motive dürften häufig ausschlaggebend für den Parteieintritt gewesen sein. So wurden NSDAP-Mitglieder bei der Vergabe offener Lehrerstellen bevorzugt. Vor allem auf dem Land gehörten männliche Lehrkräfte zur traditionellen dörflichen „Funktionselite“, von der die Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer NS-Organisation mehr oder minder erwartet wurde.

## Komplexe Lebenswirklichkeit

Nur durch eine Rekonstruktion der Lebenswirklichkeit lassen sich Rückschlüsse erarbeiten, die das Verhältnis der Lehrerschaft zum NS-Regime ansatzweise umreißen können. Betrachtet man die praktische NS-Schulpolitik, so muss diese auf viele enttäuschend gewirkt haben. Die von der NS-Propaganda lautstark angekündigte Akademisierung der Lehrerbildung wurde nach wenigen Jahren stillschweigend zurückgenommen. Im Dienst befindliche Lehrkräfte erlitten durch die Anpassung der Beamtenbesoldung an die Reichsbesoldung Reallohnverluste. Der noch vor Kriegsbeginn akut auftretende Lehrermangel sowie steigende Schülerzahlen je Klasse verschlechterten die allgemeinen Arbeitsbedingungen weiter.

In formaler Hinsicht – durch Fahnenappelle, die Einführung des Hitlergrußes etc. – unterlag die Unterrichtspraxis zwar einschneidenden Veränderungen. In der täglichen Unterrichtsgestaltung blieben jedoch in gewissem Umfang Freiräume erhalten, nicht zuletzt, weil die aus der Weimarer Zeit stammenden Unterrichtsmaterialien im „Dritten Reich“ bis auf wenige Ausnahmen weiterverwendet wurden. Trotz aller Vorschriften und Auflagen hing es von der einzelnen Lehrkraft ab, wie überzeugend und nachhaltig die NS-Ideologie im Unterricht vermittelt wurde. Das Spektrum der Lehrkräfte reichte von überzeugten Nationalsozialisten bis hin zu solchen, die sich durch kleine Gesten im Schulalltag der beabsichtigten „totalen Ideologisierung“ entgegenstellten. Die große Mehrheit verhielt sich opportunistisch und bekannte sich >>>

**Alles, was das Lehrerleben leichter macht, in einem Online-Shop!**

- Schnell und einfach Unterrichtsmaterialien für Grundschule, Sekundarstufe und sonderpädagogische Förderung finden
- Aus über 30.000 Artikeln die passenden Lehrmittel auswählen und direkt nach Hause bestellen

Exklusiv für Leser der E&W:
**Kostenloser Versand**
mit dem Code „Portofrei2019“

lehrerwelt

>>> formal zum NS-Regime. Das schloss jedoch auch die Akzeptanz rassistischer Diskriminierung mit ein. So nahmen fast alle Lehrerinnen und Lehrer die Ausgrenzung jüdischer Kinder und Jugendlicher aus öffentlichen Schulen kritiklos hin, ein Teil wirkte daran sogar aktiv mit.

## Krieg und Kriegsfolgen

Mehr als alle Einflussnahmen der Nationalsozialisten dürfte der Krieg selbst den Schulalltag verändert haben. Zahlreiche Lehrer wurden ab 1939 zum Kriegsdienst einberufen. Den daraus resultierenden Lehrermangel versuchte das Regime durch die Wiedereinstellung „alter" Lehrerinnen und Lehrer zu kompensieren, unter denen sich sogar einige befanden, die 1933 aus politischen Gründen entlassen worden waren. Auch in struktureller Hinsicht veränderte der Krieg die Situation an den Schulen massiv. Die Arbeitsbedingungen verschlechterten sich durch Mehrarbeit, Versetzungen und außerschulische (Sammlungs-)Einsätze dramatisch. Kriegseinwirkungen, wie die Fremdnutzung und Zerstörung von Schulgebäuden, schränkten den Unterricht weiter ein. Durch Evakuierungsmaßnahmen wie die Kinderlandverschickung und den „totalen Kriegseinsatz" kam es an vielen Schulen zu Auflösungserscheinungen, je nach Region zum Teil viele Monate vor der „bedingungslosen Kapitulation" der Wehrmacht am 8. Mai 1945.

Die leidvollen Erfahrungen des Krieges, in dessen Folge das Schulwesen in Deutschland fast vollständig zum Erliegen kam, waren für die Lehrerschaft nachhaltig prägend. Die Rolle der eigenen Zunft während der zwölfjährigen NS-Diktatur wurde dagegen verdrängt. Eine Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit erfolgte lediglich erzwungenermaßen – und zwar im Rahmen der von den Siegermachten initiierten und später auf deutsche Verwaltungsstellen übertragenen Entnazifizierung. In der britischen Zone waren die Bedingungen für eine Wiedergründung von Lehrerorganisationen besonders günstig. Nicht zufällig entstand hier mit dem Allgemeinen Deutschen Lehrer- und Lehrerinnenverein (AdLLV) die erste große Lehrerorganisation, aus der sich später die GEW entwickeln sollte.

Die Arbeit des AdLLV war von Beginn an strikt auf die Zukunft ausgerichtet. Die „dunkle Vergangenheit" wurde dabei weitgehend tabuisiert und diente lediglich als „negative Kontrastfolie", um die demokratische Verfasstheit der Lehrerorganisation zu betonen. Die Funktionäre der alten Lehrerverbände und künftigen Gründerväter der GEW arbeiteten nach 1945 offenbar mühelos zusammen, auch wenn sie mit dem NS-Regime ganz unterschiedliche Erfahrungen gemacht hatten. Max Traeger, erster Vorsitzender der GEW, etwa wurde im Nationalsozialismus zwar degradiert, verblieb aber im Schuldienst. Paul Goosmann dagegen, der künftige Bremer GEW-Vorsitzende, wurde wie GEW-Vorstandsmitglied Fritz Thiele* aus politischen Gründen entlassen, kehrte aber aufgrund des Lehrermangels im Krieg 1940 wieder in den Schuldienst zurück. Der dritte Vorsitzende der GEW, Heinrich Rodenstein, wiederum emigrierte und betrat erst nach dem Krieg wieder deutschen Boden. Wie zahlreiche Korrespondenzen und stenographische Wortprotokolle von Tagungen nahelegen, fand im engen Kreis der ersten GEW-Funktionäre wie auch allgemein innerhalb der Gewerkschaft eine vernehmbare Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit praktisch nicht statt.

Zu dem weit verbreiteten „Beschweigen" der unmittelbaren Vergangenheit kam ein weiteres, heute wenigstens ebenso zweifelhaft erscheinendes Verhalten hinzu. Am Beispiel des Verbands badischer Lehrer und Lehrerinnen wird deutlich, dass sich Lehrerorganisationen, die sich 1948/49 in der GEW zusammenschlossen, für die Rehabilitation nachweislich belasteter Berufskollegen einsetzten. Nach einer Analyse der vorliegenden Quellen steht fest, dass fast alle betroffenen Lehrkräfte die Entnazifizierung als „weiteren Opfergang" empfanden, nachdem sie in der Zeit des Nationalsozialismus „anständig" geblieben seien und die Entbehrungen des Krieges ertragen hätten. Solche Sichtweisen wurden von den Verbänden offenbar ohne Einschränkung geteilt.

Neben einfachen finanziellen Unterstützungsleistungen stellten Lehrerorganisationen auch Entlastungsschreiben und Stellungnahmen an Schulbehörden, die Besatzungsmächte und zentrale Regierungsstellen aus und halfen dadurch mit, dass selbst hochgradig belastete Lehrkräfte letztlich wieder angestellt wurden. Dokumentieren lässt sich dies etwa am Beispiel von Wilhelm Seiler, der bereits 1922 der NSDAP angehörte, bis 1933 Volksschullehrer war und im „Dritten Reich" als Rektor und schließlich als Kreisleiter der NSDAP in Heidelberg Karriere machte. Der Verband badischer Lehrer und Lehrerinnen unterstützte mehrfach seine Gnadengesuche, die er bis Anfang der 1950er-Jahre an das Befreiungsministerium in Stuttgart richtete. Im November 1952 kehrte Seiler schließlich in den Schuldienst zurück, ab 1961 erhielt er bis zu seinem Lebensende eine umfängliche Pension.

## Zwischenbilanz

Die Lehrerschaft im Nationalsozialismus hat der GEW ein komplexes Erbe hinterlassen. Zumindest für die Nachkriegszeit muss festgestellt werden, dass die Gründergeneration der GEW nicht bereit war, das Verhalten ihrer Mitglieder im Nationalsozialismus kritisch zu reflektieren. Wie für die deutsche Gesellschaft allgemein lässt sich auch für die GEW allenfalls ein „pragmatischer Umgang" mit der NS-Vergangenheit konstatieren, der vor allem dadurch bestimmt war, in der Zeit des Wiederaufbaus ihr problembehaftetes Erbe zu verdrängen, anstatt es anzunehmen oder gar zu verantworten. Ab wann hier ein signifikanter Wandel stattfand, wird sich am Ende der Untersuchung herausstellen.

Jörn-Michael Goll und Detlev Brunner,
Historiker vom Historischen Seminar der Universität Leipzig

***Thiele war bis 1933 letzter Geschäftsführer des Deutschen Lehrervereins.**

**Mitdiskutieren**
**www.gew.de/EundW**

# Diese Wiese ist kein Lebensraum

## SO WIE ÜBER 90 % DER WIESEN IN DEUTSCHLAND

Foto: stock.adobe.com/neropha

**Statt bunter Blumenwiesen bestimmen Hochertragswiesen das Bild unserer Landschaft. Aber dieses Grün ist ökologisch wertlos. Durch intensive Düngung und häufige Mahd verschwinden die Pflanzenvielfalt und mit ihr die heimischen Wildtiere.**

**„Um das Artenleben wie das Artensterben verständlich zu machen, dreht Jan Haft eine eindrucksvolle Bilderschau, er zeigt vieles ganz nah, vieles in Zeitlupe. Man schaut danach sofort aufmerksamer in die Umgebung – und hört der aktuellen Naturschutz-Debatte besser zu.“** ***Süddeutsche Zeitung***

# DIE WIESE – Ein Paradies nebenan

Im Programm der SchulKinoWochen: VISION Kino · Herbst 2019 und Frühjahr 2020
Länder-Termine und beteiligte Kinos auf www.visionkino.de/schulkinowochen.
Wenn Gratis-Tickets für sozial benachteiligte Kinder benötigt werden, wenden Sie sich bitte an Susanne Haumann von der Deutschen Wildtier Stiftung. S.Haumann@DeutscheWildtierStiftung.de

### UNTERICHTSMATERIAL

- Für die schulische Bildung ab 6 Jahren/1. Klasse und für weiterführende Schulen ab der 8. Klasse.
- Für die Unterrichtsfächer Heimat- und Sachkundeunterricht, Werken, Biologie, Wirtschaft, Sozialkunde, Medienbildung www.diewiese-derfilm.de/schulmaterial

### RETTET DIE WIESEN

Die Deutsche Wildtier Stiftung bietet an:
- Website Wildtierfreund www.Wildtierfreund.de
- Online Steckbriefe zu den wichtigsten heimischen Wildtieren www.DeutscheWildtierStiftung.de
- Kostenlose Ratgeber und Experten-Broschüren zum Thema Wiesen www.DeutscheWildtierStiftung.de/publikationen

DEUTSCHE WILDTIER STIFTUNG

In der katholischen Kita St. Sebastian im südhessischen Eppertshausen ist das Ziel, die Wünsche von Eltern und Kindern aufzugreifen. Mitbestimmung wird großgeschrieben.

Foto: Christoph Boeckheler

# Ihr Wort zählt – egal, wie klein sie sind

**// Die Kinder dürfen bei allem mitbestimmen, Inklusion wird ganz selbstverständlich gelebt: Dafür wurde die Kindertagesstätte St. Sebastian in Südhessen als „Kita des Jahres 2019“ ausgezeichnet. //**

Aus alten Autoreifen haben die Erzieherinnen und Erzieher für das Sommerfest der katholischen Kita St. Sebastian in Eppertshausen eine Rennstrecke aufgebaut. Die Kinder konnten vorher mit bunten Muggelsteinen über das Motto abstimmen. Klarer Sieger: Bobbycarrennen. Ben, 5, hat von der Wahl ein Protokoll gemalt. Das Bild mit lila Strichmännchen zeigt, dass es acht Stimmen für „Regenbogen“ gab, elf für „Pony/Einhorn“ und 25 für die knallroten Rutschautos. Beim Büfett werden – neben Brötchen, Gurkensalat und Karotten – auch Fanta und Kaugummieis aufgetischt. Denn in der Kita gilt: „Die Kinder dürfen bei allem mitbestimmen“, erklärt Kita-Leiterin Veronique Braun. Partizipation und Inklusion werden in der Kindertagesstätte ganz selbstverständlich gelebt. Dafür wurde die Einrichtung in dem kleinen Ort in Südhessen als „Kita des Jahres 2019“ ausgezeichnet.

An einem Sommertag flitzen die Kinder durch den Garten, einige nur in Socken, andere barfuß. Zwei Mädchen kurven mit Fahrrädern über die Pflastersteine, hinterher düst ein Junge im Rollstuhl. Mittendrin sitzt Alexander, schiebt ein Spielzeugauto hin und her. Der Sechsjährige hat eine Muskelschwäche, rutscht mit schmutzigen Strümpfen auf dem Po zur Schaukel rüber. Aktuell werden in der Einrichtung vier Kinder mit körperlicher oder geistiger Behinderung betreut. „Für die Kinder ist das ganz normal“, sagt Erzieherin Susanne Markwitz. Wenn sie im Turnraum von der Sprossenwand springen, lacht Alexander jedes Mal lauthals. Die Kinder machen extra Faxen für ihn. Die Erzieherinnen und Erzieher lernen, worauf es beim Umgang mit den behinderten Kindern ankommt: Wie trägt man ein Mädchen mit Glasknochenkrankheit? Wie wechselt man einem Jungen mit offenem Rücken den Katheter? Und was tun bei einem Epilepsieanfall?

## Kinderparlament und -beirat

Die Jury des Kita-Preises hebt hervor, dass es der Einrichtung nicht nur gelingt, Kinder mit Schwerstbehinderung zu integrieren. Ihr Anspruch auf Teilhabe und Förderung beziehe sich vielmehr auf alle Kinder mit ihren unterschiedlichen kulturellen und sozialen Hintergründen. Ihr Konzept orientiere sich am Situationsansatz, erläutert Braun. „Wir gehen von den Lebenswelten der Familien aus.“ Dabei schauten sie stets: Was brauchen die Kinder konkret vor Ort? Fotos, zum Beispiel. Viele Kinder kommen aus Zuwanderfamilien, aus Eritrea, Syrien, Spanien oder Polen. Einige verstehen in der Kita so gut wie kein Wort. Also frag-

ten die Fachkräfte die Mädchen und Jungen: Was können wir tun? Wenn sie in den Wald gehen, halten sie jetzt Bilder von Rucksäcken und Trinkflaschen hoch, am Speiseplan kleben Fotos von Äpfeln und Nudeln. Klar, es gebe fertige Bildkärtchen, sagt die Leiterin. Aber sie wollten nichts vorwegnehmen. Es gehe darum, dass die Kinder selber Lösungen entwickelten. So tagt zum Beispiel in der Kita alle paar Wochen das Kinderparlament, außerdem gibt es einen Kinderbeirat. Wie sie die Partizipation am besten fördern, lernen die Fachkräfte in Fortbildungen.

Die 120 Mädchen und Jungen sind in zwei Krippen- und fünf Kindergartengruppen aufgeteilt, dürfen sich jedoch frei im Haus bewegen. „Sie sind den ganzen Tag unterwegs, haben aber in ihrem Gruppenraum ein festes Zuhause“, berichtet die Leiterin.

Aufgabe der Erzieherinnen und Erzieher ist in erster Linie, die Kinder zu beobachten, jederzeit ansprechbar zu sein. „Oft habe ich das Gefühl, dass wir überflüssig sind“, sagt Braun. „Das ist unser Ziel.“

Eine Fachkraft ist rechnerisch für zehn bis zwölf Kinder zuständig, je nachdem, ob behinderte Kinder dazu gehören oder nicht. Generell gilt: In den Regelgruppen kommen auf 25 Kinder 1,75 Vollzeitstellen. In der altersgemischten Gruppe mit Kindern ab zwei Jahren sowie der Integrationsgruppe sind es 20 Kinder. Aktuell ist eine Stelle vakant*.

## Schnecken fürs Terrarium

Die einzelnen Räume sind in Bildungsbereiche eingeteilt: Kreativität, Bewegung, Bauen, Rollenspiel, Naturwissenschaften. Die Kinder können Murmelbahnen bauen, mit Matsch spielen – oder weiße Schnecken beobachten, groß wie Kaffeebecher. Wieder so ein Beispiel: Ein Junge hatte auf dem Weg zum Kindergarten immer Nackt- und Weinbergschnecken gesammelt, zur Begeisterung der anderen Mädchen und Jungen, die Tante eines Kindes lieh der Kita daraufhin ihre malaysischen Landschnecken aus. Für die Kinder stand fest: So etwas wollen sie auch. „Wir haben uns darauf eingelassen“, so Braun. Die Kinder verkauften alte Spielsachen, um Geld für das Terrarium aufzubringen. Jetzt füttern sie die Schnecken, bauen ihnen auf dem Tisch gerne mal einen Kriechparcours auf.

Die Kita bemüht sich nach Kräften, die Wünsche von Kindern und Eltern aufzugreifen. Öffnungszeiten von 7 bis 17 Uhr zum Beispiel, ganzjährig. Im vergangenen Jahr wünschten sich die Eltern, dass es ein gemeinsames Frühstück gibt und sie keine Brotboxen mehr mitgeben müssen. Das Team sei zunächst skeptisch gewesen, berichtet Erzieherin Markwitz. Es folgten Umfragen, Konferenzen mit Eltern und Kindern. Schließlich willigten die Fachkräfte ein. Fazit: „Es funktioniert richtig gut“, sagt die Pädagogin. Ein andermal beschwerten sich Kinder, dass sie nur zu bestimmten Zeiten nach draußen gehen durften. Seither ist der Garten immer geöffnet, ebenso der Turnraum und die Bauecke.

„Die Kinder lernen: Ihr Wort zählt, egal, wie klein sie sind“, betont Markwitz. „Sie merken, dass sie etwas verändern können. Das gibt ihnen sehr viel Selbstbewusstsein.“

Auch die Jury des Kita-Preises lobte die Beschwerdekultur und die Förderung von Zivilcourage in der Kita. Die Auszeichnung ist mit 25.000 Euro dotiert. Noch steht nicht fest, wofür die Kita das Geld verwendet. Die Kinder wünschen sich eine Hängematte und einen Boxsack, die Eltern einen Kaffeevollautomaten. Und das Team würde gerne noch eine Spielebene einziehen. Fest steht: „Alle entscheiden gemeinsam.“

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

***Wissenschaftler empfehlen eine Fachkraft-Kind-Relation von 1:3 (Krippe) und 1:7 bzw. 1:8 (Kita).**

Unterrichten im Ausland

Sie haben das 1. und 2. Staatsexamen oder Sie sind im Landesschuldienst verbeamtet oder fest angestellt, sind aufgeschlossen und engagiert. Sie suchen eine neue Herausforderung? Dann brauchen wir Sie als

Lehrerin / Lehrer für einen Einsatz an Deutschen Auslandsschulen oder ausgewählten staatlichen ausländischen Schulen. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage und informieren Sie gerne über die Rahmenbedingungen.

Weitere Informationen und die Bewerbungsunterlagen finden Sie unter:
www.auslandsschulwesen.de
Tel.: 022899 358-3666 • mailto: ZfA.Bewerbung@bva.bund.de

Bundesverwaltungsamt
– Zentralstelle für das Auslandsschulwesen –

ZfA
Deutsche Auslandsschularbeit International

Schulorganisation
Dokumentation • Organisation • Rechtssicherheit

Lehrerkalender
ErzieherInnenkalender
Beobachtungen und Dokumentation
Elterngespräche
Förderpläne
Schülerverhalten
u. v. m.

Materialien vom Fachverlag
für Lehrkräfte und alle anderen pädagogischen Fachkräfte, für Schulen, für Kindertageseinrichtungen und die Erzieherinnen und Erzieher zur Eigenorganisation und zur Unterstützung der täglichen Arbeit.

www.schulorganisation.com
F&L SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

# Der Albtraum mit den Buchstaben

**// In Deutschland können 6,2 Millionen Menschen nicht ausreichend lesen und schreiben. Doch nur wenige besuchen Weiterbildungsmaßnahmen. //**

Stefan Reinhard* überfliegt den Auftragszettel, seine Augen suchen nach den Maßen für die Schraubenmuttern. Dann tippt der 34-jährige Zerspanungstechniker die Zahlen auf den Touch-Monitor der Drehmaschine. Er müsse die Dokumente „schon ordentlich durchlesen“, erzählt er, „sonst mache ich einen Fehler und lege den falschen Wert an.“ Das, was für andere selbstverständlich ist, erfordert von Reinhard ein hohes Maß an Konzentration und ist das Ergebnis jahrelanger Weiterbildung – neben Ausbildung und Berufstätigkeit. Denn als er vor 16 Jahren die Schule verließ, tat er sich schwer mit dem Lesen und Schreiben.

Foto: Babette Brandenburg

**Stefan Reinhard fällt das Lesen und Schreiben nach wie vor schwer. Was für andere eine Leichtigkeit ist, erfordert von ihm ein hohes Maß an Konzentration und ist das Ergebnis jahrelanger Weiterbildung.**

Laut einer aktuellen Studie der Universität Hamburg haben in Deutschland rund 6,2 Millionen Menschen Probleme, selbst einfache Wörter fehlerfrei aufzuschreiben. Auch das Lesen und Verstehen kurzer Texte fällt ihnen schwer. Sie könnten lediglich einzelne Sätze schreiben und lesen, so Pädagogik-Professorin Anke Grotlüschen, Leiterin der Studie „LEO 2018 – Leben mit geringer Literalität“. 12,1 Prozent der Deutsch sprechenden Erwachsenen – nur sie haben an der Studie teilgenommen – sind demnach „gering literalisiert“.

Rund 20 Prozent der Betroffenen sind zwischen 18 und 35 Jahre alt. Die meisten haben wie Reinhard einen Schulabschluss. Seine Leistungen waren in den meisten Fächern „in Ordnung“. Anders im Deutschunterricht: Vor dem Diktat hatte er „Schweißausbrüche“, „die Sechs war sicher“. In seinem Zeugnis stand jedoch wegen guter mündlicher Beteiligung stets ein „Ausreichend“. Erst nach der Schule wurde Reinhard die Tragweite seines Handicaps bewusst: Er verlor zwei Ausbildungsplätze zum Anlagenmechaniker für Sanitärtechnik. „Die Kunden konnten meine Berichte nicht lesen“, erinnert er sich. Er war verzweifelt.

Als sein Vater aus der Zeitung erfuhr, dass die Volkshochschule (VHS) für Menschen wie ihn Lese- und Schreibkurse anbietet, schöpfte Reinhard neuen Mut: Er begann, wieder zu lernen, und fand eine überbetriebliche Ausbildung zum Zerspanungstechniker. Dieses Mal „legte ich die Karten auf den Tisch“, sagt er. „Ich habe von meinem Problem erzählt und bekam von meinem Vorgesetzten viel Unterstützung.“ Er fühlte sich befreit, musste sich nicht länger verstecken – und schaffte seine Ausbildung.

## Angst vor Jobverlust

Nicht einmal 1 Prozent der Betroffenen findet den Weg in Alphabetisierungskurse bei Volkshochschulen und anderen Trägern, berichtet Susanne Kiendl vom Grundbildungszentrum der Hamburger VHS. In ihre Lernberatung kommen viele Mittdreißiger. Nach der Schule haben sie zunächst versucht, in der Arbeitswelt Fuß zu fassen, „bis sie merkten, dass fehlende Lese- und Schreibkenntnisse selbst in angelernten Berufen zum Hindernis werden“, erzählt die Pädagogin. „Viele kommen auf Anraten der Jobcenter zu uns oder schlicht aus Angst, ihren Job zu verlieren, wenn die Anforderungen durch Umstrukturierung oder Digitalisierung steigen.“

Immerhin 62,3 Prozent der gering literalisierten Erwachsenen sind laut LEO-Studie erwerbstätig. Die meisten als Hilfskräfte auf dem Bau, in Fertigung und Pflege, in der Reinigungs- und Transportbranche. Für sie ist das Ausfüllen von Formularen oder das Lesen von Lieferscheinen, Arbeitsanweisungen und Warnhinweisen ein ständig wiederkehrender Albtraum. Auch im Hamburger Pflegeunternehmen „PFLEGEN & WOHNEN“ gebe es Beschäftigte, die sich schwertun, Texte mit komplexerem Satzbau zu verstehen, berichtet Qualitätsmanagerin Susanne Schneider. Textverständnis sei jedoch essenziell, müssten doch die Mitarbeitenden die Expertenstandards in der Pflege umsetzen können. Im Bereich der Dokumentation komme es „zu Schwierigkeiten oder Verzögerungen beim Erstellen von Be-

Foto: mauritius images/Marc Bruxelle/Alamy

**2010 wurde erstmals in einer repräsentativen Studie die Zahl der Erwachsenen in Deutschland ermittelt, deren Lese- und Schreibkompetenz so gering ist, dass sie längere, zusammenhängende Texte nicht verstehen können. 7,5 Millionen Menschen galten demnach als sogenannte funktionale Analphabeten. Die jüngste Studie, die Anfang Mai dieses Jahres veröffentlicht wurde, weist einen Rückgang auf 6,2 Millionen Betroffene aus. Die positive Entwicklung erklären die Forscher mit der Enttabuisierung des Themas sowie mit dem Ausbau der Weiterbildungsangebote.**

richten und Protokollen“. „Diese Menschen wollen wir gezielt am Arbeitsplatz erreichen“, sagt Canan Yildirim von Arbeit und Leben Hamburg. Dafür werden im Rahmen des „MENTO“-Projekts Beschäftigte aus norddeutschen Betrieben zu Mentoren ausgebildet. Sie sprechen in Unternehmen wie „PFLEGEN & WOHNEN“ ihre Kollegen mit geringer Lese- und Schreibkompetenz an und ermutigen sie zur Teilnahme an Weiterbildungen der VHS.

## Einsatz digitaler Lernformen

Da laut LEO-Studie gering literalisierte Erwachsene mit 28 Prozent seltener an Weiterbildungen teilnehmen als der Rest der Bevölkerung mit knapp 50 Prozent, sind neue Konzepte und Zugänge gefragt. So organisiert Sabine Raab vom Projekt BasisKomPlus bei Arbeit und Leben Schulungen in Betrieben aus Branchen mit vielen An- und Ungelernten. Dabei gehe es nicht „explizit um Lesen und Schreiben“, so Raab, sondern „um einzelne, branchenspezifische Tätigkeiten, bei denen gering literalisierte Beschäftigte Probleme haben, zum Beispiel beim Erstellen von Pflegeberichten, Essensplänen oder Dokumentationen“. In den Schulungen üben sie, zentrale Formulierungen zu lesen und zu schreiben. Zusätzlich erhalten sie Lernberatung und bei Bedarf Einzelcoaching. „Wir wollen die Lernmotivation wecken“, erzählt Raab, „und vermitteln an VHS-Kurse.“

Auch Pädagogik-Professorin Grotlüschen empfiehlt, die gängigen Weiterbildungsansätze zu überdenken und die Betroffenen „bei den Bildungsveranstaltungen abzuholen, die sie ohnehin besuchen“. Das könnten verpflichtende Weiterbildungen und Auffrischungen wie der Gabelstaplerschein sein. Darüber hinaus hält sie Angebote für ratsam zu Themen, bei denen die geringe Literalität bekanntermaßen Probleme bereitet wie Online-Banking, die Steuererklärung oder Altersvorsorge. Weitergehende Fragen der Alphabetisierung könnten hier eingebunden werden. Raab plädiert für den Einsatz von digitalen Lernformen und Apps, um insbesondere die Jüngeren zum Lernen zu motivieren.

Reinhard setzt dagegen auf die bewährten Methoden – Lesen und Schreiben im VHS-Kurs und Übungen zu Hause mit seiner Schwester. Um „dranzubleiben und nicht in das alte Muster zurückzufallen“, sagt er. Denn: „Meine Rechtschreibschwäche wird mich mein Leben lang begleiten.“

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

***Name von der Redaktion geändert**

**Universität Hamburg: LEO 2018 – Leben mit geringer Literalität; http://blogs.epb.uni-hamburg.de/leo**
**www.dgb-mento.de**
**www.basiskom.de**

# Ist das schon antisemitisch?

**// Ein neues Präventionsprojekt in Hessen will Lehrkräfte im Umgang mit Antisemitismus stärken. //**

Jugendliche brüllen „du Jude“ als Schimpfwort über den Schulhof, schmieren Hakenkreuze auf die Tafel. Bei der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main häufen sich Anfragen von Lehrkräften, in denen es um solche oder ähnliche Vorfälle geht. „Die Verunsicherung ist groß“, berichtet Bildungsreferentin Tami Rickert. „Lehrkräfte wissen meist nicht, wie sie mit so einer Situation umgehen sollen.“ Ab wann sollen sie eingreifen? Und vor allem: Wie? Das neue Präventionsprojekt „Antisemi… was?“ will Schulen in Hessen im Umgang mit Antisemitismus stärken. Zum Angebot gehören Fortbildungen für Lehrkräfte und Workshops für Jugendliche.

Zunächst geht es darum, die Wahrnehmung zu schärfen. Manchmal sind es nur Zwischentöne, die sich in eine Debatte über den Israel-Palästina-Konflikt mischen – und ein ungutes Gefühl hinterlassen. „Ohne es immer genau greifen zu können, merke ich: Da schwingt etwas mit“, sagt die Politiklehrerin Miriam Kneller von der Max-Beckmann-Schule in Frankfurt-Bockenheim. In dem Oberstufengymnasium würden Toleranz und Vielfalt großgeschrieben, Rassismus und Antisemitismus seien tabu. „Aber manchmal frage ich mich, was unter der Oberfläche passiert“, sagt Kneller. Ähnlich geht es ihrem Kollegen Steffen Schwarz. Auch er weiß hin und wieder nicht so recht, wie er kritische Äußerungen über die Politik Israels einordnen soll. Und Dirk Kretschmer hofft auf Anregungen, wie er das Thema im Unterricht aufgreifen kann. Unter anderem deshalb haben sich die Lehrkräfte zusammen mit anderen Kolleginnen und Kollegen zur Fortbildung angemeldet.

Das Team der Bildungsstätte Anne Frank kommt einen Tag lang an die Schule. Das Angebot ist kostenlos – ein Kooperationsprojekt mit dem hessischen Kultusministerium. Dafür stellt das Land 170.000 Euro bereit. Pro Jahr soll es mindestens 15 Fortbildungen für Lehrkräfte und 36 Workshops für Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse geben. Das Projekt ist zunächst auf drei Jahre angelegt. Danach soll das Angebot ausgeweitet werden. „Wir würden gerne stärker in die Lehrerausbildung wirken“, sagt Rickert. Ein Beirat begleite das Projekt und erarbeite Vorschläge. Ziel sei, das Thema im Studium oder Studienseminar zu verankern.

Rickert verweist auf eine Studie der Soziologin Julia Bernstein von der Frankfurt University of Applied Sciences, derzufolge Antisemitismus an Schulen zur Normalität gehört. Die Befragung kommt zu dem Ergebnis, dass viele jüdische Schülerinnen und Schüler aus

**Viele Lehrkräfte sind beim Thema Antisemitismus verunsichert. Was ist etwa legitime Kritik an der Politik der israelischen Regierung, und ab wann schlägt diese in antisemitische Ressentiments um? Referentin Tami Rickert von der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main klärt bei einem Workshop auf. Pro Jahr soll es in Hessen mindestens 15 solcher Fortbildungen für Lehrkräfte und 36 Workshops für Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse geben.**

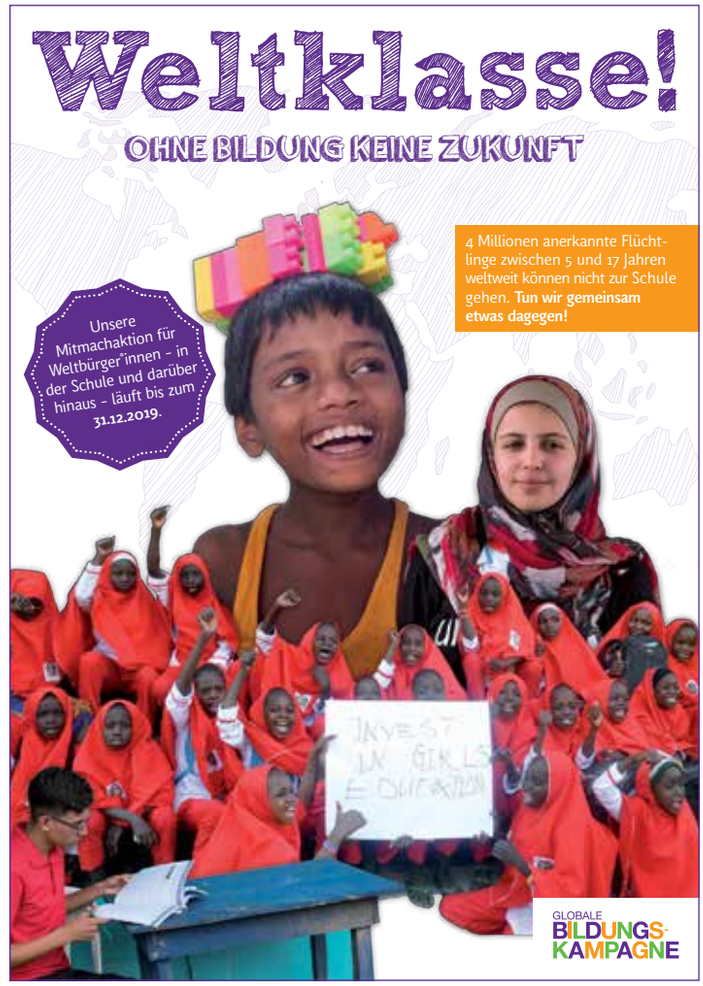
Angst ihre Identität verheimlichten. Von Lehrkräften fühlten sie sich oft alleine gelassen.
Rickert betont, dass Schulen häufig Sorge um ihren Ruf hätten und deshalb das Thema nicht offen angingen. Hinzu komme, dass Lehrkräfte mitunter nicht sicher seien: Wollen die Jugendlichen damit provozieren oder steckt Ideologie dahinter? Dabei sei die Absicht erst einmal egal, betont die Pädagogin.
Wenn ein Spruch andere Menschen verletzen könne, müssten die Lehrkräfte klar sagen: „Stopp!“ Dabei sei sinnvoll, die Schülerinnen und Schüler zu einem Perspektivwechsel anzuregen.

## Fakten statt Halbwissen

Bei der Fortbildung heftet Rickert kleine Kärtchen an eine grüne Pinnwand: Wichtig sei eine wertschätzende Lernatmosphäre, heißt es auf einem Zettel. Und: Lehrkräfte sollten nicht entlarvend arbeiten. Die Referentin warnt davor, eine Äußerung per se als antisemitisch zu bezeichnen und einen Schüler damit in die Ecke zu drängen. So etwas führe in der Regel nicht zu einem reflektierten Umgang, sondern eher zu einer Abwehrhaltung. Besser wäre deshalb zu formulieren: „Was du eben gesagt hast, ist problematisch.“ Es gehe nicht darum, eine Person als antisemitisch zu brandmarken, betont Rickert.
Die Referentin verteilt mehrere Fotos auf dem Linoleumboden: „Was ist daran antisemitisch?“ Die Lehrkräfte betrachten die Bilder, diskutieren zu zweit oder dritt. Ein älteres Titelbild des Magazins Stern zeigt einen Mann mit Kippa und Tallit beim Beten, daneben feuert ein Panzer eine Rakete ab, dazu die Schlagzeile: „Israel. Was das Land so aggressiv macht. Die Geschichte des Judenstaats.“ Die Kritik der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist eindeutig: Religion und Krieg gleichzusetzen, sei fatal. Das Judentum werde als Gefahr dargestellt, bemerkt ein Lehrer, das Cover wecke Angst. Auf einem anderen Bild drückt der Rapper Kollegah ein Mikrophon an seinen Mund, singt: „Ich leih‘ dir Geld, doch nie ohne ’n jüdischen Zinssatz, äh Zündsatz.“ Ein Lehrer schüttelt den Kopf. „Oberkrass.“
In Rollenspielen trainieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wie sie mit konkreten Situationen umgehen können. Lehrerin Kneller findet die Idee gut, über Biografien beide Perspektiven im Israel-Palästina-Konflikt aufzuzeigen – mit dem Fokus auf die Sehnsucht nach Frieden auf beiden Seiten. Ihr Kollege Schwarz sagt, dass er viele Denkanstöße mitnimmt. Ihm sei noch einmal klar geworden, dass er mit Schülerinnen und Schülern genauso frei über den Israel-Palästina-Konflikt sprechen möchte wie über andere globale Krisenherde. Doch dabei müsse gelten: Sachlichkeit statt Polemik und Fakten statt Halbwissen.

Foto: Christoph Boeckheler

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin



# „Gute Bildung braucht gute Gebäude“

**// Kaputte Fenster, stinkende Toiletten: Viele Schulen müssen dringend saniert werden – zum Beispiel die Schule Hegelsberg in Kassel (s. S. 6 ff.). Auf ihrer Tour durch die Länder macht GEW-Chefin Marlis Tepe deutlich, warum gute Bildung gute Räume braucht. //**

Direkt über dem Eingang ist eine Fensterscheibe kaputt, Klebestreifen überdecken notdürftig die Sprünge im Glas. GEW-Vorsitzende Tepe blickt an der verwitterten Fassade der Schule Hegelsberg hoch. „Ein typischer 70er-Jahre-Bau“, sagt die Gewerkschafterin, „in einem sehr schlimmen Zustand.“ Fenster sind undicht, Deckenplatten herausgefallen, Heizungen defekt, Jalousien stinken nach Schimmel, hier und da regnet es durchs Dach.

Zu guter Bildung gehörten gute Gebäude dazu, betont Tepe. Davon könne vielerorts keine Rede sein. Bei einer bundesweiten Umfrage hätten 59 Prozent der Kolleginnen und Kollegen angegeben, dass ihre Schule dringend saniert werden müsse, berichtet die GEW-Vorsitzende. Sie bezifferte den Investitionsstau auf 42,8 Milliarden Euro.

Pünktlich zur Tour hat der GEW-Landesverband zusammengetragen, wie viel die Städte und Kreise in Hessen für Bau und Sanierung ihrer Schulen ausgeben. Das Ergebnis: Kassel belegt den letzten Platz. Die Studie zeigt auf, dass der Hochtaunuskreis im Speckgürtel von Frankfurt am Main jedes Jahr knapp 1.300 Euro pro Schülerin und Schüler für Bauinvestitionen und Instandhaltung aufbringt. Im Durchschnitt kommen die Kreise und Städte auf 570 Euro pro Kopf. In Kassel sind es 246 Euro.

Foto: Martin Leissl

**Bei der Sanierung maroder Schulen ist Kassel Schlusslicht in Hessen. Die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe (links) machte sich an der Schule Hegelsberg in der nordhessischen Stadt ein Bild von der Lage.**

Die Stadt hat angekündigt, fünf besonders marode Schulen zu sanieren, darunter die Schule Hegelsberg in der Nordstadt. „Das wird nicht reichen“, sagt Birgit Koch, eine der beiden GEW-Landesvorsitzenden. Ihrer Meinung nach muss bei der Finanzierung auch das Land in die Verantwortung genommen werden.

Die Sanierung der Schule werde gerne als nettes Geschenk verkauft, sagt Lehrer Lutz Getschmann. „Nein. Das haben sich die Menschen aus dem Stadtteil und aus der Schule erkämpft.“ Lange hätten die Kolleginnen und Kollegen geschwiegen, aus Angst vor negativen Schlagzeilen. Doch schließlich seien sie an die Öffentlichkeit gegangen und hätten Druck aufgebaut.

Im Herbst beginnt die Planungsphase. Yvonne Eickmann von der Schulleitung kündigt an, dass es bei der Sanierung nicht nur darum gehen soll, neue Räume bereitzustellen. Es müsse ein räumliches Konzept entwickelt werden, das zur Pädagogik passt. In der Gesprächsrunde mit der GEW-Vorsitzenden machen die Lehrkräfte deutlich, wie sehr die Herausforderungen in den vergangenen Jahren gestiegen seien. Viele Flüchtlingskinder, die zunächst gar kein oder nur sehr wenig Deutsch sprechen, kommen an die Schule. Zudem sitzen immer mehr Schülerinnen und Schüler mit speziellem Förderbedarf in den Klassen. Und das alles in einem Stadtteil, der ohnehin von sozialen Problemen geprägt ist. „Hier bekommen Kinder eine Chance, die ihnen keine andere Schule gegeben hätte“, sagt Lehrer Getschmann. Das Problem: „Die personelle Ausstattung hat nicht Schritt gehalten mit der Herausforderung.“

Zum Abschluss ihres Besuchs setzt sich die GEW-Vorsitzende an der Uni Kassel mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern zusammen. Dort tut sich gerade einiges. Wissenschaftliche Mitarbeiter kämpfen für Entfristung, studentische Hilfskräfte streben einen Tarifvertrag an. „Wir wollen als Personal gezählt werden, nicht länger als Sachmittel“, erklärt Paul Schäfer von der Initiative der wissenschaftlichen Hilfskräfte. Die GEW-Delegation macht deutlich, dass sie dabei auf die Unterstützung der Gewerkschaft zählen könnten.

Voraussetzung für Tarifverhandlungen sei allerdings, dass sich mehr Hilfskräfte organisierten, fügt die GEW-Landesvorsitzende Maike Wiedwald hinzu. Sonst würde der Arbeitgeber bei der Forderung nur müde lächeln. „Wir müssen noch viel mehr werden.“ Die Kampagne steht am Anfang, für Herbst ist eine Auftaktveranstaltung geplant. Für alle ist laut Tepe klar: „Unser Ziel ist, prekäre Beschäftigungsverhältnisse an Unis zu reduzieren.“

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

# „Kinder brauchen keine Grenzen“

Foto: imago images/Ritzau Scanpix

**Jesper Juul**

**// Der Familientherapeut, Erziehungsberater und Buchautor Jesper Juul ist gestorben. Er war ein Gegner einer autoritären Pädagogik. //**

Jesper Juul machte es niemandem leicht – den Eltern nicht, und erst recht nicht den Pädagoginnen und Pädagogen. „Kinder brauchen keine Grenzen“, meinte er, sondern Beziehung, und Eltern müssten gar nicht konsequent sein, sondern glaubwürdig, das heißt: Sie dürfen auch mal schwach sein, widersprüchlich, müssen keine „Supermamas“ und „Superpapas“ sein. Das verunsicherte manche, die von dem Familientherapeuten, der am 18. April 1948 im dänischen Vordinborg geboren wurde, Ratschläge für die Erziehung der eigenen Kinder oder Hilfen für den Umgang mit schwierigen Schülern erhofften. Und es empörte jene, die auf Strenge und Disziplin im Umgang mit Kindern und Jugendliche setzten.

In seinem Buch „Dein kompetentes Kind“ entwarf Juul eine Erziehungsmethode, die auf den sozialen Fähigkeiten des Kindes aufbaut. Juul wandte sich gegen eine Lernphilosophie, die auf der Annahme basiert, dass zum (schulischen) Lernen Zwang und Druck auf die Kinder vonnöten sei. Diese Sichtweise fand in den vergangenen Jahren immer mehr Anhänger – unter Eltern, Lehrkräften wie unter Erzieherinnen und Erziehern.

Im Dezember 2013 erkrankte Juul. 2014 nahm er zwar seine Tätigkeit als Berater wieder auf, doch saß er fortan im Rollstuhl und litt unter großen Schmerzen. Die letzten Jahre lebte er zurückgezogen in der im Osten Jütlands gelegenen Kleinstadt Odder. Dort ist er am 25. Juli an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben.

Jürgen Amendt, Redakteur „Erziehung und Wissenschaft“


Kostenlose Bildungsmaterialien

gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus

Zum Download

› Bücher und Broschüren
› Unterrichtsmaterial und Arbeitsblätter
› Kurz- und Dokumentarfilme
› Konzepte und Methoden
› Aktuelle Podcasts und Expertisen

vielfalt mediathek

www.vielfalt-mediathek.de

IDA Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V.

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben!

## Mit Schülern solidarisieren

(E&W 4/2019, Seite 24 f.: „Fürs Klima auf die Straße“)

Ohne Greta Thunberg wäre das Thema Klimawandel nicht an die erste Stelle der relevanten Themen in Deutschland (und weltweit) getreten, ohne sie würden die Grünen immer noch bei 9 bis 10 Prozent dümpeln und hätte ein Rezo niemals sein CDU-Vernichtungsvideo veröffentlicht.

Mittlerweile treiben die Schülerinnen und Schüler die Parteien in Deutschland vor sich her und verlangen von der Politik mit einer nicht für möglich gehaltenen Ausdauer endlich tatsächliche und wirksame Klimaschutzaktivitäten.

Doch was halten wir Gewerkschafter von dieser Bewegung? Es gibt genug Kolleginnen und Kollegen, auch an meiner Schule, die den Streikwilligen Knüppel zwischen die Beine werfen. Wir Beamten, die so ziemlich den sichersten Job im Land haben, lassen uns vielfach von einer verinnerlichten Obrigkeitshörigkeit leiten. Diese verbietet es uns, dass wir uns mit den politisierten Schülerinnen und Schülern solidarisieren. So trauen wir uns nicht mit ihnen auf die Straße und überlassen den Jüngsten die wichtigste Aufgabe unserer Zeit: die Lebensgrundlage unseres Planeten zu retten, für dessen Zustand die Kinder und Jugendlichen überhaupt keine Verantwortung tragen.

Uns Lehrkräften liegt natürlich das Wohl des Planeten ebenso am Herzen, aber der dreiwöchige Flug auf die Kanaren oder die nächste Billig-Bildungsflugreise muss schon noch drin sein. Wir sind nun mal die Berufsgruppe, die mit am meisten Ferien hat, warum sollten wir das nicht ausnutzen?

Also liebe Gewerkschafts-(Viel-)Flieger: Wenn wir uns die nächsten fünf bis sieben Jahre diesbezüglich einschränken, kann Entscheidendes bewegt werden. Übrigens sind die Wählerinnen und Wähler der Grünen jene mit dem größten Umweltbewusstsein.

Gleichzeitig sind diese erwiesenermaßen aber auch diejenigen, die pro Jahr am meisten fliegen und somit den schlimmsten ökologischen Fußabdruck hinterlassen.

Thunberg und Luisa Neubauer (die deutsche Greta) haben für den 20. September nicht nur alle Schülerinnen und Schüler zum nächsten großen globalen Streik eingeladen, sondern erstmals auch explizit alle Erwachsenen aufgerufen, an den „Fridays for Future“-Demos an diesem Tag teilzunehmen. Diese haben keine Lobby und können es alleine nicht schaffen, so ihre realistische Einschätzung. Daher, liebe Kolleginnen und Kollegen, tragt die Botschaft weiter. Macht Werbung für den 20. September und geht mit den jungen Menschen an diesem Tag gemeinsam auf die Straße (Anm. d. Red.: s. S. 4).

Rainer Scholl-Hirschmüller, Lehrer an der KGS Hemmingen bei Hannover, Mitbegründer einer „Teacher for Future“-Gruppe an seiner Schule

## Sensible GEW-Geschichte

(E&W 5/2019, Seite 36: „Kein ruhmreiches Kapitel“)

Die GEW hat sich inzwischen der Debatte um ihre Vergangenheit gestellt und begonnen, die eigene Geschichte selbstkritisch zu beforschen (Anm. d. Red.: s. S. 32 ff.). Umso überraschender, dass ein Interview mit Hans-Peter de Lorent erschien, das wir auf mehreren Ebenen als äußerst kritikwürdig einstufen. An drei Punkten soll umrissen werden, warum es einen Affront darstellt:

1. Schon vor fast zwei Jahren gründete die GEW eine Projektgruppe zur Aufarbeitung der GEW-Geschichte. In diesem Kontext läuft auch ein wissenschaftlich fundiertes Forschungsprojekt zur Gründungsgeschichte der GEW und ihrer NS-Vergangenheit (s. o., Anm. d. Red.). Weder die Projektgruppe noch das konkrete Projekt werden erwähnt, stattdessen wird suggeriert, de Lorent sei der einzige, der momentan Geschichtsaufarbeitung in der GEW betreibt. Dass diese die Hobbytätigkeit de Lorents in den Fokus rückt, sendet ein falsches Signal an alle GEW-Mitglieder.
   Inhaltlich sind vor allem zwei Aussagen de Lorents äußerst problematisch und hätten so nicht stehen gelassen werden dürfen.
2. De Lorent wird nach Walter Bärsch (1914 – 1996) gefragt, wobei schon in der Frage dessen SS-Vergangenheit mit dessen „Einsatz für Kinder und Jugendliche“ aufgewogen wird. Allein diese Frage zeugt von unfassbarer Unkenntnis über die Person Bärschs. Wie mittlerweile hinlänglich bekannt ist, war Bärsch verstrickt in Pädophilie verharmlosende Diskurse und Mitbegründer des „Arbeitskreises humane Sexualität“, der offen für eine Senkung des Schutzalters warb. Ihn vor diesem Hintergrund als jemanden zu bezeichnen, der sich „für die Rechte von Kindern und Jugendlichen einsetzte“ scheint schamlos.

3. Eine Tätigkeit für die GEW kann keine SS-Mitgliedschaft aufwiegen: De Lorent zieht im Zusammenhang mit Bärsch das Fazit, „dass manche aus ihren Fehlern gelernt haben“.

Diese Formulierung ist vor dem Kontext der NS-Verbrechen so deplatziert, dass wir uns wundern, dass dies tatsächlich im Publikationsorgan der GEW auf Hauptvorstandsebene einen Platz gefunden hat. Wer den NS und die Shoa mit „Fehlern“ beschreibt, hat entweder nicht verstanden, welche Gräueltaten die Deutschen verübt haben, oder möchte diese relativieren, um so die Schuld von den Täterinnen und Tätern zu nehmen.

Zunächst kann eine Stellung als SS-Untersturmführer, wie Bärsch sie innehatte, wohl kaum als „Fehler“ bezeichnet werden. Einen solchen Posten bekam man im NS-Staat nicht durch unwissentliches Mitläufertum.

Das Einrichten einer Projektgruppe, die sich den Fragen der Vergangenheitsbewältigung widmet, sollte ein Schritt in die richtige Richtung sein. Wenn diese jedoch nicht den Stellenwert findet, den sie haben sollte, und weiter auf nichtprofessionelle Forschung und problematische Darstellungen zurückgegriffen wird, schadet sich die GEW selbst.

Sabrina Arneth, Adrian Weiß, Nathalie Schäfer, GEW-Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten

## Schule der Auslese

(E&W 6/2019, Seite 22 f.: „Im eigenen Tempo zum Abitur“)

Manche Vorschläge für eine für die Schüler flexiblere Oberstufe finde ich einleuchtend und sympathisch. Im Interview mit Jürgen Stahl, Vorsitzender der GEW-Bundesfachgruppe Gymnasien, kommt dann aber der eigentliche Kern des Problems zur Sprache.

Seine Aussage: „Die GEW hat mit jeder Schulart des gegliederten Systems ein Problem, schließlich will sie eine Schule für alle Kinder“ lässt an Klarheit nichts zu wünschen übrig.

Ein demokratisches Land braucht kein gegliedertes Schulsystem, sondern eine Schule für alle Kinder, in der diese gemeinsam lernen, sich gemeinsam darauf vorbereiten, gleichberechtigte Staatsbürger zu werden, in der jeder seine Fähigkeiten optimal bei bestmöglicher Förderung entfalten kann.

Ein Gymnasium ist dagegen eine Schule der Auslese. Diese führt zu sozialer Entmischung, d. h. bestimmte Gruppen der Gesellschaft haben schlechtere Chancen als andere, ihre Kinder dorthin zu schicken: Migranten, sozial benachteiligte Gruppen, Kinder mit Defiziten. Inklusion kann hier kaum stattfinden. Stattdessen wird eine vermeintliche „Elite“ auf das Erwachsenenleben vorbereitet, die größere Chancen hat als andere Schüler, gehobene Positionen zu erreichen. Chancengleichheit für alle Kinder sieht anders aus.

Es ist sehr anzuerkennen, dass Kollege Stahl dieses Strukturdefizit des Gymnasiums deutlich anspricht. Es wäre wunderbar, wenn unsere GEW überall dafür kämpfen würde, dass alle Kinder gemeinsam in einer Schule lernen können. Das kann für uns nur eine öffentliche Schule sein, denn Privatschulen tragen ebenfalls zu sozialer Entmischung bei, da sie in der Regel eine bestimmte Klientel ansprechen.

Eckhard Rieke, Berlin

## Reformpädagogik schuldlos

(E&W 6/2019, Seite 26 f.: „Tatort Odenwaldschule“)

Am Schluss des Artikels steht die Frage von Prof. Jürgen Oelkers „inwieweit reformpädagogische Ideen konstitutiv für die sexuelle Gewalt an der Odenwaldschule“ gewesen seien. Ich bestreite einen solchen Zusammenhang auf das Entschiedenste: Die Reformpädagogik hat mit den haarsträubenden Verbrechen nicht das Geringste zu tun, ebenso wenig wie der Missbrauch in den Kirchen mit wahrhafter Gläubigkeit. Angesichts der versteinerten Pädagogik in unserem Lande, die trotz einiger ermutigender Lichtblicke immer noch andauert, verstand ich mich während meiner Amtszeit als Reformpädagoge. In der Reformpädagogik geht es doch >>>


STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

# Malta

## Kulturelle Schätze und malerische Fischerdörfer

### 8-tägige Flugreise

ab € 498,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag ab € 130,- p. P.

DURCHFÜHRUNGS-GARANTIE

Kulturelle Schätze, malerische Fischerdörfer, wunderschöne Naturlandschaften und tiefblaues Meer – Malta begeistert seine Besucher! Freuen Sie sich auf die Hauptstadt Valletta, unternehmen Sie einen Ausflug in die „drei alten Städte” Vittoriosa, Senglea und Cospicua und besuchen Sie die historische Stadt Mdina mit ihrer außergewöhnlichen Mischung aus mittelalterlicher und barocker Architektur. Unternehmen Sie einen Ausflug nach Gozo – Maltas Schwesterinsel. Hier stehen u. a. die malerischen Buchten von Xlendi und Marsalforn und die Tempelanlage Ggantija auf dem Programm.

**Termine**
- Abflug wöchentlich Mittwoch vom 30.10.2019 bis 28.10.2020

**Das beinhaltet unsere Reise**
- Flug mit Air Malta inkl. Steuern und Gebühren
- Transfer Flughafen - Hotel - Flughafen
- Flughafenassistenz auf Malta
- 7 Übernachtungen im 4-Sterne-Hotel
- 7 x Frühstücks-Büfett
- deutschsprachige Gästebetreuung vor Ort

**Wunschleistung**
- Ausflugspaket 138,- €
  - Halbtagesausflug Rabat und Mosta
  - Ganztagesausflug Cottonera und Valletta
  - Ganztagesausflug Gozo
  - Ganztagesausflug Süden der Insel

**Abflughäfen**
- MUC
- VIE + 10,- €
- DUS + 15,- €
- FRA + 20,- €
- TXL + 20,- €
- ZRH + 20,- €
- LEJ und HAM auf Anfrage

Reiseverlauf, Reisetermine, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen

Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

>>> im Wesentlichen darum, den kostbaren Grundwerten unserer freiheitlich organisierten Gesellschaft endlich auch in der Bildung Geltung zu verschaffen: also die Jugend zu selbstbestimmten, verantwortungsbewussten Staatsbürgern zu erziehen. „Konstitutiv“ dabei ist vor allem die Balance von Distanz und Nähe im Lehrer-Schüler-Verhältnis. Oberstes Gebot ist, dass die Würde auch der jungen Menschen unantastbar ist. Die in dem Artikel geschilderten, so raffiniert organisierten Zustände in jenem Internat dienten vor allem eigensüchtigen Zwecken. Bleibt nur zu hoffen, dass unser Bildungssystem sich im Sinne einer freiheitlich ausgerichteten Pädagogik gegen alle Widerstände der noch viel zu trägen Kultusbürokratie weiterentwickeln wird.

Joachim Jankowsky, Nürnberg

## Altersdiskriminierung

(E&W 6/2019, Seite 46, Leserforum: „Ungeliebte Generation 50plus“)

Svenja Neuberts spricht mir aus der Seele. Ich bin Gesangs- und Klavierlehrerin, seit einiger Zeit arbeitslos und in diesem Frühjahr 65 Jahre alt geworden. Um beruflich „flexibel“ zu sein und zu bleiben, absolvierte ich vor einigen Jahren noch eine Zusatzausbildung in Elementarer Musikerziehung, diverse kleinere Weiterbildungen und bewarb mich an Musikschulen deutschlandweit sowie in Österreich und der Schweiz.

Meine Bewerbungen füllten so nach und nach circa sieben Ordner à 100 Bewerbungen. Eingeladen wurde ich rund vier bis sechs Mal! Als ich 58 Jahre alt geworden war, meldete ich mich nach Sozialgesetzbuch (SGB) II, Paragraf 53a, Absatz 2 (58 Jahre vollendet und ein Jahr kein Jobangebot des Jobcenters, in meinem Fall nie ein Jobangebot!) aus der Fallberatung ab, erhielt dann ALG II zu erleichterten Bedingungen und bewarb mich trotzdem auf eigene Faust. Anfang dieses Jahres auf eine einjährige Vertretungsstelle. Die Absage war in der „Begründung“ so an den Haaren herbeigezogen, dass der wahre Grund („zu alt“) für mich nicht zu übersehen war.

Mittlerweile hat mir die GEW Rechtsschutz gewährt, sodass ich nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) wegen Altersdiskriminierung klagen werde und – wenn schon den Job nicht – so doch hoffentlich eine Entschädigungszahlung erhalte. Ich hätte allerdings viel lieber unterrichtet!

Ich würde liebend gern auch noch bis 67 arbeiten, wenn ich denn mal die Chance erhielte!

Maria Eberhard, Sörup

## Frühe Bindung prägt

(E&W 7-8/2019, Seite 2: „Erziehung prägt Gesinnung“)

Der Gastkommentar von Herbert Renz-Polster erscheint mir als der wichtigste Beitrag der Sommerausgabe. In meiner gesamten pädagogischen, aber auch gesellschafts- und kommunalpolitischen Arbeit über Jahrzehnte fand ich bestätigt, dass „Erziehung die Gesinnung prägt“. Gegenwärtig aber, da demokratiefeindliche Populisten stärker wirken und die Fundamente unserer Gesellschaftsordnung – Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit – immer häufiger verächtlich gemacht werden, ja, deren Vertreter oft verhöhnt und bedroht werden, da gewinnt an Bedeutung, was die Bindungsforschung nicht müde wird zu betonen: Die positive frühe Bindung prägt ein Leben lang und „wer verwurzelt ist, entwurzelt nicht“ (Simone Weil).

Eine entscheidende Frage bleibt: Werden wir den Kindern in der Kita und in den Schulen kleine Gruppen und entspannte (nicht überlastete) Erzieherinnen und Lehrkräfte garantieren können, die gelassen vermitteln, dass jeder willkommen ist und sich angenommen fühlen kann?

Wilfried Seiring, Berlin

## Empfehlenswerte Filme

(E&W 7-8/2019, Schwerpunktthema „Demokratiebildung“)

Danke für die anregenden Beiträge zum Thema Demokratiebildung.

Ich möchte gern einen ergänzenden Hinweis auf drei sehr anschauliche Filme beitragen, die im Rahmen der Hamburger Lehrerfortbildung, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, entstanden sind:

- Klassenrat in der Grundschule „In eigener Sache“,
- Kinderkonferenz „Daumenprobe“ und
- Servicelearning und Gemeinwohl „Lernen durch Engagement“.

Gudrun Buth, Hamburg

## Auch andere Realitäten

In Ihrem Schwerpunktheft bringen Sie sehr anschauliche und gute Beispiele für Demokratieentwicklung in der Kita und in der offenen Jugendarbeit. Als Lehrer an einer Berufsbildenden Schule (BBS) in Rheinland-Pfalz (26 Jahre Berufserfahrung und sechs Jahre als Sozialpädagoge) kann ich das für unsere Schule nicht bestätigen. Unser Schulleben ist durch krasseste Autorität und Bossing bestimmt. Von Mitbestimmung oder gar Partizipation kann nicht im Entferntesten die Rede sein. Die Schulleitung entscheidet alle Fragen. Auf Konferenzen werden kritische Kolleginnen und Kollegen durch „Bestrafungen“ mundtot gemacht. Der Örtliche Personalrat wird zum Papiertiger und darf abnicken. So sieht leider Schule im Jahr 2019 auch aus. Teambuilding oder gar demokratische Kontroversen sind nicht erwünscht. Die Lehrer, vornehmlich mit Beamtenstatus, werden zu braven Erfüllungsgehilfen einer massiv autoritär auftretenden Schulleitung. Die Schülerinnen und Schüler spüren diese Fehlentwicklung und reagieren häufig mit Resignation. Dies ist auch Teil einer Realität, über die Sie gerne mal berichten könnten.

Andreas Meckelburg,
Neustadt an der Weinstraße

**E&W-Briefkasten**
**Postanschrift der Redaktion:**
**Gewerkschaft Erziehung**
**und Wissenschaft**
**Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.**
**E-Mail: katja.wenzel@gew.de**
**Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.**

## Berlin-Klassenfahrten

030 / 29 77 83 0

BERLIN UNLIMITED
Städtereisen International

**4 Tage „Mittenmang – ein Streifzug durch Berlin“ ab 89,00 € p.P.**
inkl. 3 x Ü/F, Stadtrundfahrt und Currywurst, Spreebootstour, "Unterwegs in Berlin" – junge Berliner zeigen Ihre Stadt

**5 Tage „Grenzgänger“ ab 105,00 € p.P.**
inkl. 4 x Ü/F, geführte Mauertour, Mauermuseum „Haus am Checkpoint Charlie“, DDR-Museum, Führung durch das ehemalige Stasigefängnis

Telefon: 030 / 29 77 83 0
info@berlinunlimited.com
www.berlinunlimited.com

## Friesland Charter

Seit 1966

**Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen**
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl
**Klipper DE HOOP******

## Andalusien

Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

## Klassenfahrten London

mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
**www.reichardt.eu**

**www.schulorganisation.com**

**Dokumentation**
**Organisation**
**Rechtssicherheit**
✆ 02521 29905-10

F&L SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

## Digitale Lernmittel

5. – 13. Klasse
www.park-koerner.de
089/2602043-0
info@park-koerner.de

**Ihre Anzeige in der E&W:**
- Eine klare Zielgruppe erreichen
- Auflagenhöhe von über 270.000
- Zielgerichtet erfolgreich werben
- Attraktives Umfeld für Ihre Werbung

Kontaktieren Sie uns!
**0201 / 84300 - 0**
**anzeigen@stamm.de**

• **Berlin – Stadtführungen**
• **Schülertouren mit dem Rad, zu Fuß, im Bus**
TRAVEL SITE
030-21805214
www.travelxsite.de

## Klasse Wohldenberg

**Klettern, Teamtraining, Lebensorientierung ...**
**www.hauswohldenberg.de**

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen

## Entspannt auf Klassenfahrt!

**Info: 040/2809590 • nachprag@agaria.de • agaria.de**

fontis

**IDEAL ALS SCHUL-LEKTÜRE**
ab Klasse 7 – mit gratis Zusatzmaterial für den Unterricht

Susanne Ospelkaus:
**Asmarom und die Superhelden**
Eine Actionstory über fünf ungleiche Freunde
240 S. | 16 € | ISBN: 978-3-03848-156-0
Autorin für Unterricht buchbar:
**www.asmarom-superhelden.de**

## TOSKANA

Urlaub im BIO-Weingut.
Ferienhäuser, FEWOs, Zimmer mit HP, großen Pool in wundersch. Landschaft und exzellenter toskanischer Küche.
Ermäßigung für GEW-Mitglieder!
**Tel./Fax** 0039-571-408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

**Insel Rügen:** Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
**www.alte-tischlerei-putbus.de**

## Klassenfahrten Versailles

mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
**www.reichardt.eu**

## Schullandheim im Nordschwarzwald

15 Autominuten von Baden-Baden entfernt liegt unser "Else-Stolz-Heim". Mit 41 Betten bietet es 36 Jugendlichen nebst Betreuern Platz und ist für Selbstversorger mit allem Komfort eingerichtet. In herrlicher Lage, mitten im Wald, nur 400 m von der Schwarzwaldhochstraße entfernt am Unterplättig, genießen Sie einen ungestörten Aufenthalt. Gute Wandermöglichkeiten bis auf über 1000 m Höhe (Badener Höhe) und im Winter Skisportmöglichkeiten. Lifte sind mit dem Bus erreichbar.

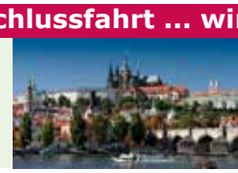
**AWO Baden-Baden gGmbH Rheinstr. 164 76532 Baden-Baden**
**Tel. (0 72 21) 36 17-20 Fax (0 72 21) 36 17-50 www.awo-bb.de**

schulfahrt.de
Klasse Reisen.

*Klasse Reisen. Weltweit.*

**Klassen-Abschlussfahrt ... wir machen das!**

Günstig und direkt buchen, viele **Superspartermine**, Freiplätze nach Wunsch



z. B. **Prag**
5 Tage inkl. Prog. mit Theresienstadt
ab **149,– €**

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde

**Jetzt anrufen:**
Tel.: 0 35 04/64 33-0
Fax: 0 35 04/64 33-77 19

**Alle aktuellen Reisen auf www.schulfahrt.de**

# Diesmal

Cartoon: Thomas Plaßmann